

SPW-35



Die SPD und ihr Programm:
TANKER IM NEBEL

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Anzeigen (o.Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin 45, Tel. (030) 7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1987.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend April 1987.

Die spw erscheint 1987 in 5 Hefen mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,- DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegen Prospekte der West-Berliner *Volksuni*, des *Argument-Verlages*, Berlin-West, und des *spw-Verlages* bei.

| | |
|---|-----|
| Editorial/Verlagsmitteilungen | 99 |
| Uli Schöler: Wer kennt heute noch Max Seydewitz? | 101 |
| Hessen-Wahl | |
| Annegret Moderegger »Hessen wählt hessisch« | 104 |
| Brandt-Rücktritt | |
| Kurt Neumann Mit dem Strom. Gedanken zu einem historischen Rücktritt | 106 |
| Frieden | |
| Katrin Fuchs Null-Lösung: Die Chance nutzen! | 110 |
| Bonner Koalitionsvereinbarungen | |
| Ursula Pausch-Gruber Der Lack ist ab Koalitionsvereinbarungen zum § 218 ein Sieg des Patriarchats | 113 |
| Rolf Rosenbrock Ein knapper Sieg für die Vernunft Im Bund vorläufig keine Meldepflicht für AIDS | 115 |
| Demokratische Rechte | |
| Werner Holtfort Ein Meisterwerk der Unvernunft. Volkszählung '87 | 118 |
| Bremen | |
| Gerwin Möller Die Bremer SPD vor den Bürgerschaftswahlen »Rot-grün« kein Thema in Bremen? | 126 |
| Literatur | |
| Jürgen Blume Entfremdung bis zum Wahnsinn. Zu Georg Büchners »Lenz« | 128 |
| Sport | |
| Wolfgang Michal Einwurf | 132 |
| Interview | |
| »... wir sind kaum die ersten auf dem Weg der Reformen.« Gespräch mit Professor Andrej Nikiforov | 134 |

Diskussionsschwerpunkt: Kritik des SPD-Programmwerfs

| | |
|---|-----|
| Detlev Albers | |
| Sozialdemokratische Programmthesen. Alternativen zu Irsee | 141 |
| Frank Heidenreich | |
| Woher wir kommen — Geschichtsbilder und Zeitanalysen | 151 |
| Uli Schöler | |
| Grundsätze: Sozialistische Zielperspektive oder sozialdemokratischer Wertehimmel | 154 |
| Britta Ernst | |
| Frau und Mann — Trotz alledem: An der Familie soll nicht gerüttelt werden | 160 |
| Uwe Kremer | |
| Mit den jungen Menschen nach vorn? SPD-Jugendpolitik altväterlich | 162 |
| Olaf Scholz | |
| Politik des Friedens: Entspannung und Abrüstung als Programm | 165 |
| Hans Willi Weizen | |
| Die zweite Phase der Entspannung — ohne Programm? | 167 |
| Kurt Neumann | |
| Unser Staat? Politik in der kapitalistischen Klassengesellschaft | 169 |
| Carla Herbst | |
| Ökologisch wirtschaften — Natur und Gesellschaft im Kapitalismus | 174 |
| Arno Brandt | |
| Zukunft von Arbeit und Technik Kapitalistische Modernisierung oder arbeitsorientierte Gestaltung? | 177 |
| Arno Brandt | |
| Demokratische Wirtschaft — Zielvorstellung ohne Strategie | 180 |
| Rainer Christ | |
| Sozialpolitik: Umbau statt Abbau | 183 |
| Berichte | |
| Wissenschaftlich-politisches Kolloquium zum Irseer Programm- entwurf in Freudenberg vom 4.3.-8.3. (J.Hybner/K.H. Kauß) | 187 |
| Tagung der Historischen Kommission der SPD am 12. und 13.3.87 in Bonn (A.Frohmann) | 189 |
| Über die Autoren und Autorinnen | 193 |

Editorial

Der Rücktritt des Parteivorsitzenden Willy Brandt und das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen haben in der Sozialdemokratie zu Erschütterungen geführt, die in ihrem verunsicherndem Ausmaß die Enttäuschung über die Bestätigung der Bonner Rechtskoalition bei weitem übertreffen. Kurzschlüssige, teilweise fast panische Reaktionen waren so eine verständliche Folge der beiden Ereignisse. Manche sehen das Ende der Ära Brandt — nicht ohne Verklärung des Vergangenen — als Zeichen einer erneuten Verschiebung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses nach rechts. Tatsächlich stand im Bundestagswahlkampf der designierte SPD-Vorsitzende, der Fraktionsschef Hans-Jochen Vogel, nicht weniger als Brandt für die veränderte Standortbestimmung des Nürnberger Parteitages und für ein anderes machtstrategisches Verhältnis zu den Grünen.

Das hessische Desaster markiert einen schweren Rückschlag für die Konzipierung und politische Machtentfaltung eines rot-grünen Bündnisses, das mit klarem Bewußtsein auf allen Ebenen und ohne Illusionen anzustreben, seit langem auch Auffassung dieser Zeitschrift war und bleibt. Trotzdem ist unhaltbar, die fehlende Mehrheit von SPD und Grünen in Hessen als — einigen willkommenes — Argument gegen die »Mehrheit links von der CDU« ins Feld zu führen. *Annegret Moderegger* stellt in ihrem Beitrag heraus, daß eine neue SPD-Politik mit CDU/CSU und FDP nicht politisch umsetzbar sein wird. Die Wahlniederlage — wie auch der Brandt-Rücktritt — hat ihre Vorgeschichte, aus der die Konsequenzen erst noch zu ziehen sind: Die Politik der hessischen SPD-Rechten im vergangenen Jahr und der provozierte Bruch der alten Koalition mit den Grünen machten künftige rot-grüne Politik in den Augen vieler unglaublich unwürdig.

»Genug Zeit zur Grundsatzdebatte, aber nicht genug Zeit zum Opportunismus«, kommentierte Klaus Hartung in der *taz* die Hessenwahl. In der Tat würde die SPD mit der Vermeidung einer grundsätzlichen Diskussion ihrer Politik aus Angst vor internen Meinungsverschiedenheiten und ungünstigem Erscheinungsbild sich einen Bären dienst erweisen. Die Programmdebatte in der SPD bis November kann vielmehr ein Moment der Stärke, des Kräftezuwachses für sie werden, gerade wenn sie in aller Offenheit und mit dem Mut zur inhaltlichen Neubesinnung auf einen modernen, den heutigen sozialen Widersprüchen gemäßen Sozialismus geführt wird. Ein Teil der Parteilinken, der sich in dieser Zeitschrift artikuliert, hat den Irseer Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der SPD einer ins einzelne gehenden Kritik in allen seinen Teilen unterworfen. Einige Beiträge erschienen bereits in vergangenen Ausgaben, so von Diether Dehm zur Kulturarbeit (*spw* 32, 312ff.) sowie von Andreas Westphal zu den außenwirtschaftlichen Aspekten sozialdemokratischer Wirtschaftsprogrammatisierung und von Günther Horzetzky zur Landwirtschaftspolitik (beides in *spw* 33, 422ff.). Alle übrigen Teile des Irseer Entwurfs werden in Beiträgen dieses Heftes kritisiert. Seitenweise in Klammern beziehen sich auf den vom Parteivorstand herausgegebenen Text des Entwurfs, die Zahl vor dem Schrägstrich auf die erste Ausgabe vom Juni 1986, die zweite Zahl auf die derzeit vertriebene Edition.

Mit dem Interview, das uns der sowjetische Wissenschaftler und außenpolitische Experte für Nordamerika-Beziehungen der Sowjetunion, *Andrej Nikiforov*, gab, wollen wir die Auseinandersetzung mit den tiefgreifenden Umwälzungen in diesem Land beginnen. Vieles, was gestern noch »ehernes Gesetz« war, als nicht hinterfragbar galt, wird heute umgestoßen, revidiert. Eine eingehende politisch-historische Analyse der sowjetischen Entwicklung veröffentlichen wir im übernächsten Heft.

Frank Heidenreich

Verlagsmitteilungen

Broschüre zur Kritik des SPD-Programmwerfs »Über Irsee hinaus«

Im Mai erscheint in unserem Verlag die Broschüre *Über Irsee hinaus — Zur Kritik des SPD-Programmwerfs*, herausgegeben von Detlev Albers und Kurt Neumann. Sie umfaßt neben den Beiträgen des vorliegenden *spw*-Heftes weitere Programmbeiträge, die zum Teil in anderen Zeitschriften veröffentlicht wurden. Der Umfang des Taschenbuchs beträgt 80 Seiten, der Buchhandelspreis ca. 8,- DM (ISBN 3-922489-08-7). Im Organisationsverkauf kostet der Band 5,50 DM. Bestellungen können schon jetzt (bitte schriftlich!) an *spw*-Vertrieb, Tegeler Straße 6 in D-1000 Berlin 65, aufgegeben werden.

Errata

In meinem Beitrag (»Was heißt denn hier 'links'? Eine organisierte Auseinandersetzung tut not«) in *spw* 33 unterblieb wegen technischen Versehens die Korrektur, auf Seite 61 im zweiten Absatz (5. Zeile von unten) »und Friedensliste« zu streichen. Ein *Wahlbündnis* der Grünen mit der Friedensliste ist für mich nicht diskutabel.

Eckhard Stratmann

Uli Schöler

Wer kennt heute noch Max Seydewitz?

Im Februar dieses Jahres ist in Dresden Max Seydewitz gestorben. Für viele der Jüngeren wird noch nicht einmal sein Name bekannt sein. Nur wenige, wie etwa Walter Fabian, haben ihn noch als politischen Kampfgefährten erlebt. Warum also ist sein Tod Anlaß, sich seiner zu erinnern? Die Antwort klingt recht allgemein und birgt doch eine Reihe von Problemen in sich: Max Seydewitz' Leben repräsentiert ein großes Stück der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, begleitet von Widersprüchen, Irrtümern und Spaltungen, deren Erinnerung uns angesichts zweier wesentlicher Brüche heute immer noch schwerfällt. Zwölf Jahre Nazi-Faschismus haben vieles an Traditionsbewußtsein, an Überlieferung und Kontinuität in der deutschen Arbeiterbewegung zerstört. Die Teilung Deutschlands in zwei selbständige Staaten in den Jahren danach hat hierzulande all diejenigen in Vergessenheit geraten lassen, die sich — ob vorher Sozialdemokraten oder Kommunisten — wie Seydewitz bewußt dafür entschieden hatten, im östlichen Teil ein besseres, ein sozialistisches Deutschland aufbauen zu wollen. Und dennoch — der Name Seydewitz bleibt untrennbar insbesondere mit der Geschichte der ersten deutschen, der Weimarer Republik und ihrer Sozialdemokratie, insbesondere ihres linken Flügels, verknüpft.

Wer war nun dieser Max Seydewitz? Er wird als Sohn eines Gerbers am 19. Dezember 1892 in der Tuchmacherstadt Forst in der Lausitz geboren. Politisch sozialisiert wird er in der vom Stiefvater — einem sozialdemokratisch organisierten Zigarrenmacher, der Vater ist früh verstorben — und der Mutter gepachteten Kneipe des Arbeiterviertels, dem Stammlokal eines Arbeitergesangsvereins. Die ersten politischen Versammlungen erlebt er als Junge unter dem Tisch sitzend, da bei der Entdeckung der Teilnahme von Jugendlichen an Parteiversammlungen der anwesende Polizeibeamte die Veranstaltung sofort auflösen hatte. Im Sommer 1907 ist er eines der Gründungsmitglieder der Forster Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Arbeit in der Jungendorganisation weckt seine kulturellen und literarischen Interessen. Seine berufliche Ausbildung erhält er als Schriftsetzerlehrling am »Forster Tageblatt«. An seinem 18. Geburtstag tritt er der SPD bei. Die Beendigung der Lehrzeit fällt zusammen mit dem Tod der Mutter. Seydewitz geht als Wandergeselle auf die *Wälz*. 1914 zum Kriegsdienst eingezogen, gelingt es ihm, den untauglichen »Deppen« zu mimen und so dem Fronteinsatz zu entgehen. Noch in der Kriegszeit beginnt er, kleinere Artikel zu schreiben.

Als die MSPD in Halle 1918 per Inserat einen Redakteur für ihr dortiges Parteiblatt sucht, bewirbt er sich und bekommt die Stelle. Bei der gegenüber dem USPD-Organ »Volksblatt« viel kleineren »Volksstimme« wird er schon ein Jahr später Chefredakteur, weil sein Vorgänger in den Reichstag einzieht. Anfang 1920 wechselt er in die gleiche Funktion beim »Sächsischen Volksblatt« in Zwickau. Die Politik der Parteiführung in der Novemberrevolution und danach treibt ihn auf den linken Flügel der Partei, wobei er die Zeitung als Sprachrohr seiner Kritik benutzt. Als Vertreter der Opposition wird

er auf dem Görlitzer Parteitag 1921 in die Programmkommission berufen und kurz darauf zum Bezirksvorsitzenden in Zwickau-Plauen gewählt. Dies blieb er auch nach der Vereinigung mit der Rest-USPD. Seydewitz gehörte nun auch zum linken Flügel der vereinigten Partei.

Seine kritische Haltung gegenüber der Politik der Parteiführung erhielt neue Nahrung, als die Reichsregierung mit der Billigung Eberts 1923 die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen unter Zuhilfenahme der Reichswehr absetzt. 1924 wird Seydewitz Reichstagsabgeordneter, 1927 verantwortlicher Redakteur des neugegründeten Organs der Linksoption »Der Klassenkampf«. Er kämpft an vorderster Stelle gegen die opportunistische Politik der Parteiführung in Sachen Panzerkreuzerbau und später gegen die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungs politik. Er gehört mit zu denjenigen, die ihrem »nein« in diesen Fragen auch ein fraktionsabweichendes Stimmverhalten im Reichstag folgen lassen. Die Partei reagiert zunächst mit Mißbilligungsbeschlüssen. Als sich die Konflikte weiter zuspitzen, werden die Führer der Opposition, Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld, 1931 mit der vorgeschobenen Begründung, »sonderorganisatorische« Bestrebungen verfolgt zu haben (der »Klassenkampf« hatte Adressen zum Aufbau eines Bücherdienstes gesammelt), aus der Partei hinausgeworfen.

Noch im gleichen Jahr gründen sie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die die Politik der Einheitsfront auf ihr Panier schreibt. Doch die kleine Partei, der sich bald eine Reihe anderer Splittergruppen anschließt, wird zwischen (der Brüning tolerierenden) SPD und (der starr an der *Sozialfaschismustheorie* festhaltenden) KPD zerrieben. Seydewitz und Rosenfeld geben 1933 auf, empfehlen die Auflösung der Partei. Seydewitz tritt 1934 der KPD bei, arbeitet aber verdeckt mit seinen früheren Weggefährten Aufhäuser und Böchel, die in der SPD geblieben waren, in der Gruppe Revolutionärer Sozialisten weiter, die in Opposition zum Prager Exilpartei Vorstand der SOPADE steht. Er muß selbst ins Exil, gelangt über Prag, Norwegen schließlich nach Schweden, wo er an der kommunistischen Wochenschrift »Die Welt« mitarbeitet. Hier entsteht auch — neben anderen Schriften — seine Untersuchung über den Weg der Sowjetunion mit dem Titel »Stalin oder Trotzki«, eine reichlich unkritische Stalin-Apologie.

Im Dezember 1945 kehrt Max Seydewitz in seine Heimat zurück. In den Gründerjahren der SBZ bzw. DDR fungiert er einige Jahre als sächsischer Ministerpräsident. Später teilt er jedoch das Schicksal vieler SED-Funktionäre, die in der Zwischenkriegszeit Sozialdemokraten oder Mitglieder der kleinen Zwischenparteien in der Arbeiterbewegung waren. Er wird in unbedeutendere Funktionen abgeschoben, bleibt aber Mitglied der Volkskammer. Mit 75 Jahren scheidet er aus seiner letzten beruflichen Funktion als Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresdens aus.

Wer sich über seinen Werdegang in der Weimarer Republik informieren will, dem sei der erste Teil seiner Lebenserinnerungen empfohlen (»Es hat sich gelohnt zu leben«), lebendig und anregend geschrieben. Es ist allerdings an wichtigen Weichenstellungen zu sehr von dem Bemühen des späteren Kommunisten geprägt, die Irrtümer des damaligen linken Sozialdemokraten zu beleuchten und zu korrigieren. Die oft spannende

Schilderung der eigenen Rolle in politischen Konflikten tritt an diesen Stellen hinter die Anpassung an eine linienförmige Geschichtsbetrachtung zurück. Man spürt noch heute etwas von der geradezu übermenschlichen Selbstverleugnung, die die verschiedenen Phasen des Stalinismus weiten Teilen der Kader der Arbeiterbewegung aufnötigten, wenn man in Seydewitz' Erinnerungen die Beschreibung seines glühenden Bekenntnisses zur Sowjetunion der späten 30er Jahre liest und um das Schicksal seiner Söhne weiß, über das er kein Wort verliert. Sie wurden zur gleichen Zeit in Moskau wegen angeblicher antisowjetischer Sabotagetätigkeit verhaftet und verschwanden für einige Jahre, nachdem man sie zu Haftstrafen verurteilt hatte.

Max Seydewitz war nie ein großer Theoretiker. Seine linksoppositionelle Haltung in der Sozialdemokratie entwickelte er nicht aus abstrakten Marx-Studien, sondern in den tagespolitischen Konflikten. Den — aufgenötigten — Irrweg mit der SAP hat er selbst frühzeitig erkannt. Auch wer seinen späteren Entwicklungsweg in und mit der KPD bzw. SED in der Emigration und in der DDR für falsch hält, sollte sein weiteres Wirken in der Arbeiterbewegung respektieren. Ungeachtet dessen bleibt Seydewitz' unerschütterliches Wirken für eine sozialistische Neuorientierung der SPD, für die Überwindung der opportunistischen Anpassungspolitik auf der einen und des links-radikalen Voluntarismus auf der anderen Seite der Arbeiterbewegung und für das Zustandekommen der Einheitsfront gegen den Faschismus am Ende der Weimarer Republik. So kann er Leitbild für die Arbeit von Linkssozialisten und Marxisten in der heutigen Sozialdemokratie sein. Mit Max Seydewitz ist ein weiterer Veteran der Arbeiterbewegung von uns gegangen.

Neue Chancen links

8. Berliner Volksuni, Pfingsten '87, 5.-8. Juni



- Die Entscheidungen stehen an: Perspektiven eines rot-grünen Bündnisses
- Des Kanzlers „Gnade der späten Geburt“: Zur Entsorgung der deutschen Geschichte
- „Popular Planning“: lokale Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung – Berichte aus London, Projekte in Berlin
- Demokratisierung in der Sowjetunion – Ende eines linken Alptraums?
- Friedenspolitik in der Ära Gorbatschow
- Anforderungen an eine linke Kulturbewegung
- Postmoderne? Postmarxismus? Was steckt dahinter?
- Neue Beziehungen durch neue Technik: Im Betrieb, zu Hause, in der Schule
- Feministische Kritiken an Fortschrittskonzepten
- AIDS – Ursachen und politische Dynamik einer Seuche.
- Möglichkeiten und Grenzen linker und grüner Umweltminister

Weitere Informationen: Volksuni e.V., Dominicusstr. 3, 1000 Berlin 62, Telefon 030 / 784 44 40

Hessen-Wahl

Annegret Moderegger

»Hessen wählt hessisch«

Fassungslosigkeit und Bestürzung breitete sich am Abend nach der Hessen-Wahl im »August-Stuntz-Heim« der Arbeiterwohlfahrt im Frankfurter Ostend aus. Nachdem die Hochrechnungen stundenlang ein Patt zwischen den beiden Blöcken von je 55 Mandaten signalisiert hatten, schlug schließlich das Pendel zu Gunsten von CDU und FDP aus. Die versammelten Genossinnen und Genossen des Wahlkreises 38 mochten es nicht glauben, daß nunmehr der »Molkeminister« Walter Wallmann Ministerpräsident in Hessen werden sollte.

Das hessische Wahlergebnis spiegelt den Trend der Landtagswahlen in Bayern und Hamburg und der Bundestagswahl wider: besonders hohe SPD-Verluste in den Großstädten — Offenbach 8,7; Hanau 8,3; Frankfurt 7,9 und Darmstadt 7,6 Prozent. Im Landesdurchschnitt hat die SPD 6 Prozent verloren. Relativ glimpflich kam die Partei in den stärker agrarisch strukturierten Wahlkreisen Nordhessens davon.

Die FDP hat mit 7,8 Prozent ihr Wahlergebnis von 1983 gehalten. Demgegenüber konnte die CDU bei einem durchschnittlichen Gewinn von 2,7 Prozent überdurchschnittlich in den Großstädten gewinnen, während sie in den ländlichen Gebieten zum Teil sogar Verluste hinnehmen mußte. Die Grünen konnten sich landesweit um 3,5 auf 9,4 Prozent steigern. Einen spektakulären Erfolg erreichte Joschka Fischer im Frankfurter Wahlkreis 38 mit 22,3 Prozent Grünen-Stimmen. Entscheidend für das Wahlergebnis war die von 83,5 auf 80,3 Prozent gesunkene Wahlbeteiligung. Die Stimmenthaltung ging fast vollständig zu Lasten der SPD. An absoluten Stimmen gewann die CDU nur geringfügig hinzu.

Der Wahlkampf hatte eine große Verunsicherung der sozialdemokratischen Stammwählerschaft gezeigt, die sich schließlich in Wahlenthaltung und teilweise in Abwanderung zur CDU und zu den Grünen niedergeschlagen hat. Ausgelöst wurde diese Verunsicherung durch das Trommelfeuer widersprüchlicher Aussagen sozialdemokratischer Spitzenpolitiker über eine mögliche Zusammenarbeit mit den Grünen. Nachdem Johannes Rau seinen Bundestagswahlkampf mit der Parole »Keinen Schritt mit den Grünen« geführt hatte, nachdem in Hamburg die Gespräche mit der GAL geplatzt waren, ist es den hessischen SPD-Wählern nicht klargeworden, warum die Koalition für sie sinnvoll sei. Diese Verunsicherung wurde durch die Umstände des Koalitionsbruchs und der Einleitung der vorzeitigen Neuwahlen noch verstärkt. Nach dem von der hessischen SPD-Rechten provozierten Bruch der Koalition war es in der Tat kaum verständlich, daß kurz danach Koalitionsaussagen für die Wiederherstellung der rot-grünen Regierung erfolgten. Wohl zutreffend hat der ehemalige Frankfurter SPD-

Landtagsabgeordnete Erich Nitzling den Beschluß zur vorzeitigen Landtagsauflösung als die Suche einer Herde Lemmige nach einer Abkürzung charakterisiert. Er hatte vergeblich dafür geworben, nach dem Rücktritt von Börner mit der nach wie vor vorhandenen rot-grünen Mehrheit einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen und die Landtagswahlen turnusgemäß im Herbst abzuhalten.

Folge der kurzfristig und unvorbereitet angesetzten Landtagswahlen war, daß es nicht gelang, die Erfolgsbilanz der rot-grünen Koalition der SPD-Parteiorganisation und über sie an die Wähler zu vermitteln. Bildungsurlaubsgesetz, Schüler-Bafög, Hessisches Personalvertretungsgesetz, erweiterter Mieterschutz, um nur Beispiele zu nennen, waren an den Info-Ständen der SPD kein Thema. Mit der überstürzten Landtagsauflösung wurde vielmehr für die These des »rot-grünen Chaos« der Anscheinsbeweis der Richtigkeit geliefert.

Als fatal für den Wahlkampf wirkt sich auch aus, daß die Koalition über die Frage des Nuklearbetriebes ALKEM auseinanderbrach, also über einen Punkt, der von der großen Masse der Arbeiter-Wähler der SPD nicht als ihr Problem begriffen wird. Die traditionellen SPD-Probleme der sozialen Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung und der Lohnsteuerbelastung spielten demgegenüber im Wahlkampf so gut wie keine Rolle.

So wenig wie es gelang, die Erfolge der rot-grünen Koalition darzustellen, so wenig wurde die CDU mit ihrer arbeitnehmer- und umweltfeindlichen Politik angegriffen. Dabei hätten die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen beispielsweise hinsichtlich der Steuer-»Reform« viele Ansatzpunkte geboten. Das Feld der klassischen sozialdemokratischen Themen wurde vielmehr für die CDU geräumt, die auf großen Plakaten verkündete: »Metall — Bau — Chemie: diesmal CDU«.

Die Inhaltsleere des SPD-Wahlkampfes wird an den beiden Wahlslogans deutlich: »Hessen kämpft« und »Hessen wählt hessisch«.

Bei der letzten Landtagswahl war es dagegen der SPD mit der Parole »Hessen muß ein Gegengewicht gegen Bonn bleiben« gelungen, die Wähler gegen rechts zu mobilisieren. Im Unterschied zum SPD-Wahlkampf hat die CDU ihren Wahlkampf ausgesprochen aggressiv und pointiert gegen die SPD geführt. Die Stümperhaftigkeit der Wahlvorbereitung wurde daran deutlich, daß in der Kürze der Zeit von der SPD-Wahlkampfleitung so gut wie keine Groß-Plakatflächen angemietet werden konnten, da diese bereits vermietet waren. Nur der CDU gelang es, entsprechende Plakatflächen zu bekommen, wohl weil sie über die besseren Drähte zur Industrie verfügt.

Die Konsequenz des hessischen Wahlergebnisses kann nur sein, daß die SPD sich auf die Inhalte ihrer in Nürnberg beschlossenen Politik konzentriert und die aggressive Auseinandersetzung mit der arbeitnehmer- und umweltfeindlichen Rechtspolitik sucht. Wenn so an die künftigen Aufgaben herangegangen wird, würde sich die Koalitionsfrage von selbst beantworten, da für eine derartig konsequente sozialdemokratische Politik CDU und FDP als Koalitionspartner nicht zur Verfügung stehen. Die Praxis wird zeigen, daß bei der nachdrücklichen Vertretung von SPD-Positionen an einer Zusammenarbeit mit den Grünen nichts vorbeigeht.

Brandt-Rücktritt

Kurt Neumann

Mit dem Strom

Gedanken zu einem historischen Rücktritt

»Ich verlasse die Brücke,
aber ich gehe nicht von Bord.«
(Willy Brandt)

Der Vorschlag, eine Griechin ohne SPD-Parteibuch zur Vorstandssprecherin zu machen, mag politisch falsch gewesen sein. Die innerparteiliche Reaktion von Hans Apel bis Heide Simonis aber war bössartig und ekelerregend. Aus den Tiefen der Gemüter manch langjähriger Parteibuchinhaber quollen gar Ausländerfeindlichkeit und Frauenverachtung, mindestens aber stallgerüchiger Mief und kleinkarierte Unteroffizierskarrrierefähigkeit. Der Schaden ist da und hat sicherlich zu der katastrophalen Wahlniederlage in Hessen beigetragen.

Brandts Rücktritt mag traurig oder zornig stimmen, er war jedenfalls politisch klug. Er befreite den Parteivorsitzenden von unentrinnbar erscheinenden Zwängen und schaffte neue Handlungsfähigkeit, im Ergebnis vielleicht sogar für die Partei insgesamt.

Sicher ist, daß mit dem nun zu vollziehenden Führungswechsel eine Richtungsdebatte einhergehen wird, die mit den Wahlen auf dem Sonderparteitag im Juni nicht abgeschlossen ist, es nicht sein kann. Dabei geht es sicher um mehr als nur um einzelne Personen. Dennoch: Hier soll zunächst eine kurze, sicher höchst vorläufige Auseinandersetzung mit der politischen Person Willy Brandt erfolgen. Politik wird nun einmal von Menschen gemacht, natürlich unter je vorgefundenen objektiven Bedingungen, wohl aber doch so, daß die Bedeutung politischer Personen nicht vernachlässigt werden darf.

Mit Wolfgang Abendroth soll für die Geschichte der SPD, die in einem langen Abschnitt auch die Geschichte von Willy Brandt ist, ein wichtiges Charakteristikum festgehalten werden: Schon in der Weimarer Republik, mehr noch aber in der Zeit seit Gründung der Bundesrepublik war und ist die SPD mehr Resonanzboden für verändertes gesellschaftliches und politisches Bewußtsein als etwa vorantreibender Akteur von Veränderungsprozessen. Sie war und ist weniger Subjekt als Objekt in den Klassenauseinandersetzungen.

Willy Brandt ist praktisch in die deutsche Sozialdemokratie hineingeboren worden. Am Ende der Weimarer Republik geriet er dann in Opposition zu der angesichts des

drohenden Faschismus wenig kämpferischen Parteimehrheit und beteiligte sich an der Abspaltung eines Teils des linken Flügels, der sich als Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) organisierte. Die inhaltlichen Positionen dieser Kleinpartei wurden in weiten Teilen später vom Exil-Vorstand der SPD im »Prager Manifest« nachvollzogen.

Während des spanischen Bürgerkrieges sympathisierte Brandt deutlich mit der linkssozialistischen spanischen Partei POUM und hielt in späteren Diskussionen um Volksfrontbündnisse deutliche Distanz zur KPD und der Komintern, obwohl er für die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei eintrat. Eine tiefgehende Prägung der politischen Grundeinstellungen erfolgte durch die Erfahrungen in und mit der skandinavischen Sozialdemokratie. Brandt eignete sich eine stärker pragmatisch ausgerichtete Art an, Politik zu sehen und zu machen. Auf dieser Grundlage ergaben sich trotz einzelner Differenzen entscheidende Annäherungen an führende Teile der Exil-SPD, insbesondere in England. Der Wiedereintritt in die SPD erfolgte 1944.

In Deutschland, in Berlin, wird Brandt 1948 wieder in der SPD aktiv. Zunächst ist er Beauftragter des Parteivorstands und gilt als Abgesandter Kurt Schumachers. Später wird er der »Junge Mann« von Ernst Reuter, nach dessen Tod er der unumstrittene Führer des rechten Flügels der Berliner SPD ist. Die Parteilinke ist zunächst noch in der Mehrheit. Aber was ist das für eine Parteilinke? Von einigen hervorragenden Einzelpersonen abgesehen, steht hier links weithin für eine letztlich konservative Haltung: Marxismus ist vielen mehr die Fahne, zu der man sich bekennt, als die wissenschaftliche Denkweise, mit der die Erkenntnis neuer gesellschaftlicher Entwicklungen und der in ihnen begründeten Handlungsmöglichkeiten erschlossen werden kann. Kein Wunder also, daß die »modernen Neuerer« um Brandt — unterstützt durch die Mehrheit der Presse, allen voran des Springer-Konzerns — schließlich 1958 nach harten und wenig demokratisch geführten innerparteilichen Kämpfen obsiegen. Fast einhellig ist dann auch die Zustimmung der von Brandt geführten Berliner Partei zu dem auf seiner Linie liegenden Godesberger Programm.

Außenpolitisch steht Brandt im Anschluß an Reuter und in Übereinstimmung mit der fast einhelligen Stimmung, die in der Berliner Bevölkerung seit der Blockade des Jahres 1948 vorherrscht, für die Politik der unbedingten Westintegration. Er ist mit großer rhetorischer Begabung der Repräsentant einer Politik, die West-Berlin als Pfahl im Fleisch der »Zone« begreift. Als diese Politik mit dem Mauerbau 1961 scheitert, greift Brandt, abgesichert durch Ansätze zur Entspannungspolitik bei dem neuen US-amerikanischen Präsidenten Kennedy, Gedanken auf, die in der Parteilinken bereits zuvor diskutiert wurden, und läßt über Egon Bahr öffentlich Umrisse einer Politik des »Wandels durch Annäherung« formulieren. Hier liegen die Wurzeln zur späteren Ost- und Deutschlandpolitik, die in den Verträgen mit der Sowjetunion, der DDR, der CSSR und der Volksrepublik Polen konkret wurde.

Willy Brandt — seit 1964 Parteivorsitzender — erlitt als Kanzlerkandidat bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 jeweils Niederlagen, obwohl die SPD im Trend der Zeit Stimmen dazu gewinnen konnte. Für eine dritte Kandidatur wollte er nicht zur Verfügung stehen. Durch die Bildung der großen Koalition des Jahres 1966 wurde er jedoch Außenminister und Vizekanzler, kandidierte wieder und wurde 1969 erster so-

zialdemokratischer Bundeskanzler. — Neben der Friedenspolitik, die historisch überdauern wird, ist die Kanzlerschaft Willy Brandts auf innenpolitischem Gebiet gekennzeichnet durch die Ankündigung, »mehr Demokratie wagen« zu wollen, und durch die Absicht, große Teile der außerparlamentarischen Opposition, die sich während der Großen Koalition herausgebildet hatte, für die SPD zu gewinnen. Letzteres gelang weitgehend mit der Folge, daß sich die SPD so veränderte, daß heute ein großer Teil der aufstrebenden Kader politische Anstöße von jener linken außerparlamentarischen Opposition empfangen hat. Andererseits wurde zugleich das Potential für eine etwaige neue politische Kraft links von der SPD entscheidend vermindert.

Einen von Brandt inzwischen selbstkritisch gesehenen Bruch stellen die Berufsverbote dar, die unter seiner Kanzlerschaft neue Ansätze zu repressiver staatlicher Politik ermöglichten. Fortgesetzt wurden diese Ansätze in den »Terroristengesetzen« Ende der siebziger Jahre und heute in den »Sicherheitsgesetzen«. Politisch gescheitert ist Brandt als Kanzler jedoch an der Unmöglichkeit eines Konzepts sozialer und demokratischer Reformen im restriktiven Rahmen der zunehmend krisenhaften kapitalistischen Wirtschaft. Er stand weder für eine — mit der FDP sicherlich unmögliche — anti-kapitalistischer Forcierung von Reformpolitik noch für eine technokratische Verwaltung kapitalistischer Sachzwänge, notfalls auch zu Lasten der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen. Von daher war der Wechsel zu Helmut Schmidt nur logisch, erscheint der Anlaß der Spionage-Affäre Guillaume als eher zufällig.

Auf den Parteivorsitz beschränkt, richtete Willy Brandt seine Politik weitestgehend darauf aus, den sozialdemokratischen Amtsinhaber zu unterstützen, ihm den Rücken frei zu halten gegenüber kritischen innerparteilichen Strömungen. Dies geschah bisweilen, etwa in der Rüstungspolitik, gegen die eigene politische Überzeugung und durch teilweise die Partei bis zur Unkenntlichkeit deformierende Disziplinierung. Diese Disziplinierung fand ihren Höhepunkt im Ausschluß des Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten Benneter 1977 und verminderte die Anziehungskraft der SPD auf kritische, vor allem jüngere Bürger. Hier und in der Ignoranz des sozialdemokratischen Amtsinhabers gegenüber ökologischen Fragen dürften entscheidende Ansätze für die Herausbildung und Stabilisierung der Partei »Die Grünen« liegen.

Nach dem Ende der Regierung Schmidt-Genscher fördert Willy Brandt als Parteivorsitzender, unterstützt von Hans-Jochen Vogel und nur zeitweise behindert durch einen Kanzlerkandidaten Rau, den Prozeß inhaltlicher und personeller Erneuerung der Partei. Inhaltlich wird dies am deutlichsten bei der Friedens- und bei der Energiepolitik, strategisch bei der Enttabuisierung eines politischen Zusammengehens von Sozialdemokraten und Grünen und personell schließlich mit der deutlichen Förderung von Oskar Lafontaine, der gute Aussichten hat, bei der Bundestagswahl 1990 Kanzlerkandidat der SPD zu werden.

Die skizzierten politischen Aktivitäten Willy Brandts führen durch Erfolge und Niederlagen, zeigen Anpassungsfähigkeit, aber auch Durchsetzungswillen und Machtbewußtsein. Willy Brandt ist sicher keiner, der sich passiv vom Strom treiben läßt. Aber er ist auch keiner, der gegen den Strom schwimmt, der neue Ideen gegen eine Mehrheit entschieden und beharrlich vertritt, um vielleicht erst nach Jahren einen politischen

Durchbruch zu erzielen. Was ihn auszeichnet ist — um im Bild zu bleiben — ein Gespür für Strömungen und Strömungsänderungen, die sich als tragfähig erweisen und in eine als richtig erkannte Grundrichtung führen können. Hier war Willy Brandt anderen oft eine Nasenlänge voraus. Aktiv eingreifend hat er dann Veränderungen gefördert, ihnen manches Mal entscheidend zum Durchbruch verholfen. Dabei wird er wohl keinen Gegensatz empfinden zwischen der früheren anti-kommunistischen Pfahl-im-Fleisch-Politik und der heutigen Politik der Sicherheitspartnerschaft, zwischen der innerparteilichen Niederringung der Berliner Alt-Linken und der Förderung einer eher linken personellen Erneuerung der Partei.

Der Erfolg der Brandtschen Politik hängt noch mit zwei anderen Fähigkeiten zusammen. Das eine ist sein zentristisches Geschick im Formulieren eines innerparteilichen Konsenses. Das andere ist die glaubhafte intellektuelle, emotionale und rhetorische Darstellung der politischen Inhalte. Die geschichtlich bleibende Bedeutung Willy Brandts aber liegt in der rechtzeitigen Aufnahme, in der überzeugenden Propagierung und in der politischen Umsetzung der Ost-Politik.

Brandt wird nach seinem Rücktritt in der SPD weiter Einfluß nehmen, mit der — wie er es sagt — »mir zugewachsenen Erfahrung und in der Offenheit, die mir bald zur Verfügung stehen wird«. Das ist Versprechung und Warnung zugleich. Grade nach der Hessen-Wahl müssen alle, die sich mit der Übermacht reaktionärer Politik nicht abfinden wollen, die Politik Willy Brandts im Sinne einer Fortsetzung des Erneuerungsprozesses und der Herstellung des breitestmöglichen Konsenses unterstützen.

Allerdings bleibt es, jenseits sich weiterentwickelnder zentristischer Positionen, erforderlich, gesellschaftliche Kräfte aktiv mit anzuregen, zu Strömungen und Strömen bündeln zu helfen und vielleicht so einen Beitrag zu leisten, daß die Sozialdemokratie stärker Subjekt in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird. Bei Lage der Dinge erfordert dieses auch die Fähigkeit, gegebenenfalls einmal gegen den Strom zu schwimmen.

Frieden

Katrin Fuchs

Null-Lösung: Die Chance nutzen!

Drei Dinge sind neu an der heutigen Lage:

Erstmals besteht eine echte Chance zu wirklicher Abrüstung in Europa, die Chance zur Abschaffung einer ganzen Kategorie von Atomwaffen. Die Null-Lösung wäre von großer militärischer und noch größerer politischer Bedeutung. Ihre Realisierung würde endlich den Beweis liefern, daß Abrüstung möglich ist. Dies hätte Auswirkungen auf alle anderen europäischen Abrüstungsfragen.

Bestandteil der Null-Lösung ist, daß die Sowjetunion jene SS 12/22-Raketen, die sie im Gegenzug zur Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern in die DDR und CSSR verlegt hat, zurückziehen wird. Was gäbe es dann Sinnvolleres als die Einrichtung eines atomwaffenfreien Korridors? Beide Maßnahmen zusammen würden bedeuten, daß es für die noch verbleibenden Kurzstreckenraketen des Warschauer Vertrags kaum noch lohnende militärische Ziele gäbe. Damit wären optimale Voraussetzungen für die Verhandlungen über den Abbau und die Beseitigung der atomaren Kurzstreckenraketen geschaffen, die auf eine Einigung im Mittelstreckenbereich folgen müssen. Die Abschaffung der Kurz- und Mittelstreckenwaffen würde der »Europäischen Verteidigungsinitiative« jede Grundlage entziehen, und dies wiederum würde die Absurdität der bundesdeutschen Unterschrift unter ein SDI-Abkommen in noch grellerem Licht erscheinen lassen. Die Reduzierung der Atomwaffen in Europa würde ebenfalls Druck erzeugen, um endlich bei der konventionellen Rüstung voranzukommen. Kurz: Die Null-Lösung könnte eine Dynamik europäischer Abrüstung in Gang bringen. Dabei sollte keineswegs vergessen werden, daß es für die Bereitschaft des amerikanischen Präsidenten, ein Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen zu schließen, keinerlei Entsprechung bei den strategischen Offensivwaffen und bei SDI gibt. Im Gegenteil: SALT II ist gebrochen und die US-Regierung arbeitet am Bruch des ABM-Vertrages durch seine sogenannte »Neuinterpretation«. Längerfristig gesehen könnte ein europäischer Abrüstungserfolg aber auch diese Prozesse positiv beeinflussen.

Neu ist zweitens, daß sich das »neue politische Denken« der sowjetischen Führung erstmals praktisch für Europa auswirkt. Der sowjetische Vorschlag, die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zu einem separaten Abkommen zu führen und dabei nach wie vor die britischen und französischen Atomwaffen außer acht zu lassen, geht über die bisherige Logik militärischer Gleichgewichtskalküle hinaus und verlagert das Gewicht auf den Versuch, eine politische Dynamik der Abrüstung zu erreichen. Den

Frieden politisch zu sichern statt ihn errüsten zu wollen, ist nichts anderes als das Konzept Gemeinsamer Sicherheit. Die Tatsache, daß eine der beiden großen Atommächte mit dem neuen Denken und Handeln am Verhandlungstisch begonnen hat, ist eine Zäsur in der Geschichte der Rüstungskontrollverhandlungen und bringt die Chance, daß diese zu Abrüstungsverhandlungen werden.

Neu ist drittens, daß sich alle im Bundestag vertretenen Parteien zu einem Zeitpunkt über die Null-Lösung einig sind, wo diese die Chance hat, Realität zu werden. Daß dies so ist, ist auch ein Verdienst der Friedensbewegung und der Veränderungen im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung, die die Friedensbewegung hervorgerufen hat. Ihre Arbeit war nicht umsonst. Sie hat bewirkt, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung für den Abbau der Raketen ist und auch diejenigen in der CDU/CSU, die immer gegen die Null-Lösung waren, es zur Zeit nicht wagen können, öffentlich dagegen aufzutreten.

Aber noch haben wir die Null-Lösung nicht. Und es wäre naiv anzunehmen, daß die Argumente, die Politiker wie Strauß, Dregger und Wörner und Militärs wie Mack und Rogers seit jeher bewogen haben, die Null-Lösung abzulehnen, über Nacht nicht mehr gelten sollen. Diesen Kräften geht es um die »nukleare Ankoppelung« Europas an die USA. Hinter dieser Chiffre steht die Vorstellung, daß die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Militärengagements in Europa militärisch und politisch nur — oder doch am besten — gesichert werden könne durch die Stationierung landgestützter amerikanischer Atomraketen in Europa. Die Notwendigkeit der Stationierung ergibt sich in dieser Argumentation aus der inneren Logik der westlichen Abschreckung — völlig unabhängig von der Existenz der SS 20. Demzufolge kann die Null-Lösung nie eine wünschenswerte Option sein; Strauß hat das noch auf dem letzten CSU-Parteitag im November 86 ganz offen ausgesprochen. Was also bringt Vertreter dieser »Schule« dazu, jetzt plötzlich die Null-Lösung zu loben?

Les Aspin, der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im US-Repräsentantenhaus, hat das Dilemma der Ankoppelungsideologen treffend beschrieben: »Sie (die Null-Lösung) stellt die europäischen Befürworter der Abrüstung völlig zufrieden. Aber für die gemäßigten und rechts stehenden Leute, die die nukleare Sicherheitspolitik der USA und der NATO miteinander verknüpfen wollen, ist sie nichts wert. Sie mögen jetzt still sein, ... aber das wird nicht lange anhalten.« Die Null-Lösung bringe »besonders Politiker wie Margaret Thatcher und Helmut Kohl in eine schwierige Lage. Sie nahmen die Null-Lösung in Kauf, als sie sie für einen Public-Relations-Trick hielten, aus dem nichts werden würde. Jetzt, da sie als eine echte Möglichkeit erscheint, murren sie in-geheim, obwohl sie sie öffentlich widerwillig unterstützen müssen.«

Um die »gemäßigten« Politiker Europas zufrieden zu stellen, schlägt Les Aspin vor, 50 bis 100 Sprengköpfe in Europa zu lassen; ähnlich äußerte sich der einflußreiche demokratische Militärpolitiker Sam Nunn. In Frankreich, das bei einer Entnuklearisierung Europas langfristig um den Bestand seiner Force de Frappe fürchten muß, gelang es Staatspräsident Mitterand vorerst, eine frontale Ablehnung der Null-Lösung abzuwenden. Wenn man alle Kräfte der NATO zusammenzählt, für die die Null-Lösung zumindest »nicht die beste Idee« (Les Aspin) ist, kommt man immer noch auf eine Größe

mit potentieller Vetokapazität. Im Moment schweigen diese Kräfte — zumindest in der Öffentlichkeit. Zu laut noch klingen die eindringlichen Appelle nach an die sowjetische Adresse, doch endlich mit dem Fallenlassen des SDI-Junktims das »selbstgeschaffene Abrüstungshindernis« für die Null-Lösung fallen zu lassen. Aber bei erster Gelegenheit werden sie sich wieder zu Wort melden, vor allem dann, wenn sich die Verhandlungen in die Länge ziehen sollten, und Gelegenheiten gibt es genug.

Da ist zum einen die Frage der Verifizierung. Verifiziert werden muß überall dort, wo abgebaut werden muß, also in der Sowjetunion und den westeuropäischen Stationierungsländern. Das heißt, daß sich u.a. auch die Bundesrepublik und Großbritannien mit sowjetischen Inspektionen vor Ort einverstanden erklären müßten. Es ist nicht undenkbar, daß darüber Hindernisse aufgebaut werden könnten, daß man sich etwa plötzlich auf die eigene Souveränität besinnt, jetzt wo es um Abrüstung geht und nicht um Aufrüstung. Noch schwieriger ist die Frage der Kurzstreckenwaffen. Die Bundesregierung spricht von gleichen Obergrenzen, aber was heißt das? Strauß hat in diesem Zusammenhang das Wort »Nachrüstung« in den Mund genommen, eine »Nachrüstung«, wie sie im Bundeswehrplan 87 für atomare Kurzstreckenwaffen bereits vorgezeichnet ist. Von einer vollständigen Beseitigung dieser Waffenkategorie spricht niemand in der Bundesregierung. Das tiefer liegende Problem besteht darin, daß sich die Bundesregierung zwar verbal zu atomarer Abrüstung bekennt, gleichzeitig aber die fortdauernde Notwendigkeit atomarer Abschreckung betont. Beides zusammen geht längerfristig nicht, und mit jedem konkreten atomaren Abrüstungsschritt wird dieses Dilemma deutlicher werden.

Gelöst werden muß schließlich noch die Frage, wo die jeweils 100 Sprengköpfe stationiert werden sollen, die nach der Formel von Reykjavik beiden Seiten für Mittelstreckenraketen verbleiben. Nach meiner Auffassung müßten die SS 20 so stationiert werden, daß sie weder Europa noch Nordamerika erreichen können, und umgekehrt die amerikanischen Sprengköpfe in einer Art und Weise, daß sie nicht die UdSSR erreichen können.

Es gibt wenig Grund, die Hände in den Schoß zu legen im Glauben, die Null-Lösung sei schon gelaufen. Vielmehr besteht Anlaß, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, damit aus einer Abrüstungschance ein Abkommen wird. Deshalb ist jetzt nicht nur die Stunde der Verhandlungen, es muß auch die Stunde der Friedensbewegung sein.

Bonner Koalitionsvereinbarungen

Ursula Pausch-Gruber

Der Lack ist ab

Koalitionsvereinbarung zum § 218 ein Sieg des Patriarchats

Ihre Berufung zur Gesundheits- und Familienministerin sowie ihre gleichzeitige »Beförderung« zur Frauenministerin stellten *den Coup* des Heiner Geißler dar. Rechtzeitig vor den Wahlen wollte er der CDU ein neues Frauenimage verpassen — weg von der von ihm erfundenen »Neuen Mütterlichkeit« zur »Partnerschaft 2000«. Im Gruselkabinett des Pannenzanklers eine kluge Frau! Und so sagte sie sogleich in einem Fernsehinterview: »Das letzte Wort beim Schwangerschaftsabbruch muß die betroffene Frau haben«.

Der Lack ist nun ab. Rita Süßmuth hat mit der Zustimmung zur Koalitionsvereinbarung zum § 218 ihr Gesicht in der Frauenszene verloren. Die Vereinbarung bedeutet, daß die Richtung des Bayerischen Durchführungsgesetzes von 1977 nun für die ganze Bundesrepublik Geltung haben soll. Es soll alles sogar noch schlimmer werden. Bisher galt außerhalb Bayerns die Regel, daß Beratung und Indikationsstellung zusammenfallen konnten (bei einem Arzt oder der Beratungsstelle) und nach einer dreitägigen Frist ein Arzt den Abbruch vornehmen konnte. Jetzt werden in Bayern drei Instanzen vorgeschrieben: die Beratung (mit Beratungsnachweis), die Indikationsstellung durch einen Arzt (nur wenige Ärzte sind in Bayern dazu bereit, weil sie sich nicht kompetent fühlen oder weil über die Abrechnungsbögen innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigung bekannt wird, wer das macht) und schließlich der Arzt, der den Abbruch vornimmt. Seit dem Inkrafttreten dieser Regelung haben in Bayern Frauen, aber auch SPD und Gewerkschaften oder die Demokratische Presseinitiative (PDI) gegen den Hürdenlauf der Frauen in schweren Notlagen, gegen ihre Entmündigung und Bevormundung protestiert. Oft genug wurde und wird das Verfahren zum Wettlauf gegen die Zeit, wie es derzeit in einem Prozeß gegen einen Gynäkologen in Nürnberg überdeutlich wird. Ein indizierender Arzt hatte angegeben, seine Patientin sei in der zehnten Schwangerschaftswoche; tatsächlich soll sie in der zwölften gewesen sein.

In den Koalitionsvereinbarungen heißt es dazu:

»... Beratung und Indikationsstellung personell und getrennt erfolgen, insbesondere die Indikationen nicht von Ärzten festgestellt werden, welche die gesetzlich vorgesehene soziale Beratung vorgenommen haben. *Hinweis:* Auf jeden Fall müßte ausgeschlossen werden, daß die Anerkennung und Förderung davon abhängig gemacht wird, daß ein Arzt in der Beratungsstelle auch die Indikationsfeststellung treffen kann.«

Dieser Hinweis zielt im Besonderen auf die Beratungsstellen der Länder wie NRW oder Bremen ab, deren Konzeption gerade darauf beruht, Hilfe und Rat sowie Indikation zu vereinen, um Frauen nicht mehr als nötig zusätzlich zu belasten. Betroffen als Träger werden Pro Familia und die Arbeiterwohlfahrt sein.

Man/frau darf übrigens schon gespannt sein, wie diese Regelung bundeseinheitlich durchgesetzt werden soll. Bisher war unbestritten, daß die Durchführungsbestimmungen zum reformierten § 218 Ländersache seien. Länder wie NRW, Bremen, Hamburg, Berlin oder Hessen, die nach erheblichem politischem Kampf ihre Konzeption verwirklicht haben, können doch nicht widerspruchlos den — die Würde der Frauen verletzenden — bayerischen Weg gehen.

Ebenso schwer wiegen die Abschnitte, die sich mit den Inhalten der Beratung befassen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es, daß »Beratungsstellen dann eine staatliche Anerkennung und Förderung erhalten, wenn sie entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. Februar 1975 *zugunsten des Lebens* beraten, über Hilfen informieren, diese vermitteln und, soweit ihnen finanzielle Mittel und personelle Ressourcen dafür zur Verfügung stehen, gewähren. Dazu gehört:

- die Schwangere konkret bei der Erlangung der gesetzlichen Hilfen zu unterstützen,
- die Hilfen der Bundesstiftung »Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens« und der Landesstiftungen zu vergeben,
- sich auch — wenn die Schwangere damit einverstanden ist — des sozialen Umfeldes der Schwangeren (insbesondere des Ehemannes/Freundes, der Eltern, des Arbeitgebers) anzunehmen und darauf hinzuwirken, daß die Schwangere die erforderlichen persönlichen Hilfestellungen von dort erfährt.
- Mütter, insbesondere wenn sie alleinerziehend sind, auch noch nach der Austragung einer Konfliktschwangerschaft weiter zu begleiten und — soweit dies notwendig ist — etwa bis zum dritten Lebensjahr des Kindes zu betreuen«.

So umformuliert wird der Beratungsauftrag die Einrichtungen der Freien Träger — also Pro Familia und Arbeiterwohlfahrt, die über wesentlich beschränktere Mittel verfügen als die konfessionellen Beratungsstellen — in äußerste Schwierigkeiten bringen. Ohne zusätzliches, in der Verwaltung und der Sozialarbeit besonders ausgebildetes Personal ist diese Arbeit nicht zu leisten. Mit derartigen Anforderungen wird übrigens in der »Wendezeit« auch die Arbeit der Frauenhäuser und neuerdings auch die der AIDS-Hilfe-Gruppen belastet und erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Die Formel »zugunsten des Lebens beraten« wird die Akzeptanz der Beratungsstellen weiter erschweren. Der Zwang zur Beratung war seit Inkrafttreten des reformierten § 218 eine schwere Belastung für das dort engagierte Personal und löste bei den Betroffenen Mißtrauen und Angst vor Bevormundung aus. Daß nun die »konkrete Situation der Frau« (NRW-Bestimmung) überhaupt nicht mehr zur Debatte steht, die »eigenverantwortete Entscheidung der Frau« (Hamburg) nicht mehr gefragt ist, bestätigt und vertieft diese Angst. Die beabsichtigte Bevormundung wird manifest mit der Einbeziehung des »sozialen Umfeldes der Schwangeren« — mit dem schamhaften Einschub, »wenn die Schwangere damit einverstanden ist«.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine volljährige Bürgerin ohne »Mann,

Freund, Eltern oder Arbeitgeber« in allen Lebenslagen selbst entscheidungsbefugt ist. Ohne diesen Einschub wäre ein künftiges Gesetz klar verfassungswidrig. Niemand außer der Betroffenen hat das Recht, die genannten Personen über ihr Vorhaben zu informieren. Die bis 1918 ungebrochene Unmündigkeit der Frau vor dem Gesetz erlebt hier ihre Renaissance.

Die Koalitionsvereinbarungen zum § 218 sind ein Sieg des Patriarchats. Frau Süßmuth hat Ja zu ihnen gesagt; sie wird das Bundesberatungsgesetz als Ressortchefin zu verantworten haben. »Frauen«-Ministerin? Die Forderung auf ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Gesetzbuch hat neue Schubkraft erhalten.

Rolf Rosenbrock

Ein knapper Sieg für die Vernunft

Im Bund vorläufig keine Meldepflicht für AIDS

Die Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU/FDP und der CSU läßt die Möglichkeit offen, AIDS als Thema der Gesundheitspolitik — und damit erfolgversprechend — anzugehen. Jede Entscheidung für eine namentliche oder Identifikation erlaubende Meldepflicht würde AIDS zum Gegenstand von Bürgerrechtsauseinandersetzungen machen müssen. Dort aber herrschen andere Regeln. Sie würden der Prävention und Bekämpfung von AIDS nicht gut bekommen und damit die Zahl vermeidbarer Opfer erhöhen.

Die in Bonn nach den Regeln der Minimierung von Gesichtverlust gefundene Lösung läuft darauf hinaus, daß die überschaubare Anzahl jener Laboratorien, die die Bestätigungstests auf HIV-Antikörper durchführen dürfen, ihre Testergebnisse in demographisch leicht sortierter, aber im Prinzip anonymer Form in Statistiken zusammenfassen und an das Bundesgesundheitsamt (BGA) weiterleiten. Für die wichtigen Forschungsfragen im Umkreis von AIDS bringt dies fast nichts, es schadet allerdings auch nicht. Das kann sich freilich schlagartig ändern, wenn es etwa einem Bundesland oder der Bundesregierung einfällt, durch Rechtsverordnung seuchenrechtliche Maßnahmen in Gang zu setzen, die eine nachträgliche Identifizierung der vorliegenden Befunde rechtens werden lassen. Angesichts der Debatten der letzten Wochen ist man kein Hysteriker, wenn man hier eine latente Gefahr sieht. Ihr ist wirksam zunächst einmal dadurch zu begegnen, daß Mann und Frau sich nicht testen läßt und bei nicht-monogamer Lebensweise beim penetrierenden Verkehr verläßlich den Pariser und als Fixer nur sterile Spritzbestecke benutzt/benutzen läßt. Dann nämlich hat AIDS keine Chance.

Aber auch die leider immer noch vielen, die die Wahrheit dieses einfachen Ratsschlags kognitiv oder emotional bisher nicht bewältigt haben und sich aus ihrer meist seelischen Not in den — für die Prävention sinnlosen — Test flüchten, können der Gefahr einer nachträglichen Identifizierung wirksam entgehen: Es gibt in so gut wie allen großen Städten die Möglichkeit des anonymen Tests. Der Hausarzt kann dagegen wegen Patientenkartei und Kassenabrechnung die Anonymität für die Zukunft legal nicht garantieren, selbst wenn er es will. Die Frage des an symptomlosen Menschen in der Regel sinnwidrigen HIV-Antikörper-Test bleibt auf der Tagesordnung.

Wieso ist diese hauchdünne »Lösung« eines unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten gar nicht existenten Problems namens »Meldepflicht« ein Sieg der Vernunft und damit der Moderne? — Zum einen hätten die diskutierten Alternativen sämtlich einen Schritt in Richtung auf die Barbarei gebracht. Wer den Begriffsnebel um die Meldepflicht durchschaut, der weiß, daß es dabei in allen Varianten um die polizeilich-zwangswise Feststellung von Intimzuständen und Kontrolle von Sexualkontakten geht — womöglich lebenslang und nötigenfalls durch Internierung. Wie man bei solcher staatlich veranstalteten Desorientierung und Vertrauensvernichtung die in jedem Fall notwendige Safer-Sex-Botschaft zeitstabil und flächendeckend über die Rampe bringen will, bleibt, ganz abgesehen von den Bürgerrechtsfragen, das Geheimnis von Leuten, die ihr gesundheitspolitisches Geschäft im Umgang mit Wies'n-Wirten erlernt haben. Solange sie dieses Geheimnis nicht lüften, ist die Vermutung nicht abwegig, daß es diesen Politikern tatsächlich nicht in erster Linie um die Minimierung der Zahl der Kranken und Toten geht, sondern um das Kitzeln eines Tigers, der auf den »inneren Feind« dressiert ist. Erwacht er, so werden demagogisch nutzbare Potentiale freigesetzt und von anderen gesellschaftlichen Konfliktherden abgezogen. Es war dem Tiger in den letzten Jahrzehnten jeweils ziemlich egal, ob es dann konkret um Antisemitismus, Asylanträge-»Flut«, Schwulenhutz, Terroristenjagd, Kommunistenverfolgung oder Prostitutionskriminalisierung geht. Der Mechanismus ist gleich: Es werden mit fabulierten Begründungen Berührungängste erzeugt, die irrationales Verhalten in der eigenen Lebensgestaltung und Ausgrenzungswünsche auf der politischen Ebene auslösen. Das ist ein politisch produzierter Rückfall in die Zeit vor der europäischen Aufklärung.

Was jetzt in West-Berlin und im Bundesgebiet ohne Bayern läuft, ist nicht gut und reicht nicht: In Gefängnissen, Drogeneinrichtungen und Krankenhäusern sind im Umkreis von AIDS schlimme Verstöße gegen Vernunft und Humanität zu verzeichnen, die Problemfälle im Bereich von Straf-, Sozial-, Arbeits- und Mietrecht nehmen nicht ab. Die eben erst — zwei Jahre später als möglich — angelaufene Präventionskampagne ist konzeptionell unfertig, viel zu sparsam und bezieht Kompetenzen sowie Potentiale der regionalen AIDS-Hilfen bei weitem nicht genügend ein. Aber dies alles sind Probleme, an denen jetzt weitergearbeitet werden kann. Unter den Bedingungen von Meldepflicht und den daraus zwingend folgenden Repressionsmaßnahmen wäre an anderes zu denken gewesen. Ob der Freistaat Bayern es durchhalten will und kann, praktisch allein den Weg der Gegenaufklärung und Repression zu beschreiten, steht dahin.

Die derzeit allein erfolversprechende Anti-AIDS-Strategie — die massive, vorurteilsfreie und sensible Propagierung von Pariserin und Einmalspritzen in einer Atmosphäre, die gesellschaftliches Lernen im Intimbereich ermöglicht — ist eine Frage der Vernunft. Wer repressive Strategien vorschlägt, handelt gesundheitspolitisch unvernünftig. Dies gilt auch dann, wenn die Erkrankungsziffern wieder steigen sollten. (Das BGA weist sie für die letzten drei Halbjahre als konstant aus, was kein Grund zur Beruhigung ist.) Gegenüber stehen sich Aufklärung/Zivilisation und Hysterie/Repression. Das ist nur insofern ein Rechts-Links-Konflikt, als die Linke historisch ein ungebrocheneres Verhältnis zur Aufklärung hat als die Rechte, deren Lernfähigkeit man freilich nie unterschätzen sollte. Und so läuft die politische Kluft im Streit über AIDS auch mitten durch die Konservativen, gegenüber stehen sich Aufklärung und Vormoderne. Wer im ZDF im Februar den West-Berliner Senator Fink in offener Feldschlacht gegen den Bayerischen Staatssekretär Gauweiler gewinnen sah, bekam das deutlich vorgeführt. Für diesmal hat die Kraft des besseren Arguments auch innerhalb des konservativen Blocks gesiegt. Unterlegen ist zunächst jene offen reaktionäre Variante des Konservatismus, die lieber über Schuldzuweisungen als Problemlösungen nachdenkt und soziale Ausgrenzung zumindest billigend in Kauf nimmt.

Beunruhigend bleibt, daß die Auseinandersetzung über AIDS politisch hauptsächlich innerhalb der CDU/CSU geführt wird. Die anderen — SPD, GRÜNE, FDP — stehen in dieser wichtigen Auseinandersetzung noch eher abseits und suchen wohl noch ihr eigenes Profil. Eine realistisch auf das Gesundheitsproblem AIDS bezogene Anwendung ihrer je eigenen Traditionen der Aufklärung, der Bürgerrechte und der Solidarität könnte ihnen dabei rasch weiterhelfen.

Demokratische Rechte

Werner Holtfort

Ein Meisterwerk der Unvernunft

Volkszählung '87

Ein neuer Religionskrieg scheint ausgebrochen. Die Mächtigen predigen eine Ideologie der staatlich erzwungenen Erhebung von 33 persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger nebst deren Zählung (»Zensus«). Ihre Anhänger werden moralisch genötigt, sich »freiwillig« beim Zählen zu beteiligen. Das soll eine Ehrenpflicht sein. Wer beim Gezähltwerden nicht mitspielt, wird mit Bußgeld bedroht, wer gegen das Unternehmen opponiert, gar mit Kriminalstrafe. Bundesjustizminister sowie Generalbundesanwalt verlangen kategorisch die gesetzlichen Höchststrafen. Denn wer sich dem Milliardenunternehmen entgegenstellt, wird abgestempelt als Staatsfeind, als Verderber der »fdGO«, schlimmer offenbar als selbst Nazis, denn während Kommunalaufsicht und Verwaltungsgerichte die Stadtverwaltungen zwingen, die städtischen Versammlungsräume nazistischen Veranstaltungen auf Wunsch zur Verfügung zu stellen, hindern jedenfalls in Bayern Kommunalaufsicht und Verwaltungsgerichte zum Beispiel die Stadt Augsburg, stadteigene Räume auch Volkszählungsgegnern zu überlassen.

Dieses missionarische Eifern verstärkt natürlicherweise das Mißtrauen des nun so oft von den Mächtigen hinters Licht geführten, endlich mündig gewordenen Bürgers. Ob man die Bevölkerung Kopf für Kopf zählt oder aber ihre Zahl schätzt, das scheint für die Gehälter einiger Stadtdirektoren und für den richtigen Zuschnitt mancher Wahlkreise bedeutsam, für das Schicksal der Nation aber eher gleichgültig. Das kann doch wohl nicht Ursache der Aufgeregtheit der Staatsgewalten und der sie als ihren Besitz betrachtenden bürgerlichen Parteien sein? In der Tat kommt es ihnen offensichtlich weniger auf die Zählung als vielmehr auf die Daten der Bevölkerung an, wie ja schon im alten Rom (nicht erst, wie der Evangelist Lukas behauptet, dem Cäsar Augustus) weniger Zahlenkenntnis als solche interessierte, als vielmehr Steuer- und Heereskraft¹ (lat. census = Schätzung; nicht nur centurie, sondern auch Zensor und Zensur leiten sich davon ab.²

Auf der anderen Seite ist das Eiferertum nicht geringer. Wer dem Zensus 1987 zustimmt, gilt als Anhänger des Überwachungsstaates, als Befürworter des den Geheimdiensten transparenten, »gläsernen« Menschen, der aus dem Dunkel heraus ständiger Kontrolle unterworfen werden kann. Als ob dieses nicht schon heute möglich sei! Als ob nicht der Verbund aller an mancherlei Stellen über uns festgehaltenen vielfachen Daten und deren Informationsfluß zwischen Behörden uns viel durchsichtiger machen würde, als diese Daten! Als ob nicht die längst geplanten und nur aus Wahltaktik bislang aufgeschobenen, als »Sicherheitsgesetze« beschönigten Überwachungsgesetze

unendlich gefährlicher wären! Aus der Sicht des leidenschaftslosen Beobachters ist indessen gleichwohl keine finstere Verschwörung der Datenhungrigen gegen den vergleichsweise noch freiheitlichen Rechtsstaat und für einen anderen, einen autoritären Ordnungsstaat auszumachen. Ebenso wenig gibt es eine Verschwörung von Grünen, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Republikanischen Anwältinnen- und Anwaltsverein, Humanistischer Union und anderer Bürgerrechtler gegen das staatliche Gewaltmonopol, gegen Gesetzestreue und für eine anarchische Utopie. Die große Mehrzahl der Verweigerer aber will dem Staat und seinen »Diensten«, während diese im geheimnisvollen Dunkeln bleiben, nicht noch transparenter werden.

Es lohnt sich daher, die Gründe für und gegen das Volkszählungsgesetz 1987 kühlen Blutes gegeneinander abzuwägen. Dabei sei einfachheitshalber unterstellt, daß die bloße Zählung, also die Erhebung der Grunddaten, der einen Partei nützlich, der anderen jedenfalls unschädlich sei. Ebenso kann das höchst formale Argument der Befürworter vernachlässigt werden, einem Gesetz schulde jedermann schon deshalb Gehorsam, weil es in vorgeschriebener Art und Weise zustande gekommen sei. Das wurde seinerzeit auch zu Gunsten des Volkszählungsgesetzes 1983 ins Feld geführt. Dennoch war es — heute unbestritten — verfassungswidrig.

Zwar vermeidet das neue Gesetz die vom Ersten Senat unseres obersten Gerichts in Karlsruhe am 15. Dezember 1983 ausdrücklich hervorgehobenen Verfassungsverstöße³, aber auch nur sie. Nur »beispielsweise« hat das Bundesverfassungsgericht anhand der Frage nach Anstaltsinsassen darauf hingewiesen, der Gesetzgeber habe zu prüfen, »ob das Ziel der Erhebung nicht auch durch eine anonymisierte Ermittlung erreicht werden kann«. Daraufhin wurde diese Frage zwar gestrichen, alle anderen sind, zum Teil unwesentlich geändert, aber geblieben. Ob sie nach dem Gesetzeszweck und dem Verfassungsprinzip der Verhältnismäßigkeit geboten sind (z.B. die Frage nach der christlichen, jüdischen, islamischen oder anderer Religionszugehörigkeit), darf weiterhin bezweifelt werden. Daß sie harmlos seien, ist ein zwar bei den Zensusbefürwortern beliebtes, aber kein treffendes Argument: Laut Urteil des Ersten Senats vom Dezember 1983

»kann ein für sich gesehen belangloses Datum einen neuen Stellenwert bekommen; insoweit gibt es unter den Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung kein 'belangloses' Datum mehr. Wieweit Informationen sensibel sind, kann hiernach nicht allein davon abhängen, ob sie intime Vorgänge betreffen. Vielmehr bedarf es zur Feststellung der persönlichkeitsrechtlichen Bedeutung eines Datums der Kenntnis seines Verwendungszusammenhangs ...«

Ein Mittel für rational geplante Politik?

Ob die eingehemsten Daten einen Nutzen haben, ist umstritten. Statistiker Manfred Güllner, damals Direktor des Kölner Statistik-Amtes »weiß auch nicht, was man mit den Daten, die hier erhoben werden, überhaupt anfangen kann«. In der Tat fällt zum Beispiel auf, daß nach Daten, deren man wirklich bedarf, zum Beispiel für eine sinnvolle Umweltpolitik, auch mit diesem Gesetz nicht im mindestens geforscht wird.

Dennoch sei für diese Untersuchung unterstellt, daß für die Planung die erfragten Daten theoretisch nützlich seien.

Schwerer fällt das bei dem Urteil über ihre praktische Bedeutung für künftige rational geplante Politik. Bisher sind, wie jedermann weiß, politische Entscheidungen keineswegs auf Grundlage exakt erhobener Daten (z.B. aus dem Volkszählungsgesetz 1970) getroffen worden, sondern anhand der wirtschaftlichen Interessen, die am wirksamsten durchgesetzt wurden. Beispiele sind die Energieprognosen des Bundes, die Generalverkehrspläne der Gemeinden, der Überhang an Schwimmbädern und Schulgebäuden, von Butter- und Zuckerbergen zu schweigen. Andere Planungsentscheidungen, die zur Naturzerstörung, Landschaftszersiedlung, Unbewohnbarkeit der Stadtkerne einerseits, problematischen Trabantenstädten andererseits oder zu überdimensionierten Kliniken, in denen anonym gestorben wird, geführt haben, beweisen, daß die Gefahr eines ganz legalen Mißbrauchs für Planungen besteht, die nicht den Interessen der Bürger, sondern denen weniger Mächtiger dienen.⁴ Hingegen ist bislang kein einziges Beispiel angeführt worden dafür, daß Planungen der öffentlichen Hand am Datenmangel gescheitert wären.

Ist die totale Zwangsbefragung nötig?

Unterstellt (aber nicht zugegeben!) die begehrten Daten seien für rationale politische Entscheidungen erforderlich, muß aber dann begründet werden, warum die Form der totalen Zwangsbefragung durchgesetzt werden soll. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Erhebungsprogramm nur gebilligt unter der Voraussetzung, »daß der Gesetzgeber ergänzend für bisher fehlende grundrechtsichernde Organisations- und Verfahrensregelungen und damit die an eine Totalerhebung nach Art der Volkszählung 1983 zu stellenden verfassungsrechtlichen Anforderungen gewährleistet«. Und an anderer Stelle: »Indessen bedarf es zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung noch ergänzender verfahrensrechtlicher Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung.« Ein solches Datenverarbeitungskonzept, »das die Programme für die Erfassung, Prüfung und Auswertung der Erhebungsdaten sowie die flankierenden Datensicherungsmaßnahmen einbezieht, wird voraussichtlich erst im Herbst fertiggestellt sein« (Hamburgs Datenschützer Claus-Henning Schapper) — also lange nach der mithin verfassungsrechtlich unsicheren Erhebung. Mit Recht weist der FDP-Politiker und Informatikprofessor Klaus Brunnstein darauf hin, niemand kenne zur Zeit der Erhebung die Programme, mit denen die Daten verarbeitet werden: »Ich verstehe nicht, wie Politiker in dieser Situation behaupten können, die Daten seien sicher.« Diese nach § 14 des Volkszählungsgesetzes 1987 erforderlichen Landesgesetze sind — was das Vertrauen der Bevölkerung schwerlich mehren kann — nicht einmal im Entwurf vorgelegt worden, obschon unter anderen der hessische Datenschutzbeauftragte Spiro Simitis im Innenausschuß des Deutschen Bundestages schon im März 1985 warnte: »Erst beide zusammen bilden das Normprogramm der Volkszählung, erst in Kenntnis beider ist es deshalb möglich, festzustellen, ob die beabsichtigte Erhebung verfassungskonform ist oder nicht.«

Die Art, wie zum Teil jetzt an die Ausführung ohne derartige Rechtsgrundlagen gegangen wird, ist ungeeignet, Vertrauen hervorzurufen. So stand zunächst auf den datensensiblen Mantelbögen mit den persönlichen Angaben der Befragten der unwahre Hinweis, daß »diese Daten nicht maschinell verarbeitet werden«, obgleich eben dieses vorgesehen und vorbereitet ist. In Baden-Württemberg sind Zählern Kopfprämien für das Anzeigen von Bürgern versprochen worden, die gegen das Meldegesetz verstoßen haben. Niedersachsens Ministerpräsident hat unter anderem alle Staatsanwälte zur Zählertätigkeit aufgefordert, obschon sie nach dem Gesetz wegen möglicher Interessenkollision gar nicht zählen dürfen. Ob die Daten verfassungskonform oder verfassungswidrig erhoben und verarbeitet werden, ist nach alledem ungewiß und wird auch noch am Erhebungsstichtag, dem 25. Mai, ungewiß sein. Vor allem eine Aufforderung unserer höchsten Richter im Urteil ist nicht erfüllt worden:

»Der Gesetzgeber ... muß bei der Anordnung einer statistischen Erhebung anhand des erreichbaren Materials prüfen, ob eine Totalerhebung trotz einer inzwischen fortgeschrittenen Entwicklung statistischer und sozialwissenschaftlicher Methoden noch verhältnismäßig ist.«

Diese Aufforderung hat die Bundesregierung bewußt mißachtet. Erfahrungen mit einer Erhebung auf Grund freiwilliger Basis lagen vielfach vor. So hat etwa die Hälfte der EG-Mitgliedstaaten die »Arbeitskräfte-Stichprobe 1984« auf Grund freiwilliger Angaben durchgeführt. Selbst die USA sammeln nur die Grunddaten durch Zählung aller Teile der Bevölkerung, begnügen sich indessen wegen aller sonst zur Planung für unentbehrlich gehaltenen statistischen Angaben mit Stichproben bei einem Teil der Haushalte.

Dennoch verweist die amtliche Begründung des Gesetzes unter AI Nr.5 lediglich darauf, es lägen keine sicheren Erkenntnisse vor, nach denen Erhebungen mit freiwilliger Auskunftserteilung eine »ausreichende Ergebnisqualität« hätten. Indessen haben Brunstein und andere im Anhörverfahren dem Innenausschuß des Bundestages Alternativen mit »ausreichender Ergebnisqualität« aufgezeigt. Auch Statistikexperte Güllner betont: »Ich bin seit vielen Jahren der Ansicht, daß wir eine Volkszählung in der bekannten Form nicht brauchen.« Der Sozialdemokrat wird bestätigt durch das seit 1982 bekannte Gutachten der CDU-Anhängerin Professorin Elisabeth Noelle-Neumann (Institut für Demoskopie Allensbach), nach dem freiwillige repräsentative Umfragen für den Statistiker wissenschaftlich gleichwertige Ergebnisse liefern und eine Totalerhebung überflüssig machen.

Vollends erhärtet wird diese Meinung durch amtliche Äußerungen, wonach man auch ohne erzwungene Totalerhebung hinreichend verlässliche Daten bekommt. So hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes öffentlich erklärt, auch ein Zählungsboykott würde das Unternehmen nicht vereiteln, weil er durch »statistische Ausgleichsberechnung« ausgeglichen werde. Innenstaatssekretär Waffenschmidt hat vor der Presse dargelegt, die Gegner der Zählung seien »isoliert«; ausweislich der Gebäudeerhebung würden zwischen 90 und 97 Prozent der Bürger mitmachen. Warum also begnügt man sich nicht mit deren freiwilligen Angaben? Die Freiwilligkeit der Beteiligung würde gewiß dem Geist unserer Verfassung eher entsprechen, als die Erzwingung kollektiver Daten.

Berechtigte Bedenken?

Vermutlich würde die Stichprobenerhebung auf freiwilliger Basis nicht nur »gleichwertige« Ergebnisse liefern, wie Frau Noelle-Neumann meinte, sondern bessere, weil die Verfälschung der Ergebnisse durch fingierte Angaben (sogenannter weicher Boykott) entfiel. Entfallen würde auch der Verlust von Ansehen und Glaubwürdigkeit der Sozialforscher und Statistiker sowie der künftigen Bereitschaft der Bürger, Informationen für planerische Zwecke zu geben. Durch die gezwungene Totalerhebung aber hat der Gesetzgeber selbst die Frage in den Mittelpunkt gestellt, ob eine hinreichende Mehrheit der Bürger ihre bisherigen Bedenken gegen diesen Zensus aufgegeben hat.

Diese Frage hat ebenfalls verfassungsrechtliche Qualität, weil — wie das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil hervorgehoben hat — »auch die im Grundgesetz selbst in Art. 73 Nr. 11 vorgesehene und damit schutzwürdige amtliche Statistik« gefährdet werden könnte:

»Für die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik ist ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt der erhobenen Daten notwendig. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn bei dem auskunftspflichtigen Bürger das notwendige Vertrauen in die Abschottung seiner für statistische Zwecke erhobenen Daten geschaffen wird, ohne welche seine Bereitschaft, wahrheitsgemäße Angaben zu machen, nicht herzustellen ist.« (So bereits zutreffend die Begründung der Bundesregierung zum Entwurf des Volkszählungsgesetzes 1950; vgl. BT-Drucksache 1/982, S.20 zu § 10).

Eine Staatspraxis, die sich nicht um die Bildung eines solchen Vertrauens durch Offenlegung des Datenverarbeitungsprozesses und strikte Abschottung bemühte, würde auf längere Sicht zu schwindender Kooperationsbereitschaft führen, weil Mißtrauen entstünde. Da staatlicher Zwang nur begrenzt wirksam werden kann, wird ein die Interessen der Bürger überspielendes staatliches Handeln allenfalls kurzfristig vorteilhaft erscheinen; auf Dauer gesehen wird es zu einer Verringerung des Umfangs und der Genauigkeit der Informationen führen.

Dieser Aufgabe hat der Staat nicht genügt. Die Anonymität der Daten ist nicht gesichert. Zwar sollen die Namen aus den »Haushaltsmantelbogen« irgendwann nach dem Zählen vernichtet werden. Indessen kann, wie Informatiker längst bewiesen haben, anhand der Daten ohne Schwierigkeit herausgefunden werden, von welcher Person die Angaben stammen. »Die Re-Identifikation kann kinderleicht sein.« (Hamburgs Datenschutzbeauftragter Claus-Henning Schapper) Diese Möglichkeit, den einzelnen Bürger anhand weniger seiner Daten schnell herauszufiltern, verbunden mit dem neuen computerlesbaren Personalausweis, dem die geplanten tragbaren Lesegeräte für unsere Polizeibeamten entsprechen, die neugeschaffene Verbindung der Polizeibehörden direkt mit der Autohalter-Datei in Flensburg, weiter die Methoden der Schleppnetz-Fahndung und die schon vorbereiteten neuen »Sicherheitsgesetze« sind gewiß keine vertrauensbildenden Maßnahmen, wie sie unser oberstes Gericht bei der Regierung anmahnte.

Aus der Geschichte lernen: Volkszählung 1950

Hinzu kommen die trüben Erfahrungen aus der Vergangenheit. Auch mit der Volkszählung am 13. September 1950 wurden sehr eingehende Daten gefordert — ausschließ-

lich, jedenfalls laut Gesetzestext, zu statistischen Zwecken. Schon damals glaubte man nicht, daß die Behörden diese gesetzliche Zusicherung respektieren würden. So sah sich denn Bundespräsident Theodor Heuss im September genötigt, persönlich zu garantieren, daß weder Polizei noch Wohnungsamt noch Finanzamt Einblick in die Listen bekämen. Wie die Amtsträger seiner spotteten, berichtete unter der Überschrift »Der Wortbruch nach der Volkszählung« Marion Gräfin Doenhoff in der *Zeit* vom 9. November 1950:

»Am 4. Oktober aber beschlossen das Innen- und das Finanzministerium in Niedersachsen aus Sparsamkeitsgründen, die Ergebnisse der Volkszählung für den Gewerbeausgleich zu verwenden. Die Gemeinden wurden entsprechend angewiesen, und einige von ihnen folgten dem Erlaß. Auch in Süddeutschland sind Volkszählungslisten von amtlichen Stellen unbefugt eingesehen und für Erhebungen über den Gewerbesteuer-Ausgleich zwischen den Gemeinden ausgewertet worden. Trotz der gesetzlichen Zusicherung, dies werde nicht geschehen, trotz des Wortes, das der Bundespräsident verpfändete. (...) So wie bei König Midas alles, was er anfaßte, sich in Gold verwandelte, so verwandelt sich heute alles, was der moderne Staat anfaßt in ein Instrument der Macht ... Die Regierungen gleichen heute im eigenen Lande gewissermaßen einer Besatzung, die den weltanschaulichen Gegner, den inneren Feind niederzuhalten bemüht ist ...«

Wie sich die Bilder auch nach 37 Jahren noch gleichen! Soweit ersichtlich, ist die Darstellung der Gräfin Doenhoff nicht dementiert worden. Sie wird teils durch amtliche Dokumente sogar erhärtet: Nach der Verordnung über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden vom 23. Mai 1951 (Nds. GVBl. S.131) hat das Amt für Statistik für die Wohngemeinden Daten ermittelt, die diese wieder den Finanzämtern weitergaben. Zwar durften nach dieser Verwaltungsordnung die Namen nicht mitgeteilt werden, auf die es — wie ausgeführt — auch nicht notwendig ankommt. Entscheidend ist, daß das gesetzliche Versprechen, die Daten ausschließlich für statistische Zwecke zu verwenden, kaltblütig amtlich gebrochen wurde.

Und heute?

Eine beamtete Statistikerin hat sich in einer Leserzuschrift an die *Frankfurter Rundschau* in der Ausgabe vom 16. März 1987 dagegen verwahrt, »der amtlichen Statistik als Behörde (zu) unterstellen, sie würde sich zu Gesetzesverstößen hergeben«. Der daraus sprechende gute Wille ist anzuerkennen. Auch wird sich wohl eine große Zahl der mit der Sache befaßten Beamten gesetzestreu verhalten. Aber auch beamtete Statistiker sind Menschen mit Fehlern und Schwächen. Mindestens einige dürften es vorziehen, der inzwischen zu staatlichen Ideologie verfestigten und immer wieder lauthals verkündeten Ansicht zu folgen, alle Behörden seien zwar gemäß Artikel 20, Absatz 3 Grundgesetz an Gesetz und Recht gebunden, ausgenommen jedoch die Verfassungsschutzämter, die sogar — wie der niedersächsische Innenminister erneut am 20. März vor dem Niedersächsischen Landtag betonte, auch Strafgesetze brechen dürften.

Infolge dieser Ideologie sind die im Volkszählungsgesetz 1987 enthaltenen Strafdrohungen kein wirksamer Schutz. Sie verbieten zwar unter Androhung von Freiheitsentzug bis zu einem Jahr oder Geldstrafe die Re-Identifizierung, ferner die Zusammenführung von Daten, so daß Personenbezüge hergestellt werden, die mit dem Zweck des

Gesetzes nichts zu tun haben, und auch die Weitergabe irgendwelcher Daten an Polizei, Wohnungs-, Finanz- oder sonstige Ämter. Die Verknüpfung von Volkszählungsangaben ist jedoch ausdrücklich verboten nur mit anderen statistischen Daten, nicht mit Verwaltungsdaten. Überdies handelt es sich um ein einfaches, jederzeit durch einfache Mehrheit des Bundestages aufzuhebendes oder abzuänderndes Strafgesetz. Es gibt keinerlei Garantie, daß der mit den sogenannten Sicherheitsgesetzen beginnende Überwachungsstaat diese kriminalrechtliche Sperre aufrechterhält.

Selbst wenn aber alles mit rechten Dingen zugehen sollte, werden die erhobenen Daten wenig Hilfe für politische Planung liefern. Nach Auswertung, verbunden mit Plausibilitätskontrollen und Bereinigung von Fehlern, werden die Grunddaten frühestens nach 18 Monaten zur Verfügung stehen. Dann hat man also Einwohnerzahlen, die indessen wegen der Veränderung während dieser Monate schon wieder fehlerhaft sind. Jahr für Jahr veralten etwa fünf Prozent der Informationen. Die Auswertung der planungsdienlichen Daten dauert etwa zwei bis sechs Jahre. So müssen etwa Pendlerströme durch komplizierte Kombination von Wohnort, Arbeitsplatz und bevorzugtem Verkehrsmittel herausgefiltert werden. Durch die schnelle Entwicklung von Technik und Wirtschaft werden weitere Volkszählungsdaten zu Datenschrott werden.

Pendlerströme lassen sich durch Verkehrszählungen, Wirtschaftsstrukturen einzelner Gebiete — wie sogar die Kohl-Freundin Noelle-Neumann betont — auf dem Wege einer zehnprozentigen Stichprobenerhebung zuverlässiger, billiger und schneller ermitteln. Die Arbeitslosenzahlen sind ebenso bekannt wie die Klassenfrequenzzahlen in den Schulen und der Anteil erkrankter oder schon abgestorbener Wälder. Politischer Gestaltungswille der Regierung ist dadurch nicht gefördert worden.

Die Chance der vom Bundesverfassungsgericht mit Recht für unentbehrlich gehaltenen Zustimmung und Mitarbeit der überwältigenden Mehrheit von Bürgern ist durch Regierungsverhalten verspielt worden, vermutlich ein für alle Mal. In dem amtlich verschuldeten Zwielficht und in der mit Haß aufgeladenen Situation kann die Sozialwissenschaft aus methodischen und aus ethischen Gründen die Erhebung nicht befürworten. »Auf dem freien, privatwirtschaftlichen Forschungsmarkt wären Untersuchungen, die derart gereizte Reaktionen provozieren, nicht zu verkaufen.« (Sozialwissenschaftler und Statistiker Wolfgang Schlucher).

Wozu also dieses Meisterwerk der Unvernunft? Anscheinend — das wäre noch die plausibelste Erklärung — aus Rechthaberei. Die Inhaber der Staatsgewalt wollen zeigen, daß sie ihren Willen auch gegen renitente Teile der Bevölkerung durch Zwang und Strafen durchsetzen können. Andere befürchten, daß das Unternehmen in eine »Boykotteurs«-Datei, also in eine Liste renitenter Bürger mündet, um eine Gesamterfassung unzufriedener staatsverdrossener Protestler zu haben. Das Gesetz läßt das in der Tat zu, denn die Daten dieser Bürger sind nicht ausdrücklich geschützt; sie dürfen straflos auch mit anderen Dateien kombiniert werden.

Was tun?

Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes garantiert jedermann, es gerichtlich auf Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen, wenn die öffentliche Gewalt etwas von ihm will. Es empfiehlt sich für alle, davon Gebrauch zu machen. Gemeint ist nicht nur ein formelles Recht, die Gerichte anzurufen, sondern ein substantielles Grundrecht auf tatsächlich wirksame gerichtliche Kontrolle. Dem sucht das Volkszählungsgesetz 1987 dadurch zu begegnen, daß es den Rechtsbehelfen die sonst ihnen innewohnende aufschiebende Wirkung nimmt. Wer also von ihnen Gebrauch macht, soll trotzdem unverzüglich und wahrheitsgemäß in den Erhebungsbogen gewünschte Auskünfte erteilen müssen. Das heißt, es sollen durch sofortige Vollziehung Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, auch dann nicht, wenn gerichtliche Prüfung die Rechtswidrigkeit des Behördenverhaltens ergibt.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Volkszählungsurteil gemeint, diese auch im Volkszählungsgesetz 1983 enthaltene Regelung sei aus den besonderen Umständen der Volkszählung, die auf vollständige Angaben zu einem Stichtag angewiesen ist, dennoch insoweit gerechtfertigt, als sie den Rechtsschutzanspruch der Bürgerinnen und Bürger »einstweilen« zurückstelle. Hierbei hat der Senat eines übersehen: Nach den Beteuerungen der Regierung und des statistischen Bundesamtes wäre das keineswegs nur »einstweilen« ein Aufschub des Rechtsschutzes. Denn es wird ja immer wieder behauptet, die Daten seien so anonymisiert, daß man die der einzelnen Bürger nachträglich nicht mehr herausfiltern könne. Ist diese Behauptung wahr, so würde der Rechtsschutz durch die sofortige Vollziehung für alle Zukunft vernichtet. Ist sie un- wahr, so folgt daraus unmittelbar Verfassungswidrigkeit des Gesetzes. Logischerweise werden daher die Verwaltungsgerichte gehalten sein, in jedem Fall, in dem sich jemand auf dem Rechtsweg gegen die Volkszählung wehrt, die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfes wieder herzustellen (§ 80 der Verwaltungsgerichtsordnung). Das ist der Weg gesetzestreuer Bürger, der jedenfalls versucht werden sollte und, wenn er gelingt, weit wirksamer erscheint als jeder »harte« und »weiche« Boykott. Wie auch immer, um noch einmal Marion Gräfin Doenhoff zu zitieren:

»Der moderne Staat als Machtstaat stellt eine ständige Bedrohung des Menschen dar, und darum ist es die Pflicht des heutigen Bürgers, in vieler Hinsicht als Frondeur zu leben und immer und überall dort Opposition zu machen, wo der Staat das Recht verletzt oder sein Wort nicht hält — auch wenn es sich nur um Volkszählungslisten handelt.«

Anmerkungen

- 1 Daneben allerdings auch das sittliche und staatsbürgerliche Verhalten!
- 2 Auch bei der von Lukas beschriebenen Zählung ist der Sinn, daß jedermann »geschätzt werde«, der Kaiser und seine Beamten brauchten eine Grundlage, um die Juden möglichst perfekt auszuplündern. Fast alle jüdischen Aufstände gegen die römische Herrschaft richteten sich gegen deren Steuersystem.
- 3 Zum Beispiel die damals geplante Weitergabe der Daten von der Statistik an die Gemeinden für Melde- und gewisse Verwaltungszwecke, ferner an oberste Bundes- und Landesbehörden.
- 4 Allein in Bayern sind rund 1300 Krankenhausbetten mit Betriebskosten von jährlich 70 Millionen DM zuviel errichtet worden, hingegen zu wenig Kindergärten und Altersheime.

Bremen

Gerwin Möller

Die Bremer SPD vor den Bürgerschaftswahlen

»Rot-grün« kein Thema in Bremen?

»Mit neuer Kraft auf Kurs«, unter diesem Motto tritt die Bremer SPD zu den Bürgerschaftswahlen im September an und setzt auf die Verteidigung ihrer absoluten Mehrheit im Zwei-Städte-Staat an der Weser.

Gelingt es der Partei nicht, die 47 Prozent, die sie bei den Bundestagswahlen erreichte, zu überbieten und kehrt die FDP in das Landesparlament zurück, dann ist dieses Wahlziel nicht zu schaffen. Doch über mögliche Koalitionen mag in der Weser-SPD niemand sprechen. Dem Bürgermeister Wedemeier werden Wünsche für eine sozial-liberale Koalition nachgesagt, während die Partei gerade bemüht ist, ein Wahlprogramm aufzustellen, dessen Umsetzung mit den in Bonn regierenden Parteien unmöglich sein soll. Dieses Wahlprogramm, genannt »Bremen-Plan«, soll die politischen Aufgaben für die Zukunft beschreiben. Im Unterschied zu früheren »Bremen-Plänen« wird die SPD keinen »Vier-Jahres-Plan« entwerfen, denn für die Jahre 1987 bis 1991 bleibt bremische Politik eingezwängt in das durch den Senat vorgegebene Korsett des Sparens. Mit dem Primat der Haushaltskonsolidierung hat sich die Partei längst abgefunden. Die ökonomischen Rahmendaten im kleinsten Bundesland bieten in der Tat nicht die günstigsten Bedingungen für die Umsetzung einer offensiven Reformpolitik. Über 40.000 Menschen sind in Bremen und Bremerhaven arbeitslos gemeldet. In den letzten zehn Jahren wurden zehn Prozent aller Arbeitsplätze abgebaut. Über 500 Millionen DM Sozialhilfe jährlich werden gezahlt, davon die Hälfte als »Hilfe zum Lebensunterhalt« für Arbeitslose. In Bremen wird durch weitere Arbeitsplatzvernichtung in der Werft- und Stahlindustrie für das Jahr 1995 eine Arbeitslosenzahl von 80.000 prognostiziert.

Vor diesem Hintergrund findet sich kaum jemand mehr, der bei der Formulierung von Wahlprogrammatik nicht die Einschränkung ausspricht, daß Bremen alleine den Weg aus der Krise nicht findet. Der Bundesfinanzminister läßt Bremen am ausgestreckten Arm verhungern. Von den vom Bundesverfassungsgericht zugesprochenen Geldern aus dem Länderfinanzausgleich ist in der Hansestadt noch kein Pfennig angekommen.

Am 25. Januar haben über 60 Prozent der Bremerinnen und Bremer rot-grün gewählt. Die CDU im Zwei-Städte-Staat fristet das Dasein einer 30-Prozent-Partei. Und dieses bleibt auch so, wenn die SPD den Bürgerschaftswahlkampf offensiv als eine Protestwahl gegen die Bundesregierung organisiert. Liebäugelt sie nur mit einem der

Bonner Koalitionäre, können die bremischen Wählerinnen und Wähler auch gleich einer der Rechtskoalition genehmen Landesregierung zur Mehrheit verhelfen.

Daß über rot-grüne Zusammenarbeit nicht gesprochen wird, ist dennoch nicht nur in der Arroganz der SPD-Spitze oder der mangelnden Courage von Parteilinken begründet. Die Bremer Grünen selbst fürchten nichts so sehr, wie das Aufgehen ihres erklärten Wahlzieles, das Brechen der SPD-Alleinregierung. Die Grünen würden in die Situation geraten, als Juniorpartnerin der SPD eine Politik mitzuverantworten, die sie heute noch verbalradikal kritisieren dürfen. In Bremen stehen zwar keine Atomkraftwerke, und hier sind auch keine Raketen stationiert. Dafür gibt es aber 10.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie und ab und zu einmal einen Fregattenauftrag für die Werften.

Für einen Linken in Hamburg mag die Vorstellung von einer rot-grünen Koalition in der Nachbarstadt vielleicht ganz reizvoll sein. Bremer SPD-Linker würden aber in die Lage kommen, daß beispielsweise über ein neues Abfallwirtschaftskonzept nicht mehr innerhalb der Partei diskutiert werden würde, sondern bereits im Senat Kompromisse geschlossen sein würden. Die außerparlamentarische Bewegung im kleinsten Bundesland müßte Demonstrationen auch vor dem einen oder anderen »grünen« Senatsressort abhalten. Und das, was die SPD unter der Konsolidierung öffentlicher Ausgaben und als Anpassung öffentlicher Leistungen an die rückläufige Bevölkerungszahl und sich verschlechternde finanzielle Handlungsspielräume versteht, könnte von den Grünen nicht mehr mit Protestäußerungen abgelehnt, sondern würde schlimmstenfalls mit neuen ökologischen Begründungen unterlegt werden.

Das Bundesland Bremen bietet schlechte Voraussetzungen für ein rot-grünes Projekt, das Ausstrahlungskraft nach außen entwickeln soll. Und doch bleibt die Aussicht auf ein für die SPD unbefriedigendes Wahlergebnis angesichts der bundesweiten Tendenzen der Wählerinnenabwanderung und Wahlenthaltung — gerade auch nach der hessischen Katastrophe — realistisch. Und da die Bremische Landesverfassung eine Auflösung des Parlamentes nicht vorsieht, wird es in Bremen auch nicht möglich sein, so oft zu wählen, bis das Ergebnis stimmt.

Daher ist es jetzt die Aufgabe von Jusos und linken Sozialdemokraten in Bremen, die Wahlprogrammatik der SPD so zu beeinflussen, daß eine Koalition mit der FDP unmöglich gemacht wird. Ebenso dürfen die Grünen mit ihrer Ankündigung, bestenfalls einen sozialdemokratischen Minderheitssenat zu tolerieren, nicht die sozial-liberalen Gelüste innerhalb der Partei bestärken. Eine Koalition kann die Bremer SPD nur dann verhindern, wenn sie jeder Option auf eine Zusammenarbeit mit der FDP eine klare Absage erteilt. Wenn jede Hoffnung im Bürgertum dieser Stadt auf eine Regierungseteiligung ihrer Partei im Keim erstickt und damit die FDP unter fünf Prozent gehalten wird, kann die SPD ihre absolute Mehrheit behalten.

Jürgen Blume

Entfremdung bis zum Wahnsinn

Zu Georg Büchners »Lenz«

Am 21. Februar 1837 starb Georg Büchner dreiundzwanzigjährig im Exil in Zürich. Todestage von Dichtern führen zu einer Produktion von Nachrufen. Und gerade bei Dichtern wie Büchner, wo der Zusammenhang so klar auf der Hand zu liegen scheint — »Friede den Hütten, Krieg den Palästen« —, scheint der politische Streit im engeren Sinne unvermeidlich. Für die einen wird er zum »Stimmungsdichter«, die anderen halten den »eigentlichen Sozialisten« entgegen. Die *rechte* »Ikone« wird durch die *linke* ersetzt. Gemeinsam ist ihnen oft die Abstraktion vom Text oder zumindest die Reduktion des Textes. Denn was hat man begriffen von Büchner, wenn man die »Stimmungsbeschreibung« einer Landschaft als isoliertes Element »ob ihrer Schönheit« lobt? Und was sagt der »Hessische Landbote«, gelesen als *politischer Text*, wenn doch wenig später ein Karl Marx die Verhältnisse sehr viel genauer und präziser beschreibt?

150 Jahre nach seinem Tode sollten wir nach dem »*Lebendigen*« in Büchners Texten fragen. Seine Texte lesen, nicht nur über sie reden, schauen, was sie uns heute noch sagen. Mein Vorschlag soll ein *Lesen* sein und der Gegenstand die Erzählung »Lenz«, ein kurzer Text, dessen Lektüre wohl auch dem durch den politischen Alltagskampf gestressten *spw*-Leser zugemutet werden kann.

Ich schlage vor, Büchners »Lenz« als Beschreibung zu lesen, als Beschreibung des Entfremdungsprozesses eines Intellektuellen. Es ist eine mehrfache Entfremdung, von der Büchner erzählt: von der Natur, von der Kunst — als dem intellektuellen Gebiet des Schriftstellers Lenz —, von den Menschen und von Gott. In diesem letzten Punkt liegt vielleicht das, was uns heute schwer fällt zu verstehen. Büchner spitzt diesen Entfremdungsprozeß bis zum Wahnsinn zu. Gerade aus dieser radikalen Beobachtung, die nicht irgendwann aufhört, weiter zu fragen, ist für unser Leben zu lernen: Im »normalen« Leben genauer zu beobachten, nicht, um individuelle Katastrophen vermeiden zu können, sie zumindest besser zu »verstehen«.

»Den 20. Jänner ging Lenz durchs Gebirg. Die Gipfel und hohen Bergflächen im Schnee, die Täler hinunter graues Gestein, grüne Flächen, Felsen und Tannen.« (65)

So beginnt diese kurze Erzählung, die einige Tage im Leben des Schriftstellers Jakob Michael Reinhold Lenz beschreibt. Nach diesen Sätzen folgt eine anderthalbseitige

Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf: Georg Büchner, Werke und Briefe, München 1979, 13. Auflage.

Landschaftsbeschreibung von solcher Genauigkeit, daß es nicht verwundert, daß Generationen ihn als »Stimmungsdichter« gelesen haben. Aber nach dieser Beschreibung folgen die Sätze:

»Es faßte ihn eine namenlose Angst in diesem Nichts: er war im Leeren!« (66)

Ich denke, daß es hier um die Beschreibung der Entfremdung geht. Es ist nicht zufällig, daß die Natur zunächst so genau und schön beschrieben wird. An ihr hat es nicht gelegen. Aber auch diese ganze Schönheit kann Lenz nicht helfen, sie sagt ihm nichts. »Er war im Leeren.« Und dieser Satz nach der Beschreibung eines *vollen* Lebens der Wälder, Gebirge und Pflanzen ...

Und wir *Nachgeborenen*? Wir haben einen Sommer erlebt, den Sommer nach Tschernobyl, wo wir mißtrauisch wurden gegenüber der Natur, dem Bunt und Grün mißtrauten. Die Natur, sie war nicht nur *uns* — wie bei Büchners »Lenz« — »fremd« geworden, sie war sich *selbst* »entfremdet«.

Nachdem dieser Versuch gescheitert ist, einen Sinn für sich herzustellen, versucht Lenz es auf seinem ureigensten Gebiet, der Kunst.

»Er sprach, er sang, er zitierte Stellen aus Shakespeare, er griff nach allem, was sein Blut sonst hatte rascher fließen machen, er versuchte alles, aber — kalt, kalt!« (68)

Auch die Kunst ist ihm fremd geworden, genauer: eine bestimmte Kunstpraxis, von der er sich in einem Gespräch mit einem Freund abgrenzt:

»Ich verlange in allem — nicht zu fragen, ob es schön, ob es häßlich ist. Das Gefühl, daß was geschaffen sei, Leben habe, stehe über diesen beiden und sei das einzige Kriterium in Kunstsachen.« (72)

Es ist dieses fehlende Leben, was ihn von der Kunstpraxis entfremdet hat, so daß er die letzte Hoffnung auf die Menschen setzt:

»Man muß die Menschheit lieben, um in das eigentümliche Wesen jedes einzudringen; es darf einem keiner zu gering, keiner zu häßlich sein, erst dann kann man sie verstehen; das unbedeutendste Gesicht macht einen tiefern Eindruck als die bloße Empfindung des Schönen ...« (72)

Und die konkreten Menschen, mit denen Lenz zu tun hat? Die Ansprüche seines Vaters sind ihm fremd, da sie seine Lebenssituation nicht berücksichtigen, nur aburteilen.

»Wie er sein Leben hier verschleudere, unnütz verliere, er solle sich ein Ziel stecken.« (73) Lenz sagen diese Vorschläge des Vaters nichts mehr, die familiäre Perspektive ist gestorben. »Was will mein Vater? Kann er mehr geben? Unmöglich!« (74)

Auch die Perspektive eines Liebesverhältnisses fehlt Lenz:

»Lenz rannte durch den Hof, rief mit hohler, harter Stimme den Namen Friederike, mit äußerster Schnelle, Verwirrung und Verzweiflung ausgesprochen.« (79)

Wir erfahren hier etwas über das Ausmaß dieses Verlustes; er treibt Lenz in »Verwirrung und Verzweiflung«. Aber wir erfahren auch etwas über die Ursachen der Trennung:

»Der Engel! Sie liebte mich — ich liebte sie, sie war's würdig — o der Engel! Verfluchte Eifersucht, ich habe sie aufgeopfert — sie liebte noch einen andern ...« (79)

Es war also nicht einfach die Nicht-Liebe des andern, die zur Trennung führte. Es waren die spezifischen Geschlechterverhältnisse, eingeschrieben in Lenz' Haltungen, die zum Scheitern führten: »Sie liebte noch einen andern.« Und Lenz kann seine Hal-

tungen nur noch verfluchen, ändern kann er sie nicht: »Verfluchte Eifersucht.« — Und die Menschen oder wie es Büchner formuliert, die Menschheit? Immer wieder helfen sie Lenz. »Oberlin, seine Worte, sein Gesicht taten ihm unheimlich wohl.« (74) Der Empfang in dem Dorf, das er als Fremder kennenlernt, stimmt ihn wieder hoffnungsvoller: »Da er aber merkte, daß er liebevoll und freundlich empfangen wurde, bekam er wieder Mut.« (81) Schlechter wird sein Zustand ohne sie: »wenn er allein war, war es ihm so entsetzlich einsam, daß er beständig laut mit sich redete« (81). Doch sind ihm die Menschen irgendwie fremd. Was ihn stört ist ihre Geschäftsmäßigkeit, das nur kurze Nachdenken über andere Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Eine »alternative« Praxis ist mit ihnen nicht zu leben.

»Die Leute erzählten Träume ... Dann rasch ins praktische Leben: Wege angelegt, Kanäle gegraben, die Schule besucht.« (68)

Seine Hoffnung scheitert an den Verhältnissen, an den Bedingungen für sein Leben: »die Welt, die er hatte nutzen wollen, hatten einen ungeheuren Riß« (81). Und umgekehrt nahmen ihn die anderen auch als fremd wahr, eingebunden in ihre Lebenspraxis ist er für sie der Sonderling:

»Die Leute im Tale waren ihn schon gewohnt; man erzählte sich allerlei Seltsames von ihm.« (77)

Was bleibt? Oberlin, der Pfarrer, sah noch einen »Sinn«, hatte im Unterschied zu Lenz eine Perspektive:

»Er sprach einfach mit den Leuten; sie litten alle mit ihm, und es war ihm ein Trost, wenn er über einige müdgeweihte Augen Schlaf und gequälten Herzen Ruhe bringen, wenn er über dieses von materiellen Bedürfnissen gequälte Sein, diese dumpfen Leiden gen Himmel leiten konnte.« (70)

Diesen »Sinnstifter« muß auch Lenz einmal besessen haben, denn er »las die Bibel; alte vergangene Hoffnungen gingen ihm auf« (68). Und zeitweilig sieht Lenz hier einen Weg: »dieser Glaube, dieser ewige Himmel im Leben, dieses Sein in Gott — jetzt erst ging ihm die heilige Schrift auf« (69). Und er klammert sich an den Glauben:

»Unterdessen ging es fort mit seinen religiösen Quälereien. Je leerer, je kälter, je sterbender er sich innerlich fühlte, desto mehr drängte es ihn eine Glut in sich zu wecken ...« (77)

Doch die alte Glut läßt sich nicht mehr entfachen, »mit dem Lachen griff der Atheismus in ihn« (78). Und Lenz muß seinem Freund Oberlin gestehen: »Nur in ihnen ist der Weg zu Gott. Doch mit mir ist's aus! Ich bin abgefallen.« (78)

Denn letztendlich kann auch Gott Lenz bei seinem Projekt — welches in der Erzählung nur implizit, als not-wendige Negation der dort beschriebenen Verhältnisse — vorkommt, nicht helfen, so daß ihm der Glaube nur noch sinnlos erscheint. Dies wird an einer Stelle deutlich, wo sich Lenz auf den Standpunkt Gottes stellt, aber eine andere Haltung vorschlägt:

»Aber ich, wäre ich allmächtig, sehen Sie, wenn ich so wäre, ich könnte das Leiden nicht ertragen, ich würde retten, retten ...« (83)

Die Erzählung schildert einen Prozeß der zunehmenden Entfremdung eines Intellektuellen am Anfang des 19. Jahrhunderts. Sie beschreibt seinen Spaziergang im Gebirge, den gescheiterten Versuch, aus dem Naturerlebnis Lebenssinn zu gewinnen. Von der herrschenden Kunstpraxis hat er sich entfremdet, doch seinen Anspruch an Kunst, sie

solle »Leben haben«. Und die Menschen, mit denen zusammen er ihre und seine Leiden beenden will, sind ihm fremd geworden, fremd durch ihr »Vorsichhinleben«, welches sie Alternativen nur träumen läßt und Lenz als »seltsam« wahrnehmen. Und ihm ist schließlich auch sein Glauben fremd geworden, der Atheismus hat ihn ergriffen. Auch damit isoliert er sich von den Menschen seiner Zeit, die den Glauben brauchen, um die Leiden zu ertragen. Alle Versuche Lenz', für sich noch einen Lebenssinn herzustellen — »Er hatte, um seine unendliche Qual loszuwerden, sich ängstlich an alles geklammert« —, sind gescheitert. Das Ende der Erzählung ist ein Bild der Hoffnungslosigkeit:

»Er schien ganz vernünftig, sprach mit den Leuten. Er tat alles, wie es die andern taten; es war aber eine entsätzliche Leere in ihm, er fühlte keine Angst mehr, kein Verlangen, sein Dasein war ihm eine notwendige Last. — So lebte er hin ...« (84)

* * *

Louis Althusser muß seit einigen Jahren sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt verbringen, nachdem er seine Frau umbrachte. Nicos Poulantzas hat sich aus dem Fenster geworfen und Michel Pécheux hat einen Ausweg nur noch im Gang in die Marne gesehen. Drei Schicksale Intellektueller — *noch dazu sich als Marxisten verstehende* — am Ende unseres Jahrhunderts. Und wenn uns ihr Wahnsinn und Tod nicht egal sind, wenn wir ihr Schicksal nicht nur als das *ganz andere* verständnislos übergehen, sondern uns fragen, was dazu führte, daß solch scharfe Analytiker, die unsere Gesellschaft so genau untersucht haben, dazu bringt, nur noch diesen Ausweg zu sehen, dann kann uns bei dieser Frage — so denke ich — vielleicht auch ein Intellektueller des letzten Jahrhunderts helfen.

Wolfgang Michal

Einwurf

Daß sich der plurale Marxismus innerhalb der SPD dem Thema Fußball stärker öffnen will (glasnost also auch hier!), kann nur begrüßt werden. Daß dabei sogar einem linken Verteidiger (nicht etwa einem Linksaußen) das Wort erteilt wird, wiegt um so schwerer, da gerade gestandene Marxisten in der SPD das Thema Fußball erstaunlich blauäugig zu behandeln wissen. Ich verweise nur auf das blinde Vertrauen Peter von Oertzens zu Hannover 96!

Es berührt jedenfalls unangenehm, daß so viele Sozialisten Toni Schumachers »Anpiff« verständnisvoll verteidigen oder bestenfalls arrogant als journalistischen Dünnpfiff abtun wollen. Denn Schumachers Buch ist der kaltschnäuzige Versuch, den bundesdeutschen Profifußball endgültig zum Einzelkämpfersport zu pervertieren; elf Boris Beckers aber würden die westdeutsche Nationalelf 1990 schon in den Qualifikationsspielen zur Fußballweltmeisterschaft scheitern lassen. Und das kann kein ernsthafter Sozialdemokrat wollen. 1990 ist Bundestagswahl!

Wie muß Toni Schumachers Buch also bewertet werden? — Peter Glotz würde sagen: Die fortschrittlichen Teile des Wachstumskapitals im deutschen Fußball (Magath, Hoeneß, Schumacher) proben den Aufstand gegen den konservativen Block der nationalchauvinistischen Vereinskassenwärter vom Schlage eines Gerhard Mayer-Vorfelder. Da wir aber nicht Peter Glotz heißen, sondern im Sinne der IG Metall für eine stärkere Humanisierung der Arbeitswelt eintreten, sehen wir in den fortschrittlichen Teilen des Wachstumskapitals vor allem die Tendenz zur forcierten Akkumulation des Kapitals.

Denn Toni Schumacher plädiert ja nicht für einen humaneren Fußball (etwa für die Verkürzung der Spielzeiten zugunsten längerer Pausen oder die Aufstockung der aktiven Belegschaften über die Zahl elf hinaus!), sondern für eine noch stärkere Ausbeutung der Leistungskraft der Athleten. Schumacher plädiert auch nicht für die Abschaffung des Dopings, sondern für die Abschaffung der Heimlichtuerei. In Verbindung mit den ständigen Klagen Schumachers über die vielen faulen Säcke unter seinen Spielerkollegen muß man dies als eindeutige Aufforderung zum offenen Gebrauch von Captagon und anderen Aufputzmitteln verstehen.

Zweites »Tabu«: Sex. Schumacher plädiert nicht etwa für die Zulassung von Frauen im Spielerlager, er plädiert für aidsgetestete Prostituierte zur Steigerung des Leistungswillens der Spieler. Es geht ihm nicht um die Liebe zwischen zwei Menschen, sondern um die offene Zulassung von Sex als leistungssteigerndes Dopingmittel. (Diese »fortschrittliche« Moral des american way of life mißt das Erlaubte am Erfolg).

Schumachers Buch ist also keine Abrechnung mit dem Profifußball der 80er Jahre, sondern schlicht und einfach ein offenes Bewerbungsschreiben. Der Kölner will

Manager werden wie Felix Magath oder Uli Hoeneß, und er versucht deshalb nachzuweisen, daß das Spielermaterial der Vereine nicht in dem Maße ausgepreßt wird, wie es seiner Auffassung nach möglich wäre. Toni übt also den offenen Verrat an der Arbeiterklasse.

Schumacher diskutiert etwa (parallel zur Diskussion der Samstagsarbeit in den Metallbetrieben) die bessere zeitliche Ausnutzung der kostspieligen Maschine Fußballprofi durch die Vereinsführung, indem er längere Anwesenheits- und längere Trainingszeiten anmahnt.

Die Solidarität vieler Linker mit dem aufrechten Toni ist deshalb nichts anderes als die Kapitulation des kritischen Denkens vor den Wirkungen des herrschenden Populismus. Es wird so getan, als stehe der gute kölsche Jung allein gegen die böse Mafia des DFB. In Wirklichkeit verdeckt dieses Nebenkriegsschauplätzchen nur den eigentlichen Dollpunkt der Entwicklung: Schumachers Forderungen zerrütten das Zusammenspiel einer Elf viel nachhaltiger, als es die pathetische Doppelmoral eines schwäbischen Kultusministers je erreichen könnte. Denn der polternde DFB-Präside sitzt nur auf der Tribüne, Toni Schumacher aber steht im Tor.

Und dieser Torsteher hat vom Fußballspielen nichts begriffen. Er ist ein Entertainer, ein *Alleinunterhalter*, der von Teamarbeit nichts wissen will. Deshalb konnte ein Buch wie »Anpfiff« auch nur von einem Torwart geschrieben werden — man denke an Sepp Maier — niemals von einem Mittelfeldspieler oder Verteidiger. Die Einsamkeit des Torwarts beim Elfmeter begünstigt die Selbstüberschätzung im Team.

Die Lehre, die der DFB daraus ziehen sollte, muß lauten: Mache niemals einen Torwart zum Kapitän. Ein Kapitän muß im Mittelfeld spielen. Alles andere zeugt nur von mangelnder fußballphilosophischer Durchdringung eines Gemeinschaftssports, der in der sozialistischen Arbeiterbewegung entstanden ist.

Und wenn es denn jemals einen Fortschritt im Fußball geben sollte, dann diesen: daß Frauen mitspielen. Wo also bleibt die spw-Forderung nach Einführung der Quotenregelung im Profifußball? Der plurale Marxismus verlangt nicht nur die Bewahrung der demokratischen Tradition, er verlangt auch die Aufhebung der letzten Überbleibsel des Patriarchats.

Interview

»... wir sind kaum die ersten auf dem Weg der Reformen.«

Gespräch mit Professor Andrej Nikiforov

Vorbemerkung

Auf Einladung der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg hielt sich Prof. Nikiforov, Mitarbeiter am Moskauer Institut für die Beziehungen zu den USA und Kanada, Mitte März für einige Tage in Berlin (West) auf. Das Interview für *spw* führten die Redaktionsmitglieder Frank Heidenreich und Joachim Günther.

Die Redaktion

spw: Worin sehen Sie die wesentlichen Elemente des neuen Denkens in der Außenpolitik der Sowjetunion, insbesondere in den Beziehungen zu den USA einerseits und zu Westeuropa andererseits?

Nikiforov: Das Wesentliche in dem neuen Denken ist die Neubewertung der Hauptgefahr für unser Land und für die Welt insgesamt. Meiner Meinung nach besteht die Hauptsache darin, daß wir erkannt haben, daß die größte Gefahr für unser Land und ebenso für alle anderen Länder nicht von irgendeinem anderen Staat ausgeht — zum Beispiel von den Vereinigten Staaten —, das heißt nicht nur von diesem Staat ausgeht, sondern auch von den Waffen selbst. Die Rüstung hat dazu geführt, daß die Waffen jetzt von allein den Krieg beginnen können, z.B. durch einen technischen Fehler. Das bedeutet, daß die Menschen aus dem Prozeß der Beschlußfassung ausgeschlossen und durch Technik ersetzt werden. So kann der sogenannte »unsanktionierte«, nicht erklärte Krieg durch eine Fehlfunktion ausbrechen. Das zweite wichtige Merkmal des neuen Denkens ist das Bewußtsein, daß der Krieg unzulässig ist, und zwar was Europa betrifft — nicht nur ein atomarer, ein nuklearer Krieg, sondern auch ein konventioneller.

Als wir das erkannt haben, daß die Hauptgefahr nicht von den Vereinigten Staaten oder von der NATO ausgeht, sondern von diesem Prozeß des Wettrüstens, haben wir einen weiteren Schritt getan. Wir verstehen es als unsere außenpolitische Aufgabe, daß wir unsere Gegner, das heißt die Vereinigten Staaten vor allem, zu Partnern machen müssen, um mit der praktischen Abrüstung sofort zu beginnen.

spw: Meinen Sie mit »den Gegner zum Partner machen« das, was Egon Bahr mit seinem Begriff der »Sicherheitspartnerschaft« formuliert hat?

Nikiforov: Wenn ich mich richtig erinnere, hat Genosse Gorbatschow erklärt, daß die Sicherheit zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR nur gemeinsam geschaffen werden kann. Was die Sicherheit der Welt insgesamt betrifft, so kann das nur

eine allgemeine Sicherheit sein, also auf der Basis der gemeinsamen Anstrengung und der praktischen Arbeit.

spw: Nun hat die sowjetische Regierung weitreichende Vorschläge für die Genfer Verhandlungen gemacht, vor allem für weitere konkrete Abrüstungsschritte bei den in Europa stationierten Mittelstreckenraketen. Woran könnte Ihrer Meinung nach eine baldige konkrete Abmachung über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen in Europa noch scheitern?

Nikiforov: Wenn ich die Reaktion der Vereinigten Staaten auf unsere Vorschläge einschätze, so muß ich sagen, daß es mir auffällt, daß unsere neue Flexibilität und Kompromißbereitschaft den Vereinigten Staaten nicht paßt. Sobald wir uns, etwa was die Atomtests betrifft, mit der Kontrolle, der Inspektion vor Ort einverstanden erklärt hatten, sagten die US-Amerikaner, daß sei nicht von Belang, sie würden sowieso mit Atomtests fortfahren. Als wir uns mit der Null-Lösung einverstanden erklärten, sah es so aus, daß jetzt die Amerikaner und die NATO-Alliierten ihrerseits ein Paket machen möchten, in das sie auch die operativ-taktischen Raketen und die konventionellen Waffen hineinstecken. Mir scheint es so, als ob immer wieder neue Vorwände gefunden werden, um die praktische Abrüstung zu verhindern. Wenn die Westalliierten und die Vereinigten Staaten auf diesem Wege weitergehen, kann ich allerdings nicht optimistisch sein.

spw: Befürchten Sie, daß die Vereinigten Staaten jene Kontrollen vor Ort, die sie in der Sowjetunion verlangen, für die sowjetischen Vertreter nicht zulassen würden?

Nikiforov: Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß die privaten Betriebe unter dem Vorwand, auf ihren Produktionsgeheimnissen bestehen zu müssen, Kontrollen über die Produktionsstätten ablehnen könnten. Natürlich wird dadurch das Problem nicht leichter zu lösen sein.

spw: Können wir in Europa auf dem Feld der konventionellen Rüstung hinsichtlich konkreter Abrüstungsschritte optimistischer werden?

Nikiforov: Was die konventionellen Waffen betrifft: Unser Ausgangspunkt ist, daß auch die konventionellen Kriege nicht zulässig sind. Deshalb ist es unser aufrichtiger Wunsch, die konventionellen Waffen abzubauen. Aber es existiert seit langem dieses Märchen einer sogenannten Überlegenheit unsererseits an konventionellen Waffen. Man glaubt unseren Daten nicht, die wir in Wien vorgelegt haben, man verdächtigt uns irgendeiner Lüge oder irgendwelcher Tricks. Wir haben dennoch unsere Vorschläge für einen 25prozentigen Abbau der Rüstung und der konventionellen Waffen in Europa zusammen mit den Partnern des Warschauer Vertrages vorgelegt, und es gab noch mehrere andere Vorschläge zu diesem Thema in der Vergangenheit. Ich glaube, wenn der Westen ernsthaft auch an einer Abrüstung im konventionellen Bereich interessiert ist, so wird dem von uns nichts in den Weg gestellt werden.

spw: Täglich erreichen uns hier im Westen neue Meldungen über atemberaubende Änderungsschritte in der Sowjetunion. Seit April 1985 hat die Sowjetunion mehr Flexibi-

lität in der Außenpolitik beweisen als die USA; Wirtschaftsreformen sollen endlich Wirklichkeit werden, die Verschwendung beenden und die Arbeitsproduktivität steigern und mehr noch: Die staatlichen Apparate und gesellschaftlichen Organisationen sollen durchsichtiger, demokratischer arbeiten. Gorbatschow äußerte, Demokratie sei Lebenselixier für den Sowjetkommunismus. Welche Gruppen und Teile der sowjetischen Gesellschaft sind die Träger, die Subjekte der vor sich gehenden Veränderung?

Nikiforov: Es gibt in allen Bereichen, in allen Schichten der Bevölkerung und der Öffentlichkeit Anhänger der Reformen und der Demokratisierung. Meiner Meinung nach kommen die Impulse von Leuten in der Wirtschaft, von — wir nennen sie wohl zu Unrecht — »Technokraten«, also denen, die in der Wirtschaft technische Leitungsfunktionen innehaben. Sie sind eine der wichtigsten Quellen des Strebens nach Demokratisierung. Natürlich auch eine Teil der Künstler, ein großer Teil der Intellektuellen und vor allem eine große Schicht in der Partei, in der Parteileitung, die »von oben« Übersicht hat über alle Probleme unseres Landes und sich deshalb der Probleme und notwendiger Lösungen bewußt ist.

Natürlich gibt es auch Widerstand. Im Augenblick spricht sich öffentlich praktisch niemand gegen den Demokratisierungsprozeß aus. Alle sind dafür, was vielleicht damit zusammenhängt, daß wir mit den Reformen erst am Anfang sind. Einige Gesetze sind schon beschlossen, andere jedoch werden erst erörtert. Es wird erst nach einigen Jahren klar sein, wie diese Gesetze sich durchsetzen, wie sie sich realisieren lassen.

spw: Welches sind die wichtigsten Gesetzesvorhaben, die jetzt anstehen?

Nikiforov: Das wichtigste Gesetz, was derzeit sehr angeregt in der Presse erörtert wird, ist das Gesetz über den Betrieb, das heißt über den Status des Betriebes, über die Vollmachten des Betriebskollektives, die Beziehungen des Betriebes zu den Ministerien und der Betriebe untereinander, über die wirtschaftliche Rechnungsführung, über das Planungsverfahren, darüber wie der Plan ausgearbeitet wird, und über die wirtschaftlichen Mechanismen. Das alles ist Gegenstand dieses Gesetzes. Gleichwohl wird es sehr stark kritisiert von den Wirtschaftlern, von den Politökonomern, aber das alles ist in der Presse nachlesbar. Es werden täglich stundenlange Diskussionen im Fernsehen veranstaltet, wo man auch anrufen kann und wo Fachleute eingeladen sind. Dieses Gesetz muß der Kern der ganzen Struktur sein. Vielleicht werden auch andere Gesetze in diesem Zusammenhang überarbeitet.

spw: Ist auch beabsichtigt, mit diesem Gesetzesvorhaben das bisherige Prinzip der »Einmannleitung« zu revidieren?

Nikiforov: Zuerst möchte ich sagen, daß für mich nicht nur die Verhältnisse in jedem einzelnen Betrieb wichtig sind, sondern die Beziehungen der Betriebe untereinander, weil wir in unserer Gesellschaft bisher ein System hatten, in dem die Betriebe zum Beispiel nicht ihre Lieferanten wechseln konnten. Vielmehr mußte bei dem zugewiesenen Betrieb gekauft bzw. mußte einem bestimmten Betrieb zugeliefert werden. Diese Beziehungen sind sehr stur geregelt, so daß es keine Konkurrenz gibt. Der Verbraucher hat keinen Einfluß auf den Lieferanten. Ihre Frage bezüglich der »Einmannleitung« ...?

spw: Wir erinnern uns, daß dieses Prinzip 1968 in der CSSR grundsätzlich diskutiert wurde und man dann vorübergehend dazu übergegangen war, unter Beibehaltung der alleinverantwortlichen »Einmannleitung« den Betriebsdirektor von der Belegschaft zu wählen und nicht mehr vom Ministerium einzusetzen ...

Nikiforov: ... das ist der Kern des Gesetzes, daß alle, die im Betrieb Leitungsfunktionen innehaben — vom Brigadier bis zum Direktor — gewählt werden müssen. Aber das bedeutet nicht, daß der Direktor nicht verantwortlich ist. Er ist verantwortlich nicht nur gegenüber dem Ministerium, sondern auch gegenüber dem Betriebskollektiv. Ich halte das für den größten Vorteil des Sozialismus, daß die Werktätigen wirklich einen Einfluß auf die Leitung haben werden und dadurch an der Beschlußfassung teilnehmen.

spw: Welche Rolle können die Gewerkschaften in diesem Prozeß der Wirtschaftsreform und der Demokratisierung spielen? Ist dazu eine größere Autonomie der Gewerkschaften in bezug auf die Kommunistische Partei notwendig?

Nikiforov: Das ist für mich — ehrlich gesagt — keine klare Frage. Anstöße für solche Reformen gab es schon früher. Um 1983 herum wurde das Gesetz über Betriebskollektive geschaffen, und es wurde sofort die Frage gestellt: Was sollen dann die Gewerkschaften? Sollen alle Werktätigen in die Gewerkschaften gehen? Oder wenn nicht, was ist die Rolle der Gewerkschaften im Betrieb? Bis jetzt ist für mich auch nicht klar, wie das aussehen wird.

spw: Können Sie Beispiele nennen, wie in der jüngsten Vergangenheit durch den Druck der öffentlichen Meinung Entscheidungen herbeigeführt oder verändert wurden? Ich denke etwa an die Diskussion auf dem letzten Parteitag über die großen Projekte zur Flußregulierung in Sibirien und im nördlichen Teil der europäischen Sowjetunion.

Nikiforov: Das ist sicher ein sehr gutes Beispiel, denn die Arbeiten wurden nach einer lautstarken öffentlichen Diskussion eingestellt. Ein anderes Beispiel, das vielleicht nicht so spektakulär, aber für Moskau und auch für andere alle anderen sehr wichtig ist, das war das Projekt eines Denkmals, das dem Sieg im zweiten Weltkrieg gewidmet werden sollte. Es war bereits ein grandioses Monument mit vielen Figuren beschlossen worden, und die Arbeiten waren schon im Gange. Aber auf dem Schriftstellerkongreß wurde die Planung des Projektes — nicht das Projekt an sich — sehr scharf kritisiert, und die Arbeiten wurden daraufhin eingestellt. Es wurde ein neuer Wettbewerb angeordnet, der fast einen Monat dauerte und zu dem fast 100 Entwürfe eingereicht wurden, von denen aber keiner gebilligt wurde. Jetzt ist beschlossen worden, keinen der Entwürfe zu verwirklichen, sondern noch einmal einen neuen Wettbewerb auszuschreiben und so weiter.

spw: Wie können Rückschläge und Rücknahmen der Wirtschaftsreform verhindert werden, wie sie 1964 und Anfang der 70er Jahre hingenommen werden mußten?

Nikiforov: Diese Frage ist für mich nur schwer zu beantworten, weil man bisher nicht genau sagen kann: »Das ist das Hindernis für Reformen, und auf diese oder jene Weise können wir es überwinden.« Einerseits kann man sagen, daß es schon der dritte Ver-

such in unserem Lande ist, mit Reformen anzufangen und wie der Volksmund sagt: Aller guten Dinge sind drei. Aber abgesehen davon, sind einige Probleme viel ernster geworden als in den 60er Jahren. Der zweite Versuch einer Reformpolitik, ein sehr guter Versuch, fand in den Jahren 1965 bis 1967 statt, als die Methoden ausgearbeitet wurden, die wir jetzt auch versuchen. Leider wurden sie damals aber nicht realisiert. Es gab dafür mehrere Gründe, die es vielleicht heute nicht gibt. Einer der Gründe der uns geholfen — vielleicht aber auch geschadet — hat, war der Anstieg der Ölpreise Anfang der 70er Jahre, wodurch auch unsere Exporteinnahmen stiegen. Das war ein »Geschenk des Himmels«, aber es hat auch dazu geführt, daß die Reformen nicht mehr so dringend waren. Jetzt ist die Lage umgekehrt. Die Preise sind gefallen, die Probleme sind nicht gelöst und so sind die Reformen umso dringender. Heute spüren die meisten die Situation, wenn zum Beispiel keine Mittel da sind, um Kaffee zu kaufen, weil die Exporteinnahmen gesunken sind.

spw: Eine andere Frage. Andrej Sacharow ist jetzt aus der Verbannung entlassen worden und konnte bereits in der sowjetischen Öffentlichkeit auftreten. Ist damit zu rechnen, daß der Oberste Sowjet das politische Strafrecht ändern wird, auf dessen Grundlage diese Verurteilungen in der Vergangenheit in der Regel erfolgten?

Nikiforov: Ja, es wurde offiziell mitgeteilt, daß das Gesetz über staatsfeindliche Tätigkeiten jetzt revidiert, das heißt gemildert wird.

spw: Muß die Kontrolle der Partei über die Massenmedien gelockert werden, um das Klima für die Reformpolitik zu schaffen?

Nikiforov: Das ist eine interessante, aber nicht leichte Frage, weil es keine Kontrolle im engeren Sinne gibt. Aber natürlich wurden die Leute, die in den Medien arbeiten, über all die Jahre in bestimmten Traditionen erzogen. Und das Problem des neuen Denkens besteht u.a. darin, daß viele gar nicht anders denken können. Der Zensor ist im Kopf, wie man bei uns sagt. Diese Umstellung ist das allerwichtigste.

spw: Auf dem letzten Journalistenkongreß wurde auf Antrag der Iswestjia-Redaktion der Vorstand in geheimer Abstimmung gewählt. Wie beurteilen Sie das, und meinen sie, daß solche Beispiele Schule machen?

Nikiforov: Die geheimen Wahlen werden sicherlich in anderen Organisationen auch durchgeführt werden ...

spw: ... auch in der Partei?

Nikiforov: In der Partei gibt es das seit langem. Wir wählen unsere Organe geheim.

spw: Auch mit mehreren Kandidaten für eine Funktion?

Nikiforov: Ja, ja, das muß so sein.

spw: Wird auch der Wissenschaftsbetrieb an diesen neuen Entwicklungen teilhaben und sie fördern, speziell die Philosophie und die Gesellschaftswissenschaften?

Nikiforov: Es gibt eine große Anstrengung, in allen Bereichen Veränderungen zu schaffen. Gerade die Wissenschaftler und auch die Künstler haben am meisten unter

der ideologischen Sturheit gelitten. Das Resultat dieses Dogmatismus war, daß wir — wie Gorbatschow sagte — »unsere Gesellschaft nicht kennen«. Wir haben dieses Klischee von der klassenlosen Gesellschaft, die gesellschaftlichen Widersprüche sind »gelöst« für alle Zeit — aber das Leben ist ganz anders. Jetzt werden die Wissenschaftler von der Leitung der Partei aufgefordert, die Gesellschaft zu studieren.

spw: Gibt es Ansätze, in der sowjetischen Geschichtswissenschaft, die Stalinsche Periode neu zu erklären und über die schlimmen Fehlentwicklungen jener Zeit grundsätzlicher zu sprechen als 1956?

Nikiforov: Ich kann leider diese Frage nicht so beurteilen. Obgleich wir schon lange mit dem Personenkult um Stalin Schluß gemacht haben, basiert unsere Geschichte hauptsächlich auf dem, was unter Stalin geschrieben wurde, wie die bekannte Kurzfassung der Geschichte der KPdSU (Kurzer Lehrgang der Geschichte der kommunistischen Partei). Und das ist die Grundlage, die auch in den weiteren Auflagen der »Geschichte der UdSSR und der KPdSU« aufgenommen wurde.

spw: Ist damit zu rechnen, daß nach der Rehabilitierung von Tuchatschewski noch zu Zeiten Chrustschows 1958 nun auch ehemals führende Parteifunktionäre rehabilitiert werden? In diesem Jahr, in dem die Oktoberrevolution 70 Jahre alt wird, erinnern wir uns auch der Moskauer Prozesse gegen Kamenew und Sinowjew vor 50 Jahren. Kann mit der Rehabilitation von Bucharin, Kamenew und Sinowjew gerechnet werden?

Nikiforov: Das weiß ich nicht, aber ich bin selbst gespannt. Allerdings gibt es ein Problem, weil diese Zeit, die Prozesse, die Hinrichtungen und das alles sehr gut im Westen dargestellt worden sind. Und deshalb besteht hier die Gefahr, daß jemand die Wahrheit schreibt, aber in einer Art und Weise, die jahrelang als Verrat diffamiert wurde. Das kann zu Schwierigkeiten führen.

spw: Der neue Leiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, Smirnow, hat kürzlich in der »Prawda« eine Neubewertung der Chrustschow-Ära angedeutet, als er — ohne dessen Namen zu nennen — davon sprach, daß die wirtschaftliche Stagnation nach 1964 etwas mit den Veränderungen in der Parteispitze zu tun hatte und schrieb, daß die Maßnahmen, die nach 1964 vom Zentralkomitee ergriffen worden sind, die Demokratisierungsansätze der Zeit vorher beendet haben.

Nikiforov: Vielleicht beginnt mit diesem Artikel eine Debatte und eine Neubewertung. Als Beispiel möchte ich Ihnen den Beschluß des 22. Parteitages nennen, in dem geregelt wurde, regelmäßig zwei Drittel aller Mitglieder von Leitungsorganen unserer Partei auszuwechseln. Auf dem darauffolgenden Parteitag unter Breschnew wurde das dann wieder gestrichen.

spw: Wird der Prozeß der Reformen das infragestellen, was bisher die »Führungsrolle der Kommunistischen Partei« genannt wurde?

Nikiforov: Nein. Die Führungsrolle der Partei wird nicht infrage gestellt, sondern die Partei ist es, die die Reformen einleitet. Genosse Gorbatschow hat sehr viel davon ge-

sprochen, daß die Partei die Formen ihrer Machtausübung wechseln und den neuen Realitäten anpassen muß.

spw: Kann und soll der Prozeß der Reformen Ausstrahlung über die Grenzen der Sowjetunion hinaus erhalten, für andere sozialistische Länder, aber auch für die Linke in kapitalistischen Staaten?

Nikiforov: Die Impulse rühren natürlich von unseren eigenen Problemen her. Und wir sind kaum die ersten auf dem Weg der Reformen. Wir haben studiert, was man in Ungarn macht oder in Jugoslawien oder in China oder in anderen sozialistischen Ländern. Sicherlich ist unser Weg nicht dazu da, um ihn den anderen aufzuzwingen, aber es sieht so aus, als ob man Erfahrungen austauschen, voneinander lernen muß. Wenn wir mit diesen Reformen gründlich fortfahren und etwas erreichen, so kann das vielleicht auch anderen helfen. Aber wir sind es, die noch im Rückstand sind, bei uns war die Diskussion lange Zeit »eingefroren«.

Kritik des SPD-Programmmentwurfs

Detlev Albers

Sozialdemokratische Programmthesen

Alternativen zu »Irsee«

1. Die Zukunft der Welt ist immer bedrohlicher

Sagen, was ist; begreifen, wie die Welt heute wirklich aussieht; die Augen öffnen vor dem Ausmaß schon verzehrter Zukunft — das ist der »kategorische Imperativ« unserer Zeit. Es scheint die einzige Chance, dem Fluch unserer Nachkommen zu entgehen, der einzige Weg, jene Leidenschaft zu entfachen, die nötig ist, um weltweit Arbeits- und Lebensweisen zu verändern, doch noch das Verdikt abzuwenden, wonach die Lebenden einst die Toten beneiden werden.

Die Menschen können, tun und gestalten heute schwindelerregend mehr, als unsere Vorfahren je für möglich gehalten hätten. Von den sprunghaften Zugewinnen der Raumfahrt bis zur Bio- und Gentechnik, von der Elektronik, Informatik, Telematik zur Nukleartechnologie, um nur Beispiele zu nennen — überall stoßen Wissenschaft und Technik bis zu neuen Dimensionen menschlicher Eingriffsmöglichkeiten vor. Daß diese Bewegung zum Stillstand käme, ist nirgends in Sicht. Gleichzeitig aber leisten wir uns gesellschaftliche Verhältnisse, die Hunderte Millionen Menschen Hunger und absolutem Elend aussetzen.

Die Gesellschaften des »Nordwestens«, der selbsternannten »Ersten Welt«, häufen auf ihrem Boden Reichtum, Überproduktion und Vergeudung und sind dennoch gegen Arbeitslosigkeit und Verschleiß in der Arbeit, gegen Ausgrenzung und Repression zwischen den Geschlechtern nicht im geringsten gefeit. Gegen den »Nordosten« richten sie das Wettrüsten, liefern sich mit diesem die größte Ressourcenvergeudung der menschlichen Geschichte und bedrohen sich gegenseitig, und den Rest der Erde dazu, mit dem nuklearen Inferno. Die Kontinente des »Südens« beherbergen längst die große Mehrzahl der Menschheit und täglich eine Viertelmillion Menschen mehr. Eingespannt in das ökonomische Diktat der »Ersten Welt«, ist die »Entwicklung von Unterentwicklung« vielerorts gewachsen, hat die Ausplünderung des »Südens« durch den »Norden« eine alles Vergangene überschreitende Intensität erlangt.

Hier wie dort, von der »Ersten« bis zur »Dritten Welt«, werden nicht nur die menschlichen Ressourcen, sondern immer rigoroser auch die natürlichen Hilfsquellen der Erde ausgebeutet, die Grundlagen des menschlichen »Stoffwechsels mit der Natur« belastet, wo nicht gar unwiederbringlich zerstört. Seveso, Bhopal und Basel, Harrisburgh und Tschernobyl sind nur Fanal; das lautlose Sterben ungezählter Pflanzen- und Tier-

arten, die Vernichtung von Wald, die Zerstörung von Böden bis hin zur Aufheizung der Erdatmosphäre schreiten überall voran. Auch in diesem Krieg gegen die Lebensbedingungen unserer Nachkommen ist nirgends ein Ende in Sicht.

Dem dramatischen Zuwachs an Wissen, Macht und Zahl des Menschen ist seine Fähigkeit zur solidarischen, selbstbestimmten Bewältigung der Zukunft nicht gefolgt — im Gegenteil. Immer noch beherrschen uns die Gesetze des Weltmarkts und des davon geprägten internationalen Wettbewerbs; immer noch entscheidet eine Handvoll international operierender Konzerne und Banken, zusammen mit ihren Verbündeten in Staat und Gesellschaft der Zentren wie der Peripherie, wofür investiert wird, welche Richtung der ökonomischen Entwicklung einzuschlagen ist. In den Sog der von ihnen betriebenen profitgesteuerten »Modernisierung« drohen selbst jene Länder wieder zu geraten, die sich dem direkten Einfluß der Kapitalherrschaft bereits entzogen hatten. Niemand, der wirklich hinsieht, wird ernstlich behaupten können, daß ein Festhalten an diesen Mechanismen erlaubt, aus dem Problemdruck herauszukommen, der jedes menschenwürdige Dasein auf der Erde gefährdet.

2. Weshalb die Arbeiterbewegung entstand

Wo immer in der Vergangenheit industriell, privatkapitalistisch produziert wurde, geschah dies unter Bedingungen, die den Widerstand der eigentlichen Produzenten, der Proletarier, was hieß: der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Entrechteten hervorriefen. Mit ihrer Bewegung verbanden sich bald alle Kräfte, auch bürgerlicher Herkunft, denen es darum ging, eine radikal neue, auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen beruhende Produktionsweise zu begründen. »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!«, lautete schon die Losung des *Kommunistischen Manifests*.

Das »Ziel des Sozialismus war und ist es, überkommene gesellschaftliche Verhältnisse als etwas von Menschen Geschaffenes und Veränderbares zu erkennen und zu überwinden, sie soweit als möglich durch die freie Selbstbestimmung der Menschen zu ersetzen, die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen, der toten über die lebendige Arbeit, der Gewinnerzielung über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu brechen, die Existenz bevorrechtigter herrschender Klassen aufzuheben, Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichzustellen und auf der Grundlage allgemeinen Wohlstands jedem Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu ermöglichen« (Irseer Programmentwurf).

War das Programm der modernen Arbeiterbewegung auch international, universell von Geburt an, so konnte sich doch ihre Ausbreitung nicht vollziehen, ohne sich in die verschiedensten nationalen, ethnischen, kulturellen und sozialen Entwicklungsbedingungen einzupassen. Der Bourgeoisie, wie allen herrschenden Klassen zuvor, hatten nur die Wenigen genügt, die freilich verstehen mußten, die Prinzipien ihrer Produktionsweise gegen alle überkommenen Vorstellungen, Barrieren und Widerstände von unten durchzusetzen. Dagegen hatte es die Arbeiterbewegung von vornherein mit den Vielen, den Unorganisierten, den in Abhängigkeit und Unwissenheit gehaltenen Massen der Bevölkerung zu tun. So erklärt sich ihre Zersplitterung, aber auch ihre

Angewiesenheit auf Demokratie, auf die sie früher oder später immer wieder zurückkommt.

Weil die Existenz der Arbeiter und Ausgebeuteten wie niemand sonst in die bürgerlich-industrielle Produktionsweise eingebunden ist, kann es geschehen, daß noch ihr Kampf dagegen von deren Schranken geprägt wird. Produktivismus statt ökologisches Bewußtsein, das Beharren auf Sonderinteressen statt Internationalismus und der Aneignung globaler Anforderungen, gewohntes Männerverhalten statt Offenheit für den umfassenden Befreiungsanspruch der Frauen haben auch vor ihren Reihen nicht haltgemacht. Dennoch zeigt die Geschichte der zurückliegenden fünf Generationen immer wieder, daß die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen — allen Rückständen, Versäumnissen, Irrtümern zum Trotz — das verlässlichste, unverzichtbare Potential im Ringen um grundlegend andere gesellschaftliche Verhältnisse eingebracht haben und weiter einbringen werden.

3. Was bisher erreicht wurde

Seit den Tagen des *Kommunistischen Manifests* hat sich die Arbeiterbewegung als Erbin, Nutznießerin und Vollstreckerin der kapitalistischen Industrialisierung verstanden. Seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten vollzieht sich auf diese Weise ein gigantischer, keinen Winkel der Erde unberührt lassender Wettlauf zwischen Kapital und Arbeit. Alle Opfer, die in diesem gewaltigen Umwälzungsprozeß gebracht werden mußten — und diese sind so immens, wie die Veränderungen tiefgreifend, keinen Stein auf dem anderen lassend sind —, erschienen letzten Endes gerechtfertigt; kamen sie doch künftigen Menschengeschlechtern und darin der Sache des Proletariats zugute. Alle Errungenschaften, die den feindlichen Produktionsverhältnissen abgetrotzt wurden, von der Lebensdauer und den sozialen Sicherungen über die Verkürzung der Arbeitszeit bis hin zum Niveau des individuellen Konsums, waren erst recht legitim. Sie wirkten nur als erster Vorgriff auf die Lebensbedingungen in der künftigen klassenlosen Gesellschaft.

Politisch gelingt es, die Kapitalherrschaft in den Zentren in demokratische Formen zu zwingen. Große Teile der Welt haben die Hegemonie der alten herrschenden Klassen im Inneren beseitigt; freilich entgehen sie damit weder dem Anpassungsdruck von Weltmarkt und internationaler Konkurrenz, bis hin zu militärischer Bedrohung, noch gelingt ihnen generationenlang, anstelle neuer Parteidiktatur zumindest erträgliche Bedingungen sozialistischer Demokratie zu gewährleisten. Unwiderruflich beginnen zudem, trotz tausend Rückständigkeiten, auch jene Nationen in die internationale Politik einzugreifen, die jahrhundertlang kolonial entmündigt waren.

Seit dem Beginn des Nuklear-Zeitalters und mehr noch, seit sich das Bewußtsein über alle Seiten der globalen Gefährdung des Menschen Bahn bricht, ist jedoch immer weniger auszuschließen, daß der weltweite Wettlauf zwischen den Kräften von Kapital und Arbeit über Grenzen hinausgetrieben wird, die nicht mehr umkehrbare Katastrophen einleiten. Die bisher verwandten Kriterien menschlichen Fortschritts müssen dadurch ebenso wie deren Übernahme in der Arbeiterbewegung in Frage gestellt wer-

den. Alles wird unter solchen Bedingungen darauf ankommen, daß jene Kräfte die Oberhand gewinnen, und zwar rechtzeitig, die ihre eigenen Ziele überzeugend mit der Abwehr dieser Gefahren verbinden.

Aber auch umgekehrt gilt: Glückt es, die Sache der Ausgebeuteten mit jener von Frieden und Abrüstung, den Kampf um menschenwürdige Arbeit mit jenem um die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verbinden, diese Prinzipien in der Entwicklung aller Nationen, im Verhältnis zwischen den Geschlechtern, gegenüber Minderheiten und Angehörigen verschiedener Rassen in Anwendung zu bringen, dann wird eine derart erneuerte und erweiterte Idee des Sozialismus die eigentliche Zukunftshoffnung der Menschheit verkörpern.

4. Das Umbauprogramm der sozialistischen Zukunftsgesellschaft

»Jedem Menschen auf der Grundlage allgemeinen Wohlstands ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu ermöglichen« — diese Ziele werden inmitten einer nach Milliarden zählenden, um Milliarden wachsenden Erdbevölkerung nur dann nicht vor der Wirklichkeit zur Phrase verkommen, wenn wir sie mit ökologischen und sozialen Umbauprozessen größten Ausmaßes zu verbinden lernen. Wo die Hegemonie von Kapital und Weltmarkt zwangsläufig weiter Ungleichheit schafft, wird eine neue Weltwirtschaftsordnung benötigt, die einen langfristig planenden Ausgleich zwischen den heute disparat auseinandertreibenden regionalen Lebensbedingungen herbeiführt. Wo Konkurrenz, Profit- und Machtinteressen der international operierenden Konzerne und Banken den Motor bilden, um blind die natürlichen Reichtümer der Erde zu untergraben, wird eine Produktionsweise benötigt, die Natur- als Menschenverträglichkeit zum obersten Maßstab aller Eingriffe in die ökologischen Kreisläufe setzt. Wo die alte Logik des Wirtschaftens einen ausweglosen Zirkel des Elends bewirkt und immer mehr Menschen zur Zerstörung der eigenen und künftiger Lebensgrundlagen Zuflucht nehmen, werden überall neue Arbeits- und Lebensweisen benötigt, die jedem Menschen, gleich welchen Teils der Welt, gleich welchen Geschlechts oder Rasse, eine gerechte Teilhabe an den Gütern der Menschheit einräumen.

Die sozialistische Zukunftsgesellschaft kann sich weder auf schematische Gleichmacherei noch auf uferlosen Dirigismus gründen. Sie wird weder die ökonomische noch gar die politische und kulturelle Autonomie der einzelnen Nation beseitigen. Wohl aber werden die Vereinten Nationen mit den nötigen Kompetenzen und Instrumenten auszustatten sein, um verbindliche Vorgaben für die Beachtung globaler Menschheitsinteressen auszuarbeiten. Weit über ihre bisherigen Funktionen hinaus werden die UN eine Schlüsselrolle bei der Realisierung wirksamer Abrüstung zwischen den Mitgliederstaaten und der Umwidmung hierdurch freigesetzter Ressourcen zu übernehmen haben. Entsprechendes gilt im Sinne unmittelbarer Zuständigkeiten für den Schutz und die sinnvolle Nutzung des allen Sonderinteressen entzogenen »gemeinsamen Erbes« der Menschheit, von den Weltmeeren bis zur Erdatmosphäre und zum Weltraum.

Jenseits aller institutionellen Regelungen werden die überfälligen globalen Umstellungsprozesse nur dann eine wirkliche Chance erhalten, wenn sie von einem sämtliche

Kontinente und Teil-Welten einschließenden Bewußtseinswandel begleitet sind. Die Verdichtung internationaler Solidarität, des Zusammenhalts einer demokratischen Weltöffentlichkeit, der Verbindlichkeit des Völkerrechts werden dazu ebenso gehören wie die Fähigkeit der einzelnen Nationen oder Nationen-Gruppen, ihre Geschicke im Rahmen der globalen Vorgaben tatsächlich selbst zu bestimmen.

5. Die Reichweite des (west-)europäischen Beitrags

Kein Teil der Erde und keine Nation kann anderen die Aufgabe der Selbstbefreiung und der eigenständigen Einfügung in die gemeinsamen Prinzipien der Zukunftsgesellschaft abnehmen. In gleicher Weise sind alle Bestrebungen zu bekämpfen, andere Völker mit ökonomischen, politischen oder militärischen Machtmitteln in Abhängigkeit zu bringen. Jede der Nationen (West-)Europas, von denen die kapitalistische Produktionsweise einst ihren Ausgang nahm, ist am Ende des 20. Jahrhunderts zu klein geworden, um sich in der vorhandenen internationalen Arbeitsteilung allein zu behaupten. Statt dessen gibt ihnen das Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft die Chance, eines der großen Gewichte unter den weltweiten ökonomischen und politischen Kräfteverhältnissen der nächsten Jahrzehnte zu gestalten.

Gelingt es der »Eurolinken«, nachdem die »nationalen Wege zum Sozialismus« für ihr Gebiet undurchführbar geworden sind, sich über die Grundzüge der notwendigen ökologischen und sozialen Umbauprozesse zu verständigen und sie EG-weit in Reformpraxis umzusetzen, wird ihr das Fortwirken der alten Systemlogik von außen keine unüberschreitbaren Grenzen entgegenzusetzen vermögen. Wer selbst über einen der entwickeltesten Wirtschaftsräume der Erde verfügt, trägt eine besonders zugespitzte Verantwortung für die globale Umorientierung. Und er besitzt einen entscheidenden Hebel dazu. Um so wichtiger ist es, daß alle beteiligten Länder ihr spezifisch-historisches Erbe und ihre kulturelle Identität in die Aneignung der neuen europäischen und weltweiten Strukturen einbringen.

Unabdingbar wird der Aufbau einer gemeinsamen (west-)europäischen Wirtschaftsplanung sein, deren Kern jeweils der mit gesamtwirtschaftlicher Leitfunktion auszustattende öffentliche Wirtschaftssektor der Mitgliedsländer bildet. In ihrem Rahmen sind die vielfach widerstreitenden Ziele des Übergangs zu naturverträglichen Wirtschaftsformen, des Ausgleichs regionaler Benachteiligung, der forschungs- und entwicklungsbezogenen Modernisierung wie der Um- und Rückverteilungsprozesse zwischen der sogenannten Ersten und Dritten Welt miteinander vereinbar zu machen. Parallel dazu sind auch die übrigen Institutionen der EG einer umfassenden demokratisch-parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen.

Die Hegemonie der Linken in (West-)Europa wird aus eigener Kraft weder die Gesetze des Weltmarkts aus den Angeln heben noch die Grundpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung errichten können. Aber sie wäre zu tiefgreifenden Reformen innerhalb dieses wichtigen Teils der »Ersten Welt« imstande. Sie kann den Entspannungsprozeß bis hin zur Auflösung der militärischen Paktsysteme im Dialog mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten vorantreiben. Und sie kann bereits ganz erhebliche

Schritte zur Umkehrung der Ausbeutungsverhältnisse gegenüber den Ländern der »Dritten Welt« unternehmen. Nicht zuletzt entsteht dadurch die Chance, den aktiven Bezug zu den fortschrittlichen Kräften der anderen Regionen soweit zu stärken, daß tatsächlich ein weitergehender, weltweiter Veränderungsdruck im Sinne der skizzierten gemeinsamen Zukunftsgesellschaft erreicht wird.

6. Das »Reformprojekt Bundesrepublik« als Motor dazu

Zwei Weltkriege, die von deutschem Boden ausgingen, nicht der August 1914, der Januar 1933 oder der Mai 1945, weder Auschwitz noch die Teilung Deutschlands haben etwas daran zu ändern vermocht, daß ein ökonomisch und politisch zusammenwachsendes Westeuropa ohne den Beitrag der heutigen Bundesrepublik undenkbar ist. Und wieder gilt ein solcher Zusammenhang, der allen Erschütterungen des 20. Jahrhunderts getrotzt hat, auch in umgekehrter Richtung: Hier erkämpfte Veränderungen können, bleiben sie isoliert, weder die Europäische Gemeinschaft noch gar die weltwirtschaftlichen Mechanismen umstülpen. Aber sie vermögen, umgeben von entsprechenden Bestrebungen in unseren westlichen Nachbarländern und diese befördernd, entscheidende Vorgriffe, Weichenstellungen und Impulse für künftige Lebensweisen auszulösen; ihre Ausstrahlung kann weit über die eigenen Grenzen und noch jene des Halbkontinents hinausreichen.

Wie wir den Zugang auch wählen, die Bundesrepublik bildet einen der Brennpunkte, in dem sich die großen Widersprüche der Gegenwart besonders zugespitzt wiederfinden, in dem aber auch mehr Chancen der Abhilfe als sonst vielen Orts anzutreffen sind. Eines der am dichtesten besiedelten, am höchsten industrialisierten, am stärksten aufgerüsteten Gebiete der Welt wird die ganze Kraft seines Potentials an Wissenschaft und Technik benötigen, um die ökologischen und sozialen Umbauprozesse in der erforderlichen Dimension voranzutreiben. Von der Landwirtschaft über die Umstellung chemischer Produktion bis zu den Strukturentscheidungen einer ökologisch sinnvollen Energie- und Verkehrspolitik, vom Umbau der Bundeswehr im Sinne »struktureller Nichtangriffsfähigkeit« zur Rüstungskonversion — kaum ein wichtiger Wirtschaftszweig wird hiervon auszunehmen sein. Nicht weniger einschneidende Veränderungen wird es verlangen, das Recht auf Arbeit für jede(n), Arbeitszeitverkürzung und gleiche Beteiligung von Männern und Frauen an der Nicht-Erwerbsarbeit, den Ausbau des Sozialpakts zwischen den Generationen trotz erschwelter Altersstruktur und einen wirksamen Ressourcentransfer zugunsten der Völker des »Südens« zu erreichen.

Zusammengenommen fordern diese, jede für sich unabdingbaren Zielsetzungen ein qualitativ neues Maß an öffentlicher Steuerungsfähigkeit der Wirtschaftsabläufe. Nur wenn demokratisch legitimierte, gesamtgesellschaftliche Entscheidungen ein solches Gewicht erhalten, daß sie tatsächlich eingehaltene Vorgaben für Produktion und Reproduktion bilden, nur dann wird sich die Bundesrepublik zu einem Reformprojekt entwickeln, das wirksam zum Abbau des aufgetürmten Gefahrenpotentials beiträgt. Die Vergesellschaftung der marktbeherrschenden Schlüsselindustrien und Großbanken gehört dazu ebenso wie die Aufstellung volkswirtschaftlicher Gesamtpläne, die Einfüh-

rung paritätischer Mitbestimmung in den Großbetrieben und der Ausbau indirekter Steuerungsinstrumente gegenüber den weiterhin marktwirtschaftlich verfaßten Wirtschaftsbereichen. Hand in Hand mit der Rücknahme der ökonomischen Kernentscheidungen in die Verfügungsgewalt des ganzen Volkes müssen Vorkehrungen getroffen werden, um die Kontrolle der staatlichen Macht durch den einzelnen, durch politische Parteien und demokratische Organisationen auf allen Ebenen so wirksam und direkt wie möglich zu gestalten.

7. Auf dem Wege zur kulturellen und politischen Hegemonie der Linken

Die Angst vor der Angst abzubauen, die Auseinandersetzung mit der ganzen Wirklichkeit um uns herum zu fördern, ohne Schönfärberei oder Dramatisierung, und von da aus die Notwendigkeit einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen zu begründen, den Willen dazu aufzubauen, diese Hausaufgabe zu bewältigen, werden nichts und niemand der bundesdeutschen Linken für unser Land abnehmen. Ihre verschiedenen Kräfte in Politik, Kultur und Gesellschaft werden sich Mal für Mal daran zu messen haben, ob sie fähig sind, aus der Betroffenheit der einzelnen, ihrer Gruppe, Klasse oder ihres Geschlechts einen Beitrag zur Lösung der gemeinsamen Probleme zu entwickeln. Nur wenn es gelingt, alle Positionen, die sich nicht unmittelbar mit dem Bestand des alten Systems identifizieren, für die Verknüpfung ihrer jeweiligen Einzel- oder Gruppeninteressen mit den allgemeinen, ja globalen Veränderungszielen zu gewinnen, nur dann wird eine neue, alternative und sozialistische Hegemonie innergesellschaftlich zu erringen sein.

Die Linke, gleichgültig auf welchem Feld sie um Zustimmung ringt, kommt von unten, tritt an, um Ausgrenzung, Ausbeutung, Diskriminierung und Benachteiligung zu bekämpfen. Keine der alten und neuen Formen, in denen sich die selbst im Umbruch befindliche bürgerliche Gesellschaft auf Kosten der Vielen verewigt, darf die Linke als Ansatzpunkt ihrer Gegenbewegung beiseite lassen. Von den Gewerkschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten bis zu kritischen Initiativgruppen im Bereich von Kultur und Wissenschaft, von der Umwelt- zur Friedens- und Frauenbewegung geht es jeweils darum aufzuzeigen, wie Unsicherheit, Zukunftsverlust und Krisenausgesetztheit mit den Mechanismen von kapitalistischer Klassenherrschaft verflochten, diese nur mit jener zu überwinden sind. Aber damit nicht genug. Das »Reformprojekt Bundesrepublik« kann und muß, eben weil es die Interessen von unten mit denen des Ganzen, bei uns und weltweit, zu verbinden erlaubt, für all jene geöffnet werden und zustimmungsfähig bleiben, von den Selbständigen, Intellektuellen und Künstlern bis hin zu den Managern und Unternehmern in einer demokratisierten Wirtschaft, die bereit sind, die Fortschreibung ihrer Klassenprivilegien gegenüber der gemeinsamen Veränderungsaufgabe zurücktreten zu lassen.

Über alle tagespolitischen Auseinandersetzungen hinaus verlangt die Hegemonie der Linken aber auch, daß über die Grundthemen der gesellschaftlichen Entwicklung ein weit über ihre eigenen Reihen hinausgehender Konsens erreicht wird. Dazu zählen das Eintreten für eine entschiedene Abrüstungs- und Entspannungspolitik nach außen

ebenso wie die Verteidigung und Ausweitung der demokratischen Substanz des Grundgesetzes nach innen. Gleiches gilt für das Akzeptieren der deutschen Teilung als Ergebnis der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die bewußte Erinnerungsarbeit an den Lehren der deutschen Geschichte und den Ausbau enger nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen der angestrebten gesamteuropäischen Friedensordnung. Aber auch Fragen des kulturellen Wertewandels, der Überwindung patriarchaler Strukturen und der Entwicklung neuer, generationenübergreifender Formen des Zusammenlebens, der Aneignung naturverträglicher Lebensweisen und der Bereitschaft, zu Gunsten einer langfristigen Angleichung der Lebenschancen in den verschiedenen Teilwelten materielle Zugeständnisse auf sich zu nehmen, müssen hierzu gerechnet werden. Nur wenn es die Linke versteht, ihre Ideen einer menschenwürdigen Zukunftsorientierung in alle diese das geistige Klima des Landes bestimmenden Fragen hineinzutragen, dort tonangebend zu machen, wird sie einer gesellschaftlichen und politischen Mehrheit den Weg bahnen können, deren Handeln der Größe der anstehenden Veränderungsaufgaben gewachsen ist.

8. Was wir dazu tun können

Die SPD hat in das Ringen um die Gestaltung der Bundesrepublik ein unentbehrliches politisches Erbe einzubringen. Weil dieses Erbe über Generationen mit der Sache des Proletariats identisch gewesen ist, werden die Ziele von Demokratie und Sozialismus, des Widerstands gegen jede Form kapitalistischer Klassenherrschaft darin nicht auszulöschen sein. Weil es unter allen Parteien am längsten mit den tatsächlichen politischen Geschicken dieses Landes verknüpft ist, braucht uns niemand beizubringen, daß es neben Erfolgen auch Irrtümer, neben Traditionen, auf die wir stolz sind, auch Fehlentwicklungen gegeben hat, zu denen wir gleichermaßen stehen müssen. Weil die Ziele, für die wir kämpfen, unerledigt sind, wissen wir schließlich auch, daß es zu ihrer Verwirklichung neuer Anstrengungen, tiefgreifender Lernprozesse und Verhaltensänderungen bedarf, die bei uns selbst beginnen müssen.

Für die Partei wird es entscheidend darauf ankommen, in ihren eigenen Reihen, zwischen allen Genossinnen und Genossen, gleichgültig in welchen Parteiämtern, gesellschaftlichen und beruflichen Funktionen sie tätig sind, in welche parlamentarischen oder staatlichen Ämter sie auch entsandt werden, Klarheit darüber zu gewinnen, wie ihre programmatischen Ziele in einen keinen Bereich aussparenden Reformprozeß umgesetzt werden können. Weil die SPD bewußt darauf verzichtet, eine bestimmte Weltanschauung für alle Parteimitglieder zugrundezulegen, weil sie vielmehr Sozialisten ethischer, christlicher oder marxistischer Überzeugung zusammenführen will, gilt es erst recht, dafür Sorge zu tragen, daß Programm und gesellschaftliche Praxis tatsächlich zusammenfallen; daß all jene Erneuerungen der sozialistischen Idee, die uns die Wirklichkeit auferlegt, gemeinsam erarbeitet und getragen werden. Und daß wir an die Gesellschaft gerichtete Anforderungen, wie etwa zur Gleichstellung der Frauen, auch in ihren innerparteilichen Konsequenzen (z.B. Quotierung) ernst nehmen.

Gelangt die SPD auf diese Weise zu innerer Kohärenz und Glaubwürdigkeit, zum Gleichklang von Herkunft und Zielsetzung in der gemeinsamen Handlungsbereitschaft ihrer Mitglieder, schafft sie damit bereits eine elementare Voraussetzung ihres gesellschaftlichen Wirkens. Nach Hunderttausenden zählende Mitglieder, nach Millionen zählende Wähler und Sympathisanten einer Partei sind unter demokratischen Verhältnissen selbst dann nicht um Einfluß und politisches Gewicht gebracht, wenn diese Partei insgesamt noch in der Minderheit bleibt. Anders herum: Gerade aus einer solchen Situation heraus muß die Klarheit des eigenen Reformprojekts geschärft, die Dimension des damit einzuleitenden Veränderungsprozesses verdeutlicht, müssen parallel dazu alle Chancen der Konsensausweitung, der Anknüpfung gesellschaftlicher und politischer Bündnisse genutzt werden.

Die SPD kann so zu einer entscheidenden, vielleicht zur wichtigsten politischen Veränderungskraft in der Bundesrepublik werden. Aber selbst wenn sie dies erreicht, sollte sie wiederum bewußt darauf verzichten, als einziger politischer Sprecher des progressiven Lagers auftreten zu wollen. Statt dessen sollte sie die Zusammenarbeit gerade auch mit konkurrierenden Kräften der Linken, namentlich den Grünen, anstreben, wenn dabei ihre politische Identität gewahrt und das Gewicht der fortschrittlichen Positionen insgesamt gestärkt wird. Ebenso wichtig bleibt jedoch allemal, daß jedes einzelne Parteimitglied dazu beiträgt, die gesellschaftliche Präsenz der SPD zu erhöhen, von der Arbeit in den Gewerkschaften über die »neuen sozialen Bewegungen« bis hin zu kirchlichen, kulturellen oder sportlichen Vereinigungen. Nur aus einer solchen Verankerung heraus wird die SPD als Oppositions- wie als Regierungspartei die Kraft finden, alle gegen eine Hegemonie der Linken gerichteten Widerstände zu bewältigen.

9. Unsere nächsten Schritte

So wenig sich die Aufgaben der SPD im Regieren erschöpfen, so wenig darf ihr Programm offen lassen, worin die Eckpunkte ihres politischen Handelns bestehen werden, wenn sie allein oder im Bündnis mit anderen erneut eine Regierungsmehrheit erreicht. So wenig dabei konkrete Einzelmaßnahmen vorwegzunehmen sind, die von den jeweiligen Konstellationen abhängen, so wenig darf in Zweifel stehen, daß wir die Regierungsmacht anstreben, um den Zielen unseres Grundsatzprogramms näher zu kommen; daß wir mithin alles tun werden, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik derart umzugestalten, daß unser Land zu einer aktiven, vorwärtstreibenden Rolle innerhalb einer Europäischen Gemeinschaft befähigt wird, die sich ihrerseits als Vorkämpferin globaler Krisenlösungen, internationaler Friedenspolitik und des Übergangs zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu begreifen lernt.

Im Bereich der Wirtschafts-, Umwelt-, Beschäftigungs- und Technologiepolitik kann an zahlreiche Einzelforderungen aus dem »Nürnberger Aktionsprogramm« und des Programms »Arbeit und Umwelt« angeknüpft werden. Allerdings wird vielfach eine Verschärfung und Konkretisierung der stofflichen Umbauerfordernisse, bezogen auf Produktion und Umwelt, nötig sein; Kernforderungen für bestimmte Problembranchen

wie Chemie-, Bio- und Gentechnik, aber auch für das Verkehrswesen müssen hinzukommen. Zudem ist der ordnungspolitische Rahmen des Aktionsprogramms aus seiner dem alten Denken verhafteten marktwirtschaftlichen Orientierung herauszulösen und durch Übergangsformen zu demokratisch geplanten, selektive Vergesellschaftungen einschließenden Wirtschaftsabläufen zu ersetzen.

In der Gesellschaftspolitik gilt es, unsere Reformkonzepte in den verschiedenen Bereichen um Grundideen übergreifender Art zu bündeln. Dazu gehören etwa die Ziele der Integration, d.h. die Förderung Benachteiligter, die Öffnung des Normalitätsverständnisses für abweichende Verhaltensweisen, die Abwehr von Ausgrenzungsmechanismen in allen Einrichtungen vom Kinder- und Jugendbereich über das Bildungswesen bis hin zur Psychiatrie, zum Gesundheitswesen und zur Bereitstellung von Hilfen im Alter. Ähnliche Bedeutung haben für uns Leitziele wie Demokratisierung, Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Betroffenen, wo und soweit immer dies in den gesellschaftlichen Auftrag der jeweiligen Einrichtungen einmündet. Das Aufbrechen von Strukturen und Lebensformen, die wieder und wieder Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen einschließen, zählt dazu ebenso wie das Setzen auf »mehr Demokratie«, die möglichst direkte Ausübung staatsbürgerlicher Kontrollrechte und Einflußnahme in allen Teilbereichen der öffentlichen Gewalt.

Auf dem Feld der Außenpolitik, insbesondere der Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik, geht es darum, die Ansätze der Essener und Nürnberger Parteitagebeschlüsse weiterzuentwickeln. Insgesamt wird es darauf ankommen, von Anfang an das Ineinandergreifen innerer Reformen, darunter auch jene der Präzisierung des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr im Sinne »struktureller Nichtangriffsfähigkeit«, mit einer entschiedenen Kursänderung zur Umorientierung der EG, der Einleitung gesamt-europäischer Friedensinitiativen und mit der Bereitschaft zu grundlegenden Veränderungen in den Nord-Süd-Beziehungen zu bewerkstelligen.

Frank Heidenreich

Woher wir kommen — Geschichtsbilder und Zeitanalyse

Weit deutlicher als Godesberg versteht Irsee die Horizonte sozialdemokratischen Handelns wieder *strukturell* als Negation des Bestehenden. Die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen und die Frauenunterdrückung scheinen nicht mehr als Kennzeichen einer fernen, dank der Sozialdemokratie glücklich überwundenen Vergangenheit, auch nicht bloß als Relikte oder Auswüchse in der Gegenwart. Die *Normalität* eines entwickelten, parlamentarisch-demokratisch verfaßten und »sozialstaatlich« beeinflussten Kapitalismus wird beschrieben. Insofern besitzt der Abschnitt I keine Entsprechung im Godesberger Programm. Dessen von ethischen Grundwerten bis zu blutleerem Pragmatismus reichender Diskurs klammerte die Fragen nach dem Charakter der bestehenden sozialen Ordnung sowie nach der historisch-politischen Orientierung von Arbeiterbewegung absichtsvoll aus. Der Ansatz, ein Programm der deutschen Sozialdemokratie zum ersten Mal seit 60 Jahren wieder mit einer Art »Zeitanalyse« zu beginnen, bildet daher einen unbestreitbaren Vorzug des Irseer Entwurfs.

Kapitalismus ohne Entwicklungsgeschichte

Wie aber steht es mit der Beschreibung des heutigen Kapitalismus? Bereits in der Präambel erfährt die Zeitanalyse in dieser Hinsicht eine folgeschwere Einschränkung. Die Kommission will ein Programm, »das auf den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut ...« (7/5). Die Definitionsmacht höherer Werte für die Ausarbeitung des politischen Programms ist damit zwar zurecht relativiert, aber die Bestimmung der Hauptmerkmale des heutigen Kapitalismus und der konservativen Strategie zählt im Bewußtsein der Kommissionsmitglieder nicht zu den Aufgaben eines sozialdemokratischen Programms. Die »ökonomische Realität der bürgerlichen Gesellschaft: die kapitalistische Wirtschaft« (10/6) habe sich auch unter den Bedingungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit halten und entwickeln können. Weil die Programmkommission sich darin nicht einig wurde, wie diese Veränderungen auf den Begriff zu bringen sind, wurde das ganze Problem ausgeklammert. Der Entwurf sagt klar, daß sozialdemokratische Politik es auch heute noch mit einer *kapitalistischen Wirtschaft* zu tun hat — nur: Der monopolistisch und transnational gewordene, strukturell der ökonomischen Intervention des Staates bedürftige Kapitalismus des 20. Jahrhunderts unterscheidet sich gewaltig vom Kapitalismus der weitgehend unbeschränkten Konkurrenz zur Zeit der Abfassung des »Kapital«. Gleichwohl konnte bereits Marx die beobachtbaren Tendenzen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals als Gesetze des Kapitalismus analysieren. Ihre Aktualität für das bundesdeutsche Kapital im Jahre 1987 ist schlagend. Indem der Entwurf diese Entwicklungen nicht zu beschreiben sucht, schweigt er über die gravie-

renden Veränderungen sowohl des kapitalistischen Produktionsprozesses als auch der Sozialstruktur unter Bedingungen von Automation und Mikroelektronik.

Ethische Zerrbilder

Ohne ein realitätstaugliches Kapitalismusbild bildet die Bestandsaufnahme von Politik und Entwicklung der Arbeiterbewegung den Schwerpunkt des ersten Abschnitts. Godesberg und rechtssozialdemokratische Strategien im 20. Jahrhundert bestimmten dabei, wie sich der Entwurf Allianzen und Fronten in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts denkt: »Gemeinsam mit freiheitlichen Bürgern und Bauern ... gegen die Herrschaftsansprüche der aufstrebenden Bourgeoisie« (11/6)? Diesen Gefallen haben die Bürgerlichen oder nennenswerte Teile von ihnen der Arbeiterbewegung nun nachweislich nicht gemacht, weder 1848 noch später, weder in Berlin noch in Paris. Im Gegenteil: War der Weg für eine kapitalistische Entwicklung *gegen konservative Adelsmacht* erst einmal freigemacht, bedrohte vielleicht gar die Fortsetzung der Revolution das bürgerliche Geschäft, so wandte sich das liberale Bürgertum schnell gegen die Bündnispartner von gestern und unterdrückte die junge Arbeiterbewegung mit dem überkommenen Staatsapparat.

Während der Entwurf Bürgerfreiheit und Bauernrebellion als Traditionen der Sozialdemokratie beansprucht, und obwohl eingangs von der »Hoffnung auf eine geschwisterliche Gesellschaft« (10/6) die Rede ist — die Sache der Frauen scheint bis zur Entstehung der neuen Frauenbewegung in der jüngsten Vergangenheit keine wesentliche Herausforderung für die Partei gewesen zu sein, wenn das Irseer Geschichtspanorama nicht auch an dieser Stelle trägt. In der nicht eben bescheidenen Erfolgsbilanz sozialdemokratischer Reformpolitik der Zwischenkriegszeit zählen die Forderung und die schließliche Errungenschaft des Frauenwahlrechts merkwürdigerweise nicht zu den Aktivposten. Hinterließen die proletarische Frauenbewegung und ihre eigenständigen, mit dem Projekt der Arbeiterbewegung vielfach verknüpften Ziele tatsächlich so wenig Spuren in der Parteigeschichte? Gleich ob Geringschätzung oder Versäumnis von Selbstkritik — die vorliegende Fassung kann gerade auch in diesem Punkt, wie die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) bereits feststellte, dem Erfordernis einer programmatischen Erneuerung ohne Beschönigung nicht genügen.

Der Irseer Entwurf anerkennt den Marxismus ausdrücklich als eine der Wurzeln des demokratischen Sozialismus (14/8). Dennoch verortet er die sozialdemokratische Bewegung einseitig im Traditionsrahmen des rechten Parteiflügels und denunziert den historischen Beitrag des revolutionären Sozialismus. Die politische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nach 1914 wird gedacht als organisatorische Trennung »zwischen denen, die zur Reformarbeit in der Demokratie keine Alternative sahen und denen, die eine 'proletarisch' genannte Parteidiktatur wollten« (11/7). Die Politik der Parteimehrheit für »Vaterlandsverteidigung« und »Burgfrieden« bleibt unerwähnt. Nebulös ist der Verweis auf die Umstrittenheit der Methoden zur Wahrnehmung nationaler Interessen. Die Spaltung findet »schließlich« statt. Wo das politische Versagen der Mehrheitssozialisten in der Novemberrevolution, ihr Bündnis mit den Generälen

als ein Spaltungsmoment namhaft gemacht werden müßte, bemüht der Entwurf nicht näher bestimmte Strukturen, unbegriffene »Verhältnisse«. Die USPD ist unsichtbar gemacht, retuschiert in einem Bild, das uns nur Ebert auf der einen und abhängige Kommunisten auf der anderen Seite weismachen will. Dieser Mythos duldet die bloße Erwähnung — von einer positiven Darstellung ganz zu schweigen — der rätedemokratischen Alternativen der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht. Rosa Luxemburg und Paul Levi verwandeln sich unter der Hand zu Anhängern der »Parteidiktatur«. Peter von Oertzen weiß das eigentlich besser. — Der Entwurf entgeht nicht der Falle eurosozialdemokratischer Borniertheit, wo es heißt, die »internationale Arbeiterbewegung vermochte ... nicht die Erschütterungen im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit zur Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele zu nutzen« (11/6). Statt der Oktoberrevolution leichthin ihre sozialistische, gleichwohl spezifisch russische Qualität zu bestreiten, hätte dem Entwurf ein Hinweis auf die Bedingungen der stalinistischen Deformation des sowjetkommunistischen Weges und die neue Tatsache des Systemgegensatzes besser angestanden. Gerade im Hinblick auf die Sowjetunion und ihre Bewertung halten sich kontrafaktische Ideologisierungen offenbar besonders hartnäckig. Das Sowjetsystem als eine bürokratische Herrschaft, »die keinerlei wirksame Machtkontrolle zuläßt« (13/7), mithin also als reformunfähig zu beschreiben, mutet angesichts der atemberaubenden aktuellen Auseinandersetzungen in der Sowjetunion über Demokratisierungsperspektiven doch grotesk an.

Positiv hervorzuheben ist, daß der Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten eine Bedeutung für den Sieg des Faschismus gegeben wird. Die Stichworte »Sozialfaschismus« und »Antikommunismus« fallen nicht. Schwerer wiegt, daß die Handlungsfähigkeit beider Lager in der Weltwirtschaftskrise seit 1929, die verhängnisvolle Koalitions- und Tolerierungspolitik der SPD ebenso wie der sektiererische Mobilismus der KPD, bagatellisiert werden (vgl. 12/7).

Nach 1945 schließlich seien durch sozialdemokratische Politik die Klassengegensätze gemildert worden. Dieser Erfolgsmeldung des Entwurfs sollte man doch zumindest solange mißtrauen, wie nicht zugleich politisches Scheitern der Neuordnung im Westen auf ökonomisch-sozialem Gebiet sowie Tendenzen zu neuer Armut seit der Krise von 1974 eine Berücksichtigung im geschichtlichen Selbstportrait von Sozialdemokraten finden. Bewertungen, wonach das derzeit noch geltende Godesberger Programm der Partei »zusätzliches Vertrauen« (13/7) verschafft habe, erweisen sich als ungeeignet, endlich Probleme und Widersprüche der »Godesberger Wende« zur Kenntnis zu nehmen: statt der Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Volkspartei politisch-programmatischer Konturenverlust; die Verbindung mit neuen sozialen Gruppen bei wachsender Unverbindlichkeit von SPD-Politik; größere, aber instabilere Wählerbasis. — Nur wenige Zeilen nach der apologetischen Godesberg-Betrachtung versichert der Entwurf die Leser/innen überraschend: »Die Sozialdemokratie kämpft nicht nur für Reformen im Kapitalismus, sie will durch demokratische Reformpolitik eine bessere gesellschaftliche Ordnung erreichen« (ebd.). Die Konsequenzen dieses Gedankens müssen im Hinblick auf die rückschauende Bewertung von Godesberg, vor allem aber in den übrigen Abschnitten des Programmentwurfs erst noch gedacht werden.

Uli Schöler

Grundsätze: Sozialistische Zielperspektive oder sozialdemokratischer Wertehimmel

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« — so formulierten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest die Zielperspektive der Sozialisten, wenn man so will also die konkrete Utopie einer Gesellschaft, in der die »Grundwerte« der Sozialisten ihre Verwirklichung gefunden haben. Dabei wird deutlich, welche Gesellschaftsformation überwunden werden muß: die, in der es noch Klassen und Klassengegensätze gibt. Sehr viel allgemeiner lautet demgegenüber schon die Formulierung an der entsprechenden Nahtstelle des Godesberger Programms: »Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.« Auch in dieser Formulierung wird der Marxist letztendlich nur die Vision einer klassenlosen Gesellschaft erblicken können, doch läßt sie — sowohl an dieser Stelle als auch im weiteren Kontext — durchaus Interpretationen anderer Denkschulen zu, deren Zielperspektive etwa auf einen sozial gebändigten Kapitalismus, auf eine befriedete »soziale Marktwirtschaft« hinausläuft. Der offensichtlichste Gegensatz zum Manifest liegt sicher darin, daß sich diese Godesberger Vision nicht mehr als ausdrücklicher Bruch mit einer alten, überholten Gesellschaftsformation darstellt, wobei es auf dem Weg dahin die Macht eines Klassengegners zu brechen gilt. Vielmehr tritt dieser Gegner in den Hintergrund, und es bleibt offen, ob nicht auch die Reformierung der bestehenden Gesellschaft zum Ziel verhelfen kann.

Zumindest in seinem ersten Abschnitt »Woher wir kommen, wohin wir wollen« rückt der Irseer Entwurf wieder ein Stück näher an traditionelle Vorstellungen der Sozialdemokratie, wie sie etwa im Manifest enthalten waren, heran:

»Ziel des Sozialismus war und ist es, überkommene gesellschaftliche Verhältnisse als etwas von Menschen Geschaffenes und Veränderbares zu erkennen und zu überwinden, sie soweit als möglich durch die freie Selbstbestimmung der Menschen zu ersetzen, die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen, der toten über die lebendige Arbeit, der Gewinnerzielung über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu brechen, die Existenz bevorrechtigter herrschender Klassen aufzuheben, Frauen und Männer in der Gesellschaft gleichzustellen und auf der Grundlage allgemeinen Wohlstandes jedem Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu ermöglichen.« (10f./6)

Auch wenn an dieser Stelle darauf verzichtet wird, die genauen Formen und historischen Ausprägungen der noch existierenden »Kapitalsherrschaft«, der Vorherrschaft des Profitprinzips, der Klassen- und Geschlechterunterdrückung zu analysieren und zu beschreiben, so wird immerhin deren auch *heutige* Existenz anerkannt und nur bei ihrer Überwindung die Erreichung der sozialdemokratischen Grundwerte »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« als möglich angesehen.

Grundwertesozialismus und Marxismus

Doch scheint es, als hätten die Autoren des Entwurfs große Mühe gehabt, aus dieser Neubesinnung auf die theoretischen Traditionen der Sozialdemokratie weitergehende, schlüssige Folgerungen zu ziehen. Natürlich kann nicht erwartet werden, daß Autoren, die sich selbst zum überwiegenden Teil zu Traditionen eines ethischen Sozialismus, der katholischen Soziallehre oder liberaler Wirtschaftstheorien bekennen, nun etwa im Irseer Entwurf ein Sozialismusverständnis entworfen hätten, das — wie die klassischen Programmdokumente von Erfurt (1891) und Heidelberg (1925) — auf die Ableitung aus Grundwerten völlig verzichtet und den Sozialismus alleine aus der Zuspitzung der Entwicklung der Produktivkräfte und den daraus entspringenden Klassenkämpfen entwickelt. Diese Erwartung wäre nicht nur illusionär, sie hieße auch von seiten der Marxisten in der SPD darauf zu verzichten, sich selbst positiv darauf einzulassen, daß die SPD mit ihrem »Volkspartei« des Jahres 1987 etwas anderes darstellt, eine offenere Plattform und Arbeitsgrundlage braucht, als die relativ geschlossene Arbeiterpartei etwa von 1891.

Doch können Marxisten, die sich auch heute bewußt zu einer aktiven Mitarbeit in der Sozialdemokratie entschließen, erwarten, daß die Bezugnahme auf die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre in der Parteiprogrammatik mehr Gestalt annimmt als die einer bloßen nostalgischen Referenz. Denn in diesem grundlegenden Widerspruch zu der oben zitierten Passage steht der gesamte Grundwerte- oder Grundsatzteil des Programmentwurfs. Es hat fast den Anschein, als ob im Abschnitt I, in der Schilderung der historischen Wurzeln der Sozialdemokratie, einer partiellen Berücksichtigung marxistischer Vorstellungen in arbeitsteiliger Weise Raum gelassen worden wäre (Peter von Oertzens Handschrift ist unverkennbar), damit den ethischen Sozialisten um Erhard Eppler und Thomas Meyer im Grundsatzkapitel umso ungestörter der Freiraum blieb, den Grundwertehimmel geschichts- und beziehungslos aufzuspannen. Daß beides auf diese Weise nicht zu einer politisch handlungsanleitenden Synthese verdichtet wird, zu einer Plattform, auf Grund derer Christen, ethische Sozialisten und Marxisten zu gemeinsamem Handeln finden können, sondern beziehungslos und widersprüchlich nebeneinander steht, scheint die Autoren nicht gestört zu haben.

Doch wie sähe eine solche Synthese aus? Hatten nicht die beiden »Alten«, Marx und Engels, es grundsätzlich abgelehnt, ethische Zielvorstellungen für die Arbeiterbewegung zu entwickeln, ja eher befürchtet, daß solche nur »Verwirrung in den Köpfen anrichten« (Engels)? Muß es also nicht notwendig dabei bleiben, daß der Zugang zu einer gemeinsamen sozialistischen Perspektive getrennt bleibt, für die einen historisch-materialistisch, für die anderen auf Grund ethischer Wertentscheidungen? Die Autoren des Entwurfs sehen es wohl so. Das Görlitzer Programm (bei allen Unzulänglichkeiten) der Mehrheitssozialdemokratie von 1921 und die Positionen ethischer Sozialisten in der Weimarer Republik (etwa Eduard Heimann oder Paul Tillich) zeigen, daß einer ethischen Begründung des Sozialismus die Einsicht in die historische Bedingtheit der Grundwerte, in ihre Abhängigkeit von der Überwindung von Klassen und -gegensätzen nicht entgegensteht. Umgekehrt sind auch die Marxisten nicht, auch Marx und

Engels nicht, dabei stehengeblieben, den utopischen Charakter der Forderungen der bürgerlichen Revolution nach »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« (und was sind diese Forderungen der französischen Revolution anderes, als die Vorläufer der Grundwerte von Godesberg und Irsee) zu beschreiben, sondern haben zu zeigen versucht, daß wahre Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit einer kapitalistischen Klassengesellschaft unvereinbar sind und deren Verwirklichung von historischen und sozialen Bedingungen abhängt.

Präzise findet sich ein solcher Zugang zu einem Grundwerteverständnis aus marxistischer Sicht bei dem österreichischen Marxisten und sozialdemokratischen Parteiführer Otto Bauer zusammengefaßt:

»Sicherlich führt jede unterdrückte Klasse ihren Kampf im Namen der Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit. Aber jede Klasse, jede Entwicklungsphase gibt diesen sittlichen Forderungen anderen Inhalt.«

Die Konsequenz aus der Godesberger und Irseer Entscheidung, den Zugang der Partei für unterschiedliche Geistesströmungen zu öffnen, ihre Gemeinsamkeiten zu synthetisieren (nicht künstlich zusammenzufügen) und daraus eine Handlungsperspektive zu entwickeln, steht also noch aus. Zumindest der Grundwerteteil repräsentiert nichts anderes als ein gegenüber seiner Theorietradition selbst noch arg verbogenes Verständnis eines ethischen Sozialismus.

Grundvoraussetzungen menschlichen Lebens — Menschenbild

Es ist notwendig und wichtig, daß der Grundsatzteil mit einer Beschreibung der Gefahren beginnt, denen wir uns jetzt und auch in den nächsten 25 Jahren bis zur Jahrtausendwende gegenübersehen. Es ist richtig, daß die Gefährdungen des Friedens und der Natur ein früher nicht gekanntes Ausmaß angenommen haben (14/8). Doch dieses Herausstellen der »Gattungsfragen« Frieden und Natur in der Darstellung des Entwurfs koppelt sie gleichzeitig ab von einem Begreifen der gesellschaftlichen Ursachen beider Bedrohungen. Gibt es keinen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Überproduktion und Hochrüstung, zwischen ökonomischem Imperialismus und Kriegsgefahr? Bedeutet nicht ökonomische Rationalität im Sinne von Profitmaximierung um jeden Preis *notwendigerweise* eine Minimierung der Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen bei der Produktion, also *notwendigerweise* verpestete Luft, sauren Regen, übersäuerte Böden und vergiftete Gewässer? Wer diese Fragen bejaht, wird also jenseits dieser Einordnung als Gattungsfragen, die suggeriert, daß eigentlich jeder Mensch, der zur Vernunft fähig ist, sich für den Erhalt von Frieden und Natur einsetzen müßte, erkennen, daß es auch hier Gegner gibt. Und er wird erkennen, daß es Verknüpfungen gibt zu der alten ungelösten sozialen Frage, die in früheren Programmdokumenten noch am Anfang stand: kapitalistische Ausbeutung mit ihrer periodischen Folge von Massenarbeitslosigkeit und -elend. Und natürlich haben die beiden Gattungsfragen auch etwas zu tun mit zwei weiteren ungelösten und sich zum Teil verschärfenden Problemkomplexen: der anhaltenden Ausplünderung der dritten und vierten Welt sowie des fortdauernden unterdrückerischen Geschlechterverhältnisses.

Das mit »Unser Bild vom Menschen« überschriebene Kapitel des Entwurfs gehört zu den schwächsten überhaupt. Der zunächst unterstützenswerte Ansatz, zu begründen, warum Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlichen Glaubens in einer Partei zusammenarbeiten können, schlägt um in triviale Allgemeinplätze, deren Belanglosigkeiten auch in jedem konservativen oder liberalen Programm Platz finden könnten. Da man zu der Ansicht gelangt ist, daß persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen allen (!) Parteibeschlüssen vorangehen, eine Aussage, die allen in der Schmidt-Ära aus der Partei Ausgeschlossenen wie schlechter Hohn in den Ohren klingen dürfte, wird eine übernatürliche Menschenwürde als Ausgangs- und Zielpunkt des Handelns konstruiert (14). Alles, was nun folgt, spielt sich in abstrakten Umschreibungen und Forderungen ab, die an allem, nur nicht an der Wirklichkeit gemessen werden. Statt pathetisch zu philosophieren (»Seine Würde ist dem Menschen gegeben unabhängig von aller Leistung und Nützlichkeit.« [15]), wäre es sinnvoller gewesen, sich damit auseinanderzusetzen, wie es mit der Würde der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger in der BRD oder gar der zigtausend Kinder in der dritten und vierten Welt, die täglich Hungers sterben, bestellt ist, und welche Schlüsse daraus für sozialdemokratische Politik zu ziehen wären.

Statt dessen werden Tautologien aneinandergereiht: »Die Würde des Menschen begründet den Anspruch des einzelnen auf menschenwürdige (!) Lebensbedingungen ...« (15/8) An wen dieser Anspruch zu richten wäre, wird verschämt verschwiegen. Der Unsinn dieses Abschnitts geht so weit, sogar den geschichtlich nicht sehr schwer nachzuvollziehenden Kampf um die Demokratie »menschenwürdig« zu erklären. Danach soll sie möglich sein, weil der Mensch lern- und vernunftfähig, und notwendig, weil er fehlbar und zum Rückfall in Unmenschlichkeit fähig ist. So werden alle Interessen, wegen derer gesellschaftliche Schichten und Klassen um die Durchsetzung von Demokratie gerungen haben, schlicht aus der Geschichte eliminiert.

Vieles, was für den vorherigen Abschnitt gesagt wurde, gilt auch für den folgenden. Geradezu wirklichkeitsfern wird postuliert: »Niemals darf der Mensch Mittel für die Zwecke des Staates oder von Machtgruppen werden.« (ebd.) Die Hervorhebung zeigt, daß bestehende Machtverhältnisse, real existierende Bedrohungen des einzelnen durch mächtige Interessen in Staat und Gesellschaft schlicht ausgeblendet werden. Bezeichnete noch das Godesberger Programm die »Bändigung der Macht der Großwirtschaft«, die die Staatsgewalt usurpiere, als notwendige Aufgabe, so sieht der Irseer Entwurf andere Ursachen, die politischem Handeln Grenzen ziehen: »Irrtum und Schuld, Krankheit und Unglück, Schmerz und Verzweiflung.« (ebd.) Nicht etwa, weil die Rechte des einzelnen in einer unsolidarisch verfaßten Gesellschaft dauerhaft bedroht sind, bekennt man sich zum Prinzip der dauernden Reform, sondern weil »Irrtümer unvermeidlich« sind. (ebd.) Das, was also zunächst als der Versuch beginnt, spezifisch sozialdemokratische Grundwerte zu bestimmen, endet im Beschreiben von allgemein Menschlichem und seinen Unzulänglichkeiten.

Die darin schon selbst angelegte Entleerung der Grundwerte, die es, noch weit jenseits des Verständnisses der frühen bürgerlichen Revolutionen, heutigen konservativ-reaktionären Parteien wie CDU/CSU möglich macht, sich exakt die gleichen Grund-

werte auf ihr Panier zu schreiben, ist wohl auch den Autoren des Entwurfs als Gefahr erschienen. Sie meinen, ihr dadurch begegnen zu können, daß sie den individuellen weitere soziale Menschenrechte — ohne sie näher zu definieren — an die Seite stellen und betonen, daß beide sich nicht ersetzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Doch welcher Christdemokrat, der heute die gleichen Grundwerte hochhält, ist nicht zugleich moralisch empört über Hunger und soziales Elend?

Grundwerte und demokratischer Sozialismus

Was im einführenden Absatz zu den Grundwerten postuliert wird, nämlich daß sie Kriterien für die Beurteilung politischer Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Handlungsorientierung seien, bleibt im Programmentwurf selbst uneingelöst. Das gesamte Kapitel läßt so gut wie jeden Vergleich von Grundwertepostulaten und politischer Wirklichkeit vermissen. So verwundert es sicherlich nicht, daß der Fortschritt, den das einleitende Kapitel über Godesberg hinaus (siehe oben) bedeutete, partiell dadurch wieder relativiert wird, daß im Grundwertekapitel der zitierte Godesberger Schlüsselsatz nahezu wortgleich wieder auftaucht. Zur Abgrenzung gegenüber konservativen Vereinnahmungsversuchen wird erneut betont, daß das spezifisch sozialdemokratische Grundwerteverständnis darin liegt, daß sie in einem Spannungsverhältnis zueinander gesehen werden, indem sie einander stützen und gegenseitig bedingen, einander erläutern, ergänzen und begrenzen (vgl. 17/9). Leider wird die darin liegende Chance, genauer den historisch und sozial begrenzten Charakter der einzelnen Grundwerte zu erläutern, nicht genutzt. Es bleibt bei allgemeinen Floskeln ohne gesellschaftlichen Bezug wie der, daß Gleichheit und Gerechtigkeit ohne freie Selbstentfaltung des einzelnen in Zwang und Unfreiheit enden. Ob dies aber selbst dann keinen Fortschritt darstellt, wenn es vorher neben Zwang und Unfreiheit weder Gleichheit noch Gerechtigkeit gab, bleibt bei solch utopischem Wolkenkuckucksheim natürlich unerörtert.

Fast wie ein Fremdkörper erscheint unerwartet das »Ende der Klassengesellschaft, die Überwindung aller Klassenvorrechte« (ebd.) am Horizont des Programmentwurfs. Aber Grundwerte und politische Zielsetzung stehen in keinem inneren Zusammenhang.

Die historische und soziale Beziehungslosigkeit zieht sich leider auch durch die Abschnitte über die Grundwerte im einzelnen. Es wird zwar darüber räsonniert, daß Freiheit für wenige Privileg wäre (vgl. 16/8), ob dies aber zu den Lebensbedingungen der Menschen in der BRD von heute gehört, dazu verliert dieser Teil des Entwurfs kein Wort. Bedenklich ist zudem, daß die Frage des Fortbestehens kapitalistischer Verhältnisse, der Macht des Finanzkapitals und des Privateigentums an den Produktionsmitteln ausgerechnet unter dem Stichwort *Freiheit* abgehandelt werden. Die Widersprüchlichkeit manifestiert sich in einem einzigen Absatz. Zunächst wird die Demokratie als allgemeines Lebensprinzip auch für den Bereich der Wirtschaft gefordert, was doch nur als das berechnete Postulat nach *Freiheit von Ausbeutung* verstanden werden kann. Danach wird die Gefährdung des einzelnen durch *unkontrollierte private Macht*, durch

uneingeschränktes Privateigentum an den Produktionsmitteln beschrieben mit der Folge: »Soziale Demokratie will Freiheit für alle schaffen.« (16/9) Nur in der Quadratur des Kreises macht das einen Sinn: für die einen die — zwar eingeschränkte — Freiheit des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das heißt die Freiheit, andere abhängig zu beschäftigen, also ihre Arbeitskraft auszubeuten, für die anderen zugleich die Freiheit von Ausbeutung!

Ähnlich widersprüchlich geht es im Abschnitt »Gerechtigkeit und Gleichheit« zu. Zunächst heißt es: »Gerechtigkeit verlangt mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht ...« (ebd.) Aber wie soll dies aussehen in einer »Leistungs«-gesellschaft, in der bis zur vorletzten Lohnstufe Besitzstände mit besserer Leistung begründet und verteidigt werden? Ist dies in unserer Gesellschaft möglich, in der allenthalben der Ansporn gilt, daß sich Leistung wieder lohnen soll? Auf welch glitschigem Parkett sie sich bewegten, wußten die Autoren wohl selber. Ansonsten hätten sie kaum die nebulöse Einschränkung hinzugefügt, die wiederum ein Liberaler gerne unterschreiben würde, da sie für ihn sowieso uneingeschränkt gilt: »Unterschiede in Einkommen und Vermögen ... lassen sich nur rechtfertigen, wo sie Leistungen fördern, die den Freiheitschancen aller zugute kommen und dabei einer freien Zustimmung fähig sind.« (ebd.) Was hat das nur mit einem authentisch sozialdemokratischen Verständnis einer gerechten Gesellschaft zu tun?

Wie weit die selbst vollzogene Entleerung sozialdemokratischer Grundwerte geht, zeigt das Kapitel über *Solidarität*. Solidarität, als Begriff und Lebensprinzip untrennbar mit der Arbeiterbewegung und ihren Kämpfen verbunden, wird auf eine schlicht »menschliche Haltung« (16f./9) reduziert, die in der Erfahrung gründe, daß wir als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen. Auch Karl Marx hatte die »historische Mission« der Arbeiterklasse darin gesehen, eine *Menschheitsaufgabe* zu lösen, nämlich mit der eigenen Befreiung als letzter unterdrückter Klasse die Klassen insgesamt aufzuheben hin zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Aber dies ist nicht der Gedanke des Irseer Entwurfs. Er entwickelt diese Haltung des allgemein Menschlichen, des Wir, das keine Gegner kennt, schon jetzt, noch inmitten der Klassengesellschaft. So wird Solidarität zu einem Allerweltsartikel, den jeder wollen kann, wenn er nur vernünftig ist. Da hilft es wenig, wenn man es gleichzeitig zynisch nennt, den Opfern von Unfreiheit und Ungerechtigkeit Solidarität mit den Unterdrückern abzuverlangen, wenn nicht benannt wird, wer und wo die Unterdrücker und die Unterdrückten sind. Und angesichts eines sich verschärfenden Neokolonialismus und Imperialismus gegenüber den Ländern der dritten und vierten Welt klingt es nur noch hilflos, wenn aus dem so gefaßten Solidaritätsbegriff die Forderung abgeleitet wird, deren Überleben zu sichern und ihnen ein menschenwürdiges — was immer das auch heißen mag — Leben zu ermöglichen. Nein, Solidarität ist nichts allgemein Menschliches, sie hat einen Gegner. Sie wurde als Hilfe untereinander, als Gemeinsamkeit des Handelns in tagtäglicher Erfahrung zur Voraussetzung der Erhaltung der Lebensbedingungen und des sozialen Aufstiegs der sich bildenden Arbeiterklasse.

Britta Ernst

Frau und Mann — Trotz alledem: An der Familie soll nicht gerüttelt werden

Bevor wir genauer hinsehen, welche frauenpolitischen Vorstellungen »Sozialdemokraten« haben, ist es nicht uninteressant, sich das entsprechende Kapitel im Godesberger Programm vor Augen zu führen. Unter der Überschrift »Frau, Familie, Jugend« steht dort:

»Gleichberechtigung soll die Beobachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben. Hausfrauenarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden. Hausfrauen und Mütter bedürfen besonderer Hilfe. Mütter von schulpflichtigen und vorschulpflichtigen Kindern dürfen nicht genötigt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen. Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen und zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer materiellen Werte.«

Diese Formulierung drückt die Übernahme eines konservativen Frauenbildes einer »volksorientierten« Sozialdemokratie aus. Die Geschlechter werden als von Natur verschieden begriffen. Frauen haben danach verschiedene Eigenarten, das heißt solche, die vom »normalen«, vom männlichen Idealbild, abweichen. Und weil sie anders sind, machen sie auch andere Arbeit — Hausfrauenarbeit, die die SPD aufwertend als Berufsarbeit anerkennen will. Mütter sollten für die SPD idealerweise nicht erwerbstätig sein. Die beste Erziehung findet für die SPD in der Familie statt. Daraus resultiert und resultiert eine Sozialpolitik, die am Normalfall der Familie als Reproduktionseinheit und an einer geschlechterspezifischen Arbeitsteilung mit männlicher Lohnarbeit und von Frauen geleisteter familiärer Reproduktion orientiert ist. Sozialpolitik soll bisher die Probleme der Lohnarbeit (Vorbereitung/Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Alter) regeln und bestenfalls bei »zerrütteten« Familienverhältnissen Hilfen anbieten. Der Umfang weiblicher Lohnarbeit und »unvollständiger« Familien wird unbeachtet gelassen.

Das Godesberger Programm ist also in seinem Frauenteil mehr als überarbeitungsbedürftig. Was bietet »Irsee« den Frauen? — Die Präambel stellt fest: »Noch immer leben wir in einer einseitig männlich bestimmten Gesellschaft.« Der Befürchtung, daß an der Richtigkeit dieser Aussage gezweifelt wird, ist es dann wohl zu verdanken, daß im Irseer Programmentwurf fast durchgängig von den männlichen »Sozialdemokraten« die Rede ist. Oder sollte so etwa der beklagte Ausschluß von Genossinnen aus dem politischen Leben eindrucksvoll dokumentiert werden? Das Kapitel »Woher wir kommen, wohin wir wollen« spricht von der Hoffnung der Menschheit auf eine »geschwisterliche« Gesellschaft. Das hebt sich erfreulich von der sonst stets beschworenen Verbrüderung ab. Schade, daß nicht auch die Frauenbewegung und ihre Vorkämpferinnen — neben Bürgern und Bauern — als eine Traditionslinie der SPD zugelassen werden. Ebenso wurde bei der Aufzählung der Errungenschaften der Sozialdemokratie im ersten Kapitel das Frauenwahlrecht »vergessen«. Die neue Frauenbewegung ist dann aber

wert, erwähnt zu werden. Ihr wird bescheinigt, die Sozialdemokratie auf fortbestehende »Patriachalische Strukturen in Gesellschaft und Politik aufmerksam gemacht« zu haben.

Wie weitgehend ist nun der Anstoß durch die Frauenbewegung? — In den Grundzügen vollzieht die SPD eine Abkehr von der in Godesberg formulierten Programmatik. Sie will die Spaltung in eine männliche und eine weibliche Welt zugunsten einer freien, menschlichen Gesellschaft aufheben. Dazu soll die Zuordnung der Frauen zur Haus- und Familienarbeit und die der Männer zur Erwerbsarbeit beendet werden. Aus diesem Ansatz werden dann Forderungen nach einem Sechs-Studentag für alle und eine gleichzeitige Umverteilung der Haus- und Familienarbeit auf beide Geschlechter aufgestellt (vgl. 33/16).

Es fällt aber auf, daß es zumeist — bei noch nicht einmal immer richtigen — Beschreibungen der Verhältnisse bleibt. So fehlt es an einer Analyse der Frauenunterdrückung. Wir stoßen auf die Formulierung, daß an der Frauenunterdrückung und der Trennung in sogenannte männliche und weibliche Bereiche beide Geschlechter leiden. Leiden sie gleichermaßen? Im Dunkeln bleibt, daß es sich bei dem Verhältnis der Geschlechter um ein über Jahrtausende entwickeltes und vom Kapitalismus spezifisch verändertes Machtverhältnis handelt, das auch heute noch durch die ökonomische Realität des Kapitalismus und durch gesellschaftliche Normen abgesichert wird. Die Familie, wie sie sich im Kapitalismus herausgebildet hat, basiert auf der Unterdrückung der Frauen, sie sichert die kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Männer und weist Frauen die unbezahlte Reproduktionsarbeit zu. Der im Entwurf unternommene Versuch, im Rahmen des Familienbegriffs einen dauerhaften Weg zur Emanzipation zu finden, ist eben deshalb auch nicht wirklich durchführbar. Wenn es dann heißt, daß die höhere Bewertung des öffentlichen Lebens und der Erwerbsarbeit »sogar in der Familie« (32/15) zur Benachteiligung der Frauen führt, gerät das vollends zum Appell an eine gescheiterte kleinbürgerliche Idylle. Der historisch nicht mißzuverstehende Familienbegriff sollte nicht durch die Beschreibung als »Lebensgemeinschaft mehrerer Generationen« (37/17) gerettet werden, zumal dabei die zahlreichen anderen Lebensverhältnisse gerade von Frauen übersehen werden.

Daß das alte Familienbild noch durchschimmert, wird auch daran deutlich, daß gerade im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik nicht ausdrücklich die Ausdehnung kollektiver Reproduktionsmöglichkeiten, die nicht auf die Familie bauen, gefordert wird. Die Forderung nach Ganztagschulen, Kindergärten, Kinderkrippen taucht zwar auf, aber um das Familienleben zu entlasten (vgl. 34/16). Das ist weit entfernt von einem Standpunkt, der das Selbstbestimmungsrecht der Frauen zugrundelegt.

Darüberhinaus fehlt noch allerhand. Gesellschaftliche Altenpflege, für beide obligatorischen Elternurlaub, Abschaffung des Splitting, soziale Mindestsicherung in allen sozialen Sicherungssystemen, die nicht auf das Familieneinkommen bezogen ist, etc. Weit hinter den Ansprüchen der in Frauenbewegung, Parteien und Gewerkschaften aktiven Frauen fallen die Forderungen nach gleicher Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zurück.

Die SPD verspricht, Frauen mehr Rechte und Möglichkeiten bei Kandidaturen in

Partei, kommunalen und staatlichen Vertretungen *einzuräumen*. Die in vielen Bereichen stattgefundenen Diskussionen um die Quotierung haben gezeigt, daß Frauen sich diese Rechte erkämpfen müssen — und zwar gegen den massiven Widerstand vor allem von Männern. Daher ist nur durch die Festschreibung der Quotierung langfristig die Benachteiligung von Frauen aufzubrechen.

Fraueninteressen werden nicht zum Ausgangspunkt der Entwicklung sozialdemokratischer Zielvorstellungen gemacht, wenn sich der Entwurf auf einen Hinweis zur Überwindung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen beschränkt. Hinter der vielfältigen Gewalt gegen Frauen, deren Beschreibung wohl tatsächlich den Rahmen eines Programmteils sprengen würde, verbirgt sich weit mehr, als daß allein durch eine veränderte Erziehung von Mädchen und Jungen das erschreckende Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und Kinder vermieden werden könnte. Überhaupt nicht erwähnt wird der Kampf der Frauenbewegung gegen den § 218, obwohl gerade hier das Selbstbestimmungsrecht der Frauen im Mittelpunkt steht. Da aber selbst die Mehrheit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) sich nicht hinter die Forderung der Frauenbewegung nach ersatzloser Streichung dieses Bevormundungsparagrafen stellt, kann es nicht verwundern, wenn diese zentrale Forderung der Frauenbewegung im Programmentwurf völlig fehlt.

Uwe Kremer

Mit den jungen Menschen nach vorn?

SPD-Jugendpolitik altväterlich

Die SPD will »mit jungen Menschen nach vorn« (76/34). Dies behauptet die Programmkommission jedenfalls im »Ausblick« ihres Entwurfes. In der Tat ist es so, daß die Sozialdemokratie den Kampf um die Zukunft nicht für sich und die Arbeiterbewegung entscheiden kann, wenn sie nicht die Arbeits- und Lebensperspektiven der Jugend in den Vordergrund rückt. Die vor unseren Augen stattfindenden Veränderungen in der Klassenstruktur, in den Geschlechterbeziehungen, in den Lebensweisen und Anspruchshaltungen setzen sich über den Generationswechsel durch. »Jugend« markiert also ein strategisch zentrales Kampffeld zwischen den Klassenkräften. »Jugendpolitik« steht zugleich für die umfassende Erneuerung der Arbeiterbewegung und damit auch der Sozialdemokratie.

Im Programmentwurf aber geht der zitierte Anspruch in einem altväterlichen Geschwätz unter, das sich passagenweise selbst karikiert: »Vor allem wenden wir uns an die jungen Menschen. Gerade von ihnen erwarten wir keine kritiklose Zustimmung.

Aber wo es um ihre Zukunft geht, können auch berechtigtes Mißtrauen und begründete Vorwürfe nicht das letzte Wort sein.« (76/34) Schau an! Das eigentliche Problem ist der jugendpolitische Ansatz, der sich hinter dieser Phrasendrescherei verbirgt und im Kapitel VI »Solidarität zwischen den Generationen« (35ff./16f.) sein Unwesen treibt. Es spricht schon Bände, wenn die Arbeits- und Lebensperspektiven der Jugend und die jugendpolitischen Aufgaben der Sozialdemokratie unter einer derartigen Kapitelüberschrift abgehandelt werden. »Jugend« als eigenständige Lebensphase beruht auf den früheren Erfolgen der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie, wird heute aber massiv durch die ökonomische Krise und die Politik der herrschenden Klasse gefährdet. Es ist nachgerade lächerlich, diese Auseinandersetzung auf einen »Generationenkonflikt« zurechtzustutzen, während auf die Ursachen und die Verantwortlichen für Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsnot, Jugendarmut usw. mit keinem Wort eingegangen wird, auch nicht in den Ausführungen zur Bildungspolitik im Kapitel über die »Kulturgesellschaft.«

Wie in den anderen Kapiteln auch fehlt der Gegnerbezug. Entsprechend fällt auch das strategische Konzept aus: »Das Gespräch zwischen den Generationen ist wichtig, gerade auch zwischen Großeltern und Enkeln. Dabei können Erfahrungen vermittelt, aber auch neu überdacht werden.« (35/17) Die jugendpolitische Philosophie im Abschnitt »Chancen für die junge Generation« versucht derartige Nullsätze inhaltlich aufzufüllen. Im Vordergrund steht hierbei die Vorstellung von »Jugend« als Schutzraum gegenüber einer »undurchschaubaren, gefahrenträchtigen Welt« (ebd.). Dem entsprechen auch die Bildungsziele der SPD. Bildung soll zum Beispiel »jungen Menschen helfen, in einer hochtechnisierten Welt menschliche Grunderfahrungen zu bestehen und daran zu wachsen: Liebe und Zärtlichkeit, Freundschaft und Trennung, Krankheit und Tod.« (70/32)

Diese Vorstellung leitet zum zweiten Punkt über: Neben dem Schutzraum-Konzept gibt es noch den Freiraum-Gedanken. Junge Menschen brauchen nämlich »einen Freiraum, in dem sie entlastet vom Druck der Erwachsenenwelt ihre eigenen Vorstellungen entwickeln und abweichende Lebensformen erproben können.« (36/17) Was wir eben als eigenständige Lebensphase definiert haben, die gegenüber dem Druck des Kapitals verteidigt werden muß, wird hier erneut in die Ideologie des »Generationenkonflikts« eingefügt — ungeachtet der Tatsache, daß das Schutz- und Freiraumkonzept auf der Grundlage des »Generationenkonflikts« zum ideologischen Standardrepertoire konservativer Jugendpolitik gehört.

Die Krönung des jugendpolitischen Konzepts erleben wir, wenn sich die »Solidarität zwischen den Generationen« in der »Stärkung der Familie« zuspitzt (vgl. ebd.). Schon an anderer Stelle ist darauf hingewiesen worden, daß die Familienorientierung im Programmentwurf in einem eklatanten Gegensatz zum Selbstbestimmungsinteresse von Frauen steht. Diese Kritik muß nun ausgeweitet werden: »Familie« ist nicht die Idylle, die im Programmentwurf beschrieben wird, nicht nur ein Hort der Frauenunterdrückung, sondern auch Ort, an dem die Perspektiven von Jugendlichen schon im Ansatz eingeschränkt und deformiert werden. Beides zusammengenommen, ist die Familie vor allem eine Institution, die der eigenständigen Entwicklung und Perspektive

von Mädchen noch immer massiv im Wege steht. Es ist daher auch aus jugendpolitischer Sicht notwendig, das Privileg der Familie gegenüber anderen Erziehungs- und Beziehungsformen abzubauen und letztendlich abzuschaffen, statt es weiter stärken zu wollen. Gerade wenn »Jugend« als eigenständige Lebensphase mit einer Vielfalt von Lebensformen gestärkt werden und Ausstrahlungskraft für die gesamte Gesellschaft erlangen soll, ist dies unvereinbar mit der familienpolitischen Orientierung des Programmentwurfs. Es sei daran erinnert, daß die Rechtskräfte gegenwärtig das Konzept einer familienorientierten Jugendpolitik propagieren und in die Praxis umsetzen. Dieses Vorgehen stößt zurecht auf den Widerstand der SPD. Umso unverständlicher sind die Ausführungen im Programmentwurf, die den konservativen Vorstellungen bedenklich nahekommen und ein Schlag ins Kreuz der fortschrittlichen Jugendpolitik darstellen. Dies ist aber die logische Konsequenz eines verfehlten jugendpolitischen Ansatzes und einer Herangehensweise, die unserer Zeit mindestens 20 Jahre hinterhinkt.

Die sozialdemokratische Linke sollte sich von der Geschwätzigkeit der entsprechenden Passagen im Programmentwurf nicht täuschen lassen und statt dessen deren Brisanz herausarbeiten: Es geht nicht nur um »die« Jugend an und für sich, sondern um die reformpolitischen Perspektiven für die 90er Jahre. Der SPD fehlt ein Anspruchskonzept, das offensiv auf jugend- und reformpolitische Schlüsselfragen zugeht, z.B. für ein demokratisches und polytechnisches Bildungssystem und gegen die Macht der Unternehmer, ihrer Verbände und Kammern im Bildungsbereich, z.B. für einen jugendorientierten Ausbau der öffentlichen Dienste und ein öffentliches Konzept zur Förderung unterschiedlicher Lebens- und Beziehungsformen und gegen die familienorientierte Privatisierung von Lebensperspektiven usw.

Zum Schluß sei auf einen positiven Punkt hingewiesen, nämlich auf die ausdrückliche und unterstützende Erwähnung der organisierten Jugendarbeit in Verbänden und Interessenvertretungen. Diese Betonung war in den vergangenen Jahren unter dem Eindruck von Organisationsproblemen in der Jugend sehr ins Wanken geraten. Um so bedeutsamer ist die entsprechende Passage im Programmentwurf. Auf Grund der sonstigen jugendpolitischen Ausführungen besteht aber das Rätsel, mit welcher Perspektive Jugendverbände und Interessenvertretungen eigentlich arbeiten und unterstützt werden sollen. Daß die SPD »mit den jungen Menschen nach vorn« will, dürfte als Lösungsansatz kaum ausreichen.

Olaf Scholz

Politik des Friedens: Entspannung und Abrüstung als Programm

Sozialdemokratische Programmaussagen zur Friedenspolitik waren in der Vergangenheit von zumeist sehr grundsätzlichen Erwägungen bestimmt. Solche politischen Überlegungen fehlen in dem neuen Entwurf für ein SPD-Grundsatzprogramm völlig. Das läßt sich wohl nur vor dem Hintergrund der Tatsache erklären, daß die SPD dreizehn Jahre als Regierungspartei die Verantwortung für die Verteidigungs- und Außenpolitik getragen hat. Die — in dem Programmentwurf überhaupt nicht verarbeitete — sozialdemokratische Regierungsbeteiligung war auf dem Gebiet der Friedenspolitik zugleich gekennzeichnet von der zu Beginn entwickelten Entspannungs- und Ostpolitik und von der fast bedingungslosen Integration in die westliche Militärallianz Nato bis hin zur Förderung der verhängnisvollen Rüstung mit Pershing II und Cruise Missiles. Der Programmentwurf reflektiert die von der Mehrheit der Parteimitglieder inzwischen formulierte Ablehnung der Raketenstationierung. Die Kritik an der Militärpolitik von USA und Nato wird als aktuelle politische Vorstellung zur Friedenspolitik aufgegriffen, ohne allerdings die USA wirklich zu benennen, etwa indem sich die SPD ganz allgemein gegen die Militarisierung des Weltraumes ausspricht.

Eine daraus resultierende Eigenart des Irseer Programmentwurfs ist deshalb auch der Verzicht auf eine Analyse der Ursachen der Kriegsgefahr. Der Frieden in der Welt ist bedroht durch eine neue globale Strategie der USA. Als Reaktion auf den gesunkenen Einfluß des amerikanischen Imperialismus, auf die Erfolge der Emanzipationsbewegungen in den unterentwickelten Ländern, auf die gewachsene auch militärische Stärke der UdSSR und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und nicht zuletzt wegen der verschärften imperialistischen Konkurrenz zu Westeuropa und Japan auf dem Weltmarkt haben die USA mit dem Versuch begonnen, militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR errüsten zu wollen mit dem Ziel, einen Atomkrieg regional begrenzt und siegreich führen zu können. Konventionelle Aufrüstung, neue aggressive Militärstrategien (airland battle), atomare Angriffs- und Erstschlagswaffen (MX, Pershing II, Cruise Missiles) und die geplante Weltraumrüstung sind Bestandteile dieses Konzeptes. Obleich diese Ursachen nicht benannt werden, ist es ein politischer Fortschritt, daß sich die SPD gegen die konkreten Vorhaben dieser Politik ausspricht und nicht länger, wie zuletzt als Regierungspartei, den Kurs der USA stützt.

Fehlt es dem Programmentwurf an politischer Analyse, so auch an einer darauf aufbauenden politischen Strategie zur Überwindung der Kriegsgefahr. Der Programmentwurf spricht sich aus für eine neue Phase der Entspannungspolitik, für Abrüstungsprozesse und für die schließliche Überwindung der Blöcke als Fernziel. Zugrundegelegt wird dem das Konzept der gemeinsamen Sicherheit. Damit aber fällt der Programmentwurf hinter die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages zurück, der sich für ein Konzept der »Sicherheitspartnerschaft« ausgesprochen hatte. Der Unterschied ist kein bloß semantischer; er spiegelt genauso wenig nur eine politisch folgenlose Rücksichtnahme

auf heftige US-amerikanische Kritik am Konzept der Sicherheitspartnerschaft. Denn Sicherheitspartnerschaft zielt auf eine aktive, dynamische Abrüstungspolitik, wohingegen das Konzept der gemeinsamen Sicherheit eines des status quo bleibt. Letzteres geht kaum hinaus über jene »erste Phase« der Entspannungspolitik, die an ihrem konzeptionellen Widerspruch zerbrach, den Abbau politischer Spannungen bei gleichzeitiger Aufrüstung betreiben zu wollen.

Überhaupt entpuppt sich die SPD gerade in dem Kapitel »Die Politik des Friedens« als eine Partei des status quo. Sie behauptet die Notwendigkeit der Mitgliedschaft der BRD in der Nato. Obwohl die Forderung nach einem isolierten Austritt der Bundesrepublik aus der Nato falsch und die Überwindung der Militärblöcke in Europa der richtige Weg ist, mutet das Nato-Bekennnis in einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm doch merkwürdig an. Gleichzeitig wendet sich die Partei objektiv gegen die aggressive Vereinnahmung der Nato durch die neue offensive Militärkonzeption der USA. Sie anerkennt die nach 1945 in Europa entstandenen Grenzen und fordert eine realistische, entspannungsorientierte Politik gegenüber den Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages. Ganz selbstverständlich geht es der SPD um friedliche Austragungsformen der Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten und den Staaten Osteuropas. Aus dem Blickfeld gerät darüber, daß die Überwindung der kapitalistischen Ökonomie zu den Zielsetzungen der Sozialdemokratie zählen muß, und daß die Erkenntnis, erst eine sozialistische Welt werde dauerhaft den Frieden garantieren können, noch heute gilt.

Eine wirksame Strategie zur Überwindung der Kriegsgefahr kann sich gleichwohl ergeben aus Überlegungen, die schon anlässlich des Nürnberger Parteitages zu Anträgen führten. Die noch zu konkretisierenden Zielvorstellungen von Sicherheitspartnerschaft und struktureller Nichtangriffsfähigkeit versuchen, die bisherigen Konzepte militärischer Sicherheit durch einen politischen Friedensbegriff zu ersetzen. Nicht mehr die Balance oder das Übergewicht der Waffen, sondern politische Friedenssicherung soll im Vordergrund stehen. Eine Bundeswehr und ein Nato-Bündnis, die zur militärischen Offensive gegen die Staaten des Warschauer Vertrags strukturell nicht in der Lage sind, verlieren ihre die Gegenrüstung provozierende Bedrohlichkeit. Die geschichtliche Chance liegt darin, daß inzwischen auch in der Sowjetunion und innerhalb der WVO Diskussionen eingesetzt haben, die gleichfalls auf der Einsicht gründen, daß Frieden und Sicherheit nur politisch gestaltet werden können. Ähnlich wie in der SPD wird darüber debattiert, an Stelle des Abschreckungsgleichgewichts das die Rüstungen reduzierende Ziel der »ausreichenden Sicherheit« zu setzen. — Weil der Programmentwurf diese Diskussionen nicht hinreichend berücksichtigt, fehlt ihm eine aktive Abrüstungspolitische Komponente, wie sie sich etwa aus der Forderung nach der Begrenzung und dem Abbau des Rüstungshaushalts ergeben könnte. Überhaupt fehlt das notwendige politische Bekenntnis, auch selbständige, alleinverantwortete Abrüstungsschritte durchführen und der Wille, die Politik der Abschreckung und des vordergründigen Gleichgewichts zwischen den Militärblöcken überwinden zu wollen. Ohne die auch programmatisch zu erklärende Bereitschaft, mit den USA über die Politik der Nato in Konflikt zu gehen, wird es solche Konflikte erst recht nicht tatsächlich geben.

Hans Willi Weitzen

Die zweite Phase der Entspannung — ohne Programm?

Die deutsche Sozialdemokratie wird spätestens seit der ersten sozialliberalen Koalition mit dem Konzept der Entspannung identifiziert, weil sie in der Praxis die erste Phase der Entspannung auch in Deutschland verwirklichen half. In ihrem Godesberger Programm findet sich jedoch zur Politik der Entspannung keinerlei Aussage. Es ist lediglich vage von einem wiedervereinigten Deutschland in einem europäischen Sicherheitssystem die Rede.

Dies verwundert nicht, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Partei damals gerade auf dem Weg vom Deutschlandplan, einem am 18. März 1959 vom Parteivorstand vorgelegten detaillierten Konzept für ein kollektives Sicherheitssystem mit einem wiedervereinigten Deutschland, hin zur Rede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 war. Darin bekannte sich der damalige stellvertretende Parteivorsitzende zur Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation, also zum zentralen Element der Adenauerschen Politik der Stärke. Nachdem am 13. August 1961 in Berlin offenkundig geworden war, daß Westintegration und Wiederaufrüstung nicht zur Wiedervereinigung führten, begannen dort Sozialdemokraten um Willy Brandt und Egon Bahr umzudenken. Programmatisch schlugen sich Überlegungen zur Entspannung im folgenden Vierteljahrhundert nur einmal nieder — in den vom Nürnberger Parteitag 1968 beratenen Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren. Der vorliegende Irseer Entwurf für ein neues sozialdemokratisches Programm versucht nun, die seit Godesberg im Programm klaffende Lücke zu schließen.

Zunächst wird zutreffend festgestellt, daß Westintegration und Wiederbewaffnung nicht zur Einheit führten, sondern die Teilung Deutschlands vertieften. Dann werden Grundlagenvertrag und Viermächteabkommen erwähnt. Schließlich wird von der Illusion staatlicher Einheit während der Existenz der gegensätzlichen Bündnisse Abschied genommen, zugleich aber die Frage der Nation für nicht erledigt erklärt. Selbstbestimmung der Deutschen und Zusammenarbeit beider deutscher Staaten wird gefordert und eine militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten ausgeschlossen (vgl. 22/ 11f.). Nachdem solcherart die Situation nach der in der Ära Adenauer vollzogenen Westintegration der Bundesrepublik und der vor allem in der Ära Brandt durchgesetzten ersten Phase der Entspannung beschrieben ist, erwartet der Leser, zumindest in groben Strichen ein Programm für die zweite Phase der Entspannung skizziert zu erhalten. Dies wird mit Ausnahme des militärischen Elements nicht einmal versucht. Damit fällt der Irseer Entwurf hinter den in einzelnen Regionen der Sozialdemokratie mittlerweile erreichten Stand der Diskussion weit zurück.

Aus der Analyse sollte jedoch auch eine sozialdemokratische Perspektive entwickelt werden. Exemplarisch läßt sich deren Fehlen an der Art zeigen, wie Berlin im Entwurf behandelt wird: Die Mauer und das Viermächteabkommen werden erwähnt und es

wird gefordert, Berlin in die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten einzubeziehen. Wie dies geschehen soll, bleibt das Geheimnis der Autoren. Nun darf niemand von einem Grundsatzprogramm erwarten, daß es die Konkretion eines Aktionsprogramms aufweist und demnach auf die aktuellen Diskussionen um die Handhabung des Viermächtestatus in Berlin oder die Entwicklung der Bindungen an die Bundesrepublik detailliert eingeht. Eine Aussage zur faktischen Hauptstadtfunktion von Berlin (Ost), zum obsolet gewordenen Hauptstadtsanspruch für Berlin, zur möglichen Interfunktion von Berlin im Prozeß der Entspannung aber sollte möglich sein.

Ähnliches gilt für die Art, wie der Entwurf Deutschland als Ganzes behandelt: Es genügt nicht, staatliche Teilung und den mit dem Grundlagenvertrag begonnenen Versuch, das staatliche Miteinander zu regeln, zu beschreiben und lediglich für das militärische Element der Entspannung eine diskussionsbedürftige Perspektive zu entwerfen. Auch für das politische und insbesondere für das immer noch zu wenig thematisierte ökonomische Element der Entspannung sind konkretere Aussagen notwendig. Hierzu bietet der Berliner Antrag »Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine europäische Friedensordnung«, der vom Nürnberger Parteitag nur hinsichtlich seines militärischen Teils adäquat behandelt wurde, eine Fülle von programmwürdigen Positionen an. Detaillierte Aussagen beispielsweise zu den Geraer Forderungen Erich Honeckers nach Anerkennung der Staatsbürgerschaft, Feststellung der Elbegrenze in Strommitte, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter gehören in das Arbeitsprogramm einer sozialdemokratischen Regierung und nicht in ein Grundsatzprogramm. Der Abschluß des Kulturabkommens verdeutlicht exemplarisch, daß auch ohne Anerkennung dieser Forderungen erhebliche Fortschritte möglich sind. Zudem ist der Spielraum für eine Anerkennung der Staatsbürgerschaft und eine Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften für jede bundesrepublikanische Regierung derzeit gleich Null.

Grundsätzliche Positionen des Berliner Antrags jedoch gehören in das mit Irsee entworfene Programm. Beispielsweise die Unverletzlichkeit der Grenzen, der politische Untergang des Deutschen Reiches in der Niederlage des Zweiten Weltkrieges, die über ihre völkerrechtliche Bindungswirkung hinausgehende politische Bindungswirkung der Ostverträge. Beispielsweise das Ziel, ein immer dichteres Netz von Beziehungen und gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeiten zwischen West- und Osteuropa zu knüpfen. Beispielsweise das Konzept der Sicherheitspartnerschaft mit dem Ziel, letztlich die Militärbündnisse überflüssig zu machen. Letzteres thematisiert der Irseer Entwurf bereits ansatzweise.

Es muß gelingen, das sozialdemokratische Konzept für die zweite Phase der Entspannung sehr viel genauer in Weg und Ziel zu konkretisieren, als es die Autoren des Entwurfs taten. Sonst wird eine zweite Phase von der zunehmend intensiver, ohne und zum Teil auch gegen manche Rhetorik des eigenen Programms handelnden liberalkonservativen Koalition gestaltet werden. Die deutsche Sozialdemokratie wird dann nurmehr mit der Vergangenheit, nicht mehr mit der Gegenwart und Zukunft der Entspannung identifiziert werden und ihren Kompetenzvorsprung einbüßen.

Kurt Neumann

Unser Staat?

Politik in der kapitalistischen Klassengesellschaft

»Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft
ist die Geschichte von Klassenkämpfen.«

(K.Marx/F.Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S.462)

Irsee sieht sich in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung und in Übereinstimmung mit der »Idee einer Gesellschaft, worin — wie Marx es ausdrückte — 'die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist'.« (10/6) Ziel ist die »umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche«, ist »das Ende der Klassengesellschaft, die Überwindung aller Klassenvorrechte.« (17/9)

Klassengesellschaft Bundesrepublik

Damit wird programmatisch gesetzt — wenn auch nicht analytisch erfaßt und abgeleitet —, daß politische Wege in einer bestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft und Wege aus ihr heraus zu finden und zu beschreiten sind. An späterer Stelle liest sich das zwar weniger grundsätzlich und sehr eingeschränkt derart, daß »unsere Gesellschaft noch viele Merkmale einer Klassengesellschaft trägt« (26/13) — aber immerhin etwas.

Das Godesberger Programm qualifizierte unsere gesellschaftliche Realität nicht als Klassengesellschaft. Zwar hieß es dort ganz allgemein: »Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen — das war und das ist der Sinn des Sozialismus.« Für die damalige Gegenwart wurden Klassenvorrechte aber nicht als existent gesehen, und über den »einstschutz- und rechtlosen Proletarier« finden wir die stolze Aussage: »Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten.«

Trotz des Fortschritts, den Irsee demgegenüber darstellt, besteht zu Euphorie kein Anlaß: Bei der Konkretisierung der politischen Ziele wird zum Teil mit so kleiner Münze gezahlt, daß sich die hehren Grundsätze und Grundwerte in ihr rechtes Gegenteil verkehren. Ein Beispiel: »Herrschaftsmacht des Kapitals über Menschen muß« — nein: nicht etwa aufgehoben, sondern nur — »durch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, aber auch durch Gesetze begrenzt werden.« (57/26)

Im folgenden soll hier nicht die — durchaus notwendige — Kritik an der durchgängigen Tendenz weiterverfolgt werden, daß im gesamten Programmwurf mit der

Konkretisierung auf einzelne Politikfelder die Reduzierung der Zielvorstellungen einhergeht. Die Aufmerksamkeit soll im weiteren vielmehr auf die Frage gelenkt werden, ob und wie die Rede von »Klassengesellschaft« und »Klassenherrschaft« Eingang gefunden hat in die Untersuchung gesellschaftlicher Interessen und Gruppierungen, politischer Organisationen und öffentlicher Institutionen, weiter auf die Frage nach einer politischen Strategie, um die Klasseninteressen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in der kapitalistischen Klassengesellschaft zu formulieren und zur Geltung zu bringen, und schließlich auf die Frage, wie denn die Transformation dieser Gesellschaft in eine Nicht-Klassengesellschaft gedacht und realisiert werden soll.

Klassenkampf und Gattungsinteresse

Um keine Mißverständnisse über den Maßstab der Kritik aufkommen zu lassen: Nicht alle gesellschaftlichen Konflikte können an Klasseninteressen festgemacht werden. Schon gar nicht artikulieren sich politische Wünsche und Ziele von einzelnen und gesellschaftlichen Gruppen stets unter Bezug auf bestimmte Klassenverhältnisse. Gleichwohl: Nicht nur in unmittelbarer Konfrontation zwischen der herrschenden und ausbeutenden Klasse und der beherrschten und ausgebeuteten, werden Klassenkämpfe ausgefochten. Gerade in der Gegenwart finden Klassenkämpfe zunehmend statt als Auseinandersetzungen zwischen dem partikularen Herrschafts- und Ausbeutungsinteresse insbesondere der Monopolbourgeoisie und der Gegenwehr von unterschiedlichen Betroffenen, die unabhängig von ihrer Klassenlage das Interesse der »Gattung Mensch« als ihr eigenes wahrnehmen. So verstanden geht es nicht nur bei der Realisierung einer »Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, nicht nur bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit, um die Durchsetzung von Klasseninteressen. Auch die scheinbar quer zu diesem Gegensatz liegenden politischen Auseinandersetzungen und Veränderungsstrategien müssen — ohne daß sie darauf reduziert würden — eingeordnet werden in die konkrete »Geschichte von Klassenkämpfen«.

Zurück zu Irsee: In der als solche identifizierten kapitalistischen Klassengesellschaft tauchen gesellschaftliche Klassen als reale Gegenwart überhaupt nicht auf. Für die Vergangenheit ist zwar die Rede von »Herrschaftsansprüchen der aufstrebenden Bourgeoisie« und von einer »Arbeitnehmerschaft«, deren »Selbstbewußtsein sich als Klassenbewußtsein äußerte« (11/6). Heute gibt es allenfalls und ganz vereinzelt »Arbeitnehmer«, nicht als Teil ihrer Klasse, sondern schlicht als »Menschen«. Die Bourgeoisie, die klassenmäßige Personifizierung des Kapitals, findet überhaupt nicht statt. Mit einem Satz: Durch den ganzen Programmentwurf hindurch und jenseits jeden Klassenbegriffs »mensch«elt es, und zwar auf siebzig Seiten (der ersten Fassung) zweihundert Mal.

Organisiertes gesellschaftliches und politisches Handeln

Die Beschreibung der Felder, auf denen die »Menschen« organisiert gesellschaftlich und politisch handeln, die Abschnitte über die »Gewerkschaften« (27f./13f.), über

»Verbände und Gruppen« (28/14), über »soziale Bewegungen« (ebd.) und über die »politischen Parteien« (29/14) stellen die wohl erkenntnismäßig ärmlichsten und politisch erbärmlichsten Teile des Programmentwurfs dar. Dazu zwei Kostproben:

1. Daß die Unternehmervverbände, allen voran der BDI und der BdA, nicht nur mächtige Gegner der Gewerkschaften, sondern auch jeder sozialdemokratischen Reformpolitik waren und sind, daß ihr Einfluß auf staatliches Handeln mittels vielfältiger Verflechtungen durchschlagend ist, dürfte sich inzwischen selbst bei den Sozialdemokraten herumgesprochen haben, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus (»Stamokap«) heute noch für die Gesellschaftsordnung in der DDR halten. Im Irseer Entwurf findet sich davon nichts. Statt dessen: »Verbände und Gruppen sind« — unterschiedslos — »legitimer Ausdruck unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen«. Nur wenn sie sich »auf rücksichtsloses Durchsetzen von Gruppeninteressen beschränken«, dann, ja dann »suchen (Sozialdemokraten) die kritische Auseinandersetzung mit den Verbänden.« (28/14) So, so.

2. Sich selbst mit anderen, auch der CSU, in einen Topf werfend, wird festgestellt: »Das Grundgesetz weist den politischen Parteien Mitwirkung bei der politischen Willensbildung zu.« (29/14) Aha! — An anderer Stelle, ausgerechnet unter der Überschrift »Politische Kultur« kommt es dann aber noch dicker: »In der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich der Grundkonsens aus dem gemeinsamen Ja aller bedeutenden politischen Kräfte zu den Grundrechten und Grundregeln des Grundgesetzes. (...) Wer anderen die Teilhabe am Grundkonsens abstreitet, zerstört ihn.« (74/34)

Was war denn in der praktischen Auseinandersetzung mit der Rede vom »Sozialabbau«, vom »Klassenkampf von oben«, von der »Ellenbogen-Gesellschaft« oder der »Zwei-Drittel-Gesellschaft«, von der »Stahlhelm-Fraktion« und vom »Schüren des Ausländerhasses«? Alles nur Gerede auf der Basis »gemeinsamer Grundüberzeugungen«?

»Unser Staat« — das unbekannte Wesen?

Da organisiertes gesellschaftliches und politisches Handeln im Entwurf ohne Klassenbezug ist, wundert ähnliches beim staatlichen Bereich nicht mehr: »Der Staat ist ... nicht notwendig Werkzeug der ökonomisch herrschenden Klassen oder machtvoller Interessen.« (25/13) »Dank der politischen Demokratie ist unser Staat wenigstens kein Klassenstaat mehr, während unsere Gesellschaft noch viele Merkmale einer Klassengesellschaft trägt.« (26/13) Deshalb: »Die Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat.« (25/12)

Verblüffend ist die Leichtfüßigkeit, mit der hier verbal zwischen »Klassengesellschaft« und »Nicht-Klassenstaat« hin- und hergehüpft wird. Das erinnert an die altbekannte geniale Formulierung vom Staat, der als ideeller Gesamtkapitalist wirkt, es aber beileibe keineswegs ist.

Ernsthaft: Die Gleichzeitigkeit von politischer Demokratie und wirtschaftlich begründeter Klassenherrschaft stellt sowohl die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse als auch die Ausarbeitung einer Strategie der Gesellschafts-

transformation vor ganz wesentliche Fragen. Aus der Widersprüchlichkeit der realen Verhältnisse erwachsen unterschiedliche Entwicklungstendenzen, aber auch Möglichkeiten des politischen Eingreifens. Immer stellt sich die Frage, ob und vor allem inwiefern und unter welchen Bedingungen politische Demokratie auf Grund ökonomisch begründeter Machtverhältnisse formal bleibt und letztendlich leerläuft oder aber, ob und inwiefern und unter welchen Bedingungen mittels der politischen Demokratie ökonomische Machtpositionen eingeschränkt, ja überwunden werden können.

Von dieser Grundfrage ausgehend, wäre es spannender gewesen, nicht nur das obligatorische Bekenntnis »zur repräsentativen und parlamentarischen Demokratie« (30/15) abzulegen, sondern die Realität des bundesdeutschen Parlamentarismus und die reale politische Gestaltungsfähigkeit von Parlament und Parlamentariern zu untersuchen. — Hinsichtlich der Tätigkeiten von Regierung und öffentlicher Verwaltung hätte ebenfalls weniger Idylle und mehr Realität sicherlich nicht schaden können. Weshalb gerade in diesem Zusammenhang das insoweit gar nicht veraltete Godesberger Programm beiseite geschoben wurde, bedürfte noch einiger Erklärung. Dort hieß es immerhin: »Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht.« Besonders ärgerlich ist, daß sich der Entwurf mit der Regierungsbeteiligung von Sozialdemokraten, ihrem Scheitern und daraus zu ziehenden Konsequenzen überhaupt nicht auseinandersetzt.

Nicht ohne Anflug von Resignation möchte man feststellen: In die allgemeineren Teile des Entwurfs ist zwar die Erkenntnis, daß wir in einer kapitalistischen Klassengesellschaft leben, eingegangen. Das ist aber in analytischer wie in strategischer Hinsicht folgenlos geblieben: Wir finden uns wieder in einer Klassengesellschaft ohne Klassen. Organisiertes gesellschaftliches und politisches Handeln hat nichts mit Klassenverhältnissen und -interessen zu tun. Staatliches Handeln geschieht unabhängig von »Herrschaftsmacht« der herrschenden Klasse und unterliegt allein den normativen Anforderungen der politischen Demokratie. Die Ausarbeitung einer politischen Strategie der Transformation von Gesellschaft und Staat fehlt völlig. Ja, es gibt noch nicht einmal die Beschreibung eines Konzepts zur Durchsetzung von Einzelreformen im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen.

Politik nicht nur für, sondern auch gegen Menschen

Resignierende Feststellungen helfen nicht. Ausgehend von den als positiv eingeschätzten Grundsatzaussagen des Entwurfs müssen die programmatische Debatte und auch etwaige Unklarheiten im Grundsätzlichen angegangen werden. Der Entwurf fordert, »die Herrschaft des Kapitals über den Menschen, der toten über die lebendige Arbeit« zu brechen (10/6). »Demokratischer Sozialismus strebt seit seinen Ursprüngen die Aufhebung der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, der Dinge über die Menschen an.« (17/9) Hier ist der kritikwürdige Springpunkt: Klassenherrschaft, kapitalistische Herrschaft, wird verstanden als Herrschaft der »Dinge über den Menschen«.

Diese Sicht ist unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, in der Güter als Waren produziert werden, durchaus verständlich: »Das Geheimnisvolle der Warenform besteht ... einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt«, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen (Marx, MEW 23, 86). Diese »Fetischisierung« gilt für jede Form von Warenproduktion. Im Kapitalismus nun ist die Arbeitskraft zur Ware geworden. Das Verhältnis Lohnarbeit zu Kapital erscheint dabei im Bewußtsein der Menschen leicht als Verhältnis von Lohnarbeiter und gegenständlichem Kapital. Auf politischer Ebene wiederholt sich derart ideologisch falsches Bewußtsein dann als Verständnis von Herrschaft als Herrschaft von Sachen oder von Sachzwängen über Menschen. Deshalb kann dann umstandslos »der Mensch« zum politischen Subjekt gesellschaftlicher Emanzipation werden.

Tatsächlich aber ist Klassenherrschaft — auch im Kapitalismus — immer die Herrschaft von Menschen über Menschen, von bestimmten Menschengruppen, die wir Klassen nennen, über andere Menschengruppen. Sie besteht darin, daß sich ein Teil der Gesellschaft dem anderen unterordnet und dienstbar macht. Die Überwindung der Klassenherrschaft richtet sich daher immer auch gegen Menschen, gegen die Inhalte und Nutznießer der »Klassenvorrechte«.

Daß sich nicht nur eine Politik der Gesellschaftstransformation, sondern schon eine Politik zugunsten der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen gegen die Nutznießer und Privilegierten richtet, und daß jene deshalb einer solchen Politik Widerstand entgegensetzen, wird leider systematisch ausgeblendet. Erst wenn diese Erkenntnis wirklich theoretisch aufgearbeitet wird und programmatisch die Strategie des Politikmachens unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen wie zur Transformation eben dieser Bedingungen bestimmt, wird sich die Sozialdemokratie in ihrem Programm(-Entwurf) als das erweisen, was sie von anderen immer wieder verlangt, als politikfähig.

Carla Herbst

Ökologisch wirtschaften — Natur und Gesellschaft im Kapitalismus

- »Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.«
- »Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten, unmittelbarsten Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt.« (Marx-Engels-Werke, Band 20, 452f. und 454)

Diese Sätze entstammen der Schrift »Vom Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen«, verfaßt von Friedrich Engels im Juni 1876. Sie bündeln wie in einem Brennglas die bisherigen objektiven Schwierigkeiten beim Fortschreiten des menschlichen Erkenntnisprozesses in der Auseinandersetzung zwischen Natur und Gesellschaft. Die im Umweltbereich entstandenen Probleme vergangener Gesellschaftsepochen bilden den Hintergrund. Friedrich Engels wies aber auf mehr noch hin, was der Irseer Entwurf 110 Jahre später nur verschwommen und nicht zielstrebig leistet — auf die Produktionsverhältnisse, auf die Herrschaftsverhältnisse von Menschen über Menschen, in denen sich die Produktionsweisen konkret entwickeln und bewegen. Und die Produktionsverhältnisse sind dafür bestimmend, wie und in welchem Umfang Umweltprobleme entstehen, der Raubbau an Natur und Rohstoffen in einer Gesellschaft sich konkret vollziehen. In der Irseer Präambel heißt es dagegen nur, daß die Menschen ihre natürlichen Lebensgrundlagen untergraben und daß sich »allzu lange ... Gewinninteressen und Gedankenlosigkeit gegen ökologische Vernunft (durchgesetzt haben)« (8/5). Die Stelle markiert den allzu bescheidenen Hinweis auf einen hierzulande beinahe 150 Jahre währenden rasanten, Natur und Gesellschaft im Kern unversöhnlich gegenüberstehenden kapitalistischen Entwicklungsweg.

Im ersten Kapitel »Woher wir kommen, wohin wir wollen« finden wir ein vermeintlich deutlicheres Aufscheinen herrschender gesellschaftlicher Verhältnisse: Thematisiert wird die »weltumspannende industrielle Zivilisation, die der Kapitalismus hervorbrachte« und die »die natürliche Welt zu zerstören und die menschliche Gattung selbst zu vernichten« (10/6) droht. Richtig ist, daß der Kapitalismus die weltumspannende Zivilisation mächtig befördert hat. Doch wirtschaftet seit der Oktoberrevolution die Hälfte dieser Welt nach anderen Prinzipien, wengleich durch das kapitalistische Erbe, die Produktivkraftstruktur und zwei durch den Imperialismus aufgezwungene Kriege immer noch viele ähnliche und gleiche Probleme im Hinblick auf Rohstoffverschwendung und Umweltprobleme bestehen. Falsch ist, wenn mit diesem Satz gemeint ist, daß Umweltprobleme hüben und drüben umstandslos und gleichermaßen und unabhängig

von der Gesellschaftsordnung bestehen. Es muß auf Klarheit in der Analyse bestanden werden. Umweltprobleme, Naturnutzung und Rohstoffverbrauch hängen nicht vom Wirtschaftswachstum an sich ab, sondern davon, wie die Gesellschaft die Reichtümer schafft, verteilt und nutzt. Dies kann jedenfalls leicht am Beispiel der Bundesrepublik gezeigt werden, und dies ließe sich, wenn auch widersprüchlich, am Beispiel der sozialistischen Staaten belegen.

Noch einmal zurück zur Präambel. Ist »Gedankenlosigkeit ... gegen ökologische Vernunft« eine Erklärung der großen Fragen unserer Zeit? War dies schon immer so oder erst seit der Entwicklung der Dampfmaschine? Ein bißchen Wahrheit ist bei solchen Formulierungen immer dabei, bloß lassen sich damit die aus dem Verhältnis zwischen Natur und Mensch entspringenden Probleme im Kern nicht erfassen. Der Mensch ist mit der Natur durch den Arbeitsprozeß seit seinem Heraustreten aus dem Tierreich verbunden, weil jede menschliche Gesellschaft, sofern sie existieren will, materielle Energie (z.B. zur Herstellung von Bauten, Industrieprodukten oder Nahrungsgütern) der Natur entnehmen, sich aber auch gleichzeitig an die Natur anpassen und sich diese — soweit notwendig — gefügig machen muß (z.B. durch Urbarmachung von Land).

Diesem Prozeß entspringen auch objektiv Probleme im Umgang mit der Natur. Eingebettet in die jeweils herrschenden sozialen und politischen Verhältnisse vollzieht sich der Prozeß der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Natur und denen zwischen Natur und Gesellschaft. Ihm sind viele Schwierigkeiten, Irrtümer und Fehlschläge beim Fortschreiten der Menschheit und ihrem Verhalten gegenüber der Natur geschuldet. Diesem Erkenntnisprozeß entspringen Einsichten, die erst vernunftgeleitetes Handeln ermöglichen. Weil aber vernunftgeleitetes Handeln unlösbar mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verflochten ist, werden damit auch die Grenzen abgesteckt, in welchem Umfang sich Vernunft durchsetzen kann. Das ökologisch Vernünftige ist nicht deshalb blockiert, weil Gedankenlosigkeit in unserer Republik an einem der ersten Plätze steht. Überhaupt: Gedankenlosigkeit als zentraler Verursacher der fortschreitenden Umweltgefährdung von den Anfängen der Industrialisierung bis heute? — Im Gegenteil: Zahllose Gedanken wurden spätestens seit der preußischen Gewerbeordnung staatlicherseits gemacht, um dem Kapitalismus ganz konkret das Leben zu erleichtern und die Umweltverschmutzung zu befördern.

Das Unbehagen über die beginnende Zerstörung und Vergiftung der natürlichen Lebensgrundlagen ergriff sowohl die frühe Arbeiterbewegung als auch das aufstrebende Bürgertum. Dem ist das Entstehen der Naturfreunde und der bürgerlichen Wandervogelbewegung genauso geschuldet wie einer der ersten Umweltromane (»Pfisters Mühle« von Wilhelm Raabe). Zahllose Initiativen mühten sich seit Beginn an, die Probleme zu benennen, Linderung für Mensch und Natur zu schaffen, für Abhilfe zu sorgen. Der breite Strom der Menschen zog freilich weiter, am wenigsten aber aus Gedankenlosigkeit, sondern ohne Bildung und Erkenntnis gelassen, zerfurcht von materiellen Nöten und Ängsten um die Arbeitsplätze, geprägt von den ideellen und sozialen Leitbildern, die die Bourgeoisie setzte. Die Bewegung im Umweltbereich verstummte weitgehend und flammte erst wieder energisch zu Beginn der siebziger Jahre auf.

Erstmals stellt sich die Partei in einem Programmentwurf den großen ökologischen Herausforderungen unserer Zeit und nimmt die wichtigen Impulse der Umweltbewegung auf. Das Kapitel »ökologisch und sozial verantwortlich Wirtschaften« setzt große Zeichen, am Anfang jedoch die falschen. So zerstören wieder einmal wir zunehmend die natürlichen Lebensgrundlagen aller, die Krise der Umwelt ist weltweit, und für Kurskorrekturen steht an erster Stelle die Änderung des Verhaltens eines jeden einzelnen (vgl. 43/19). Deutlicher ist da schon der Satz in diesem Abschnitt, daß Ausbeutung der Natur und Ausbeutung des Menschen miteinander zu tun haben. Spätestens hier hätte man konkret werden müssen, daß nämlich im wahrsten Sinne des Wortes ganze Kontinente wie Afrika und Lateinamerika durch Kapitalismus und europäischen Kolonialismus von der Vergangenheit bis zum heutigen Tage zerfurcht, ausgeplündert und ihrer natürlichen Umwelten beraubt worden sind und werden.

Die gnadenlose Ausplünderung der Naturreichtümer, die Auslöschung ganzer Völkerschaften und die Verwüstung ganzer Kontinente hat hier überhaupt erst die Grundlagen für die rasche Durchsetzung des Kapitalismus und den Reichtum des europäischen Kontinents geschaffen. Wenn sich auch die Methoden geändert haben, so sind doch die Strukturen der Ausbeutung bis zum heutigen Tage erhalten geblieben. Die Sklaverei vergangener Zeiten ist durch die modernen Sklavenhaltermethoden des Internationalen Währungsfonds abgelöst worden.

Zur Bewältigung der Herausforderungen im Umweltbereich werden — für sich genommen — wichtige Forderungen im Programmentwurf aufgestellt.

- Die ökologische Umorientierung und Erneuerung muß alle wirtschaftlichen Abläufe bestimmen und durchdringen.
- Ökologische Rationalisierung heißt, rohstoff- und energiesparende, abwärme- und abfallnutzende Verfahren aufzuspüren und durchzusetzen, umweltschädigende Stoffe durch umweltfreundliche zu ersetzen.
- Rationelle und intelligente Nutzung von Energie. Regenerierbare Energieträger, Abwärmennutzung und der Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen sind zu fördern. Abkehr von der Kernenergie.
- Umweltfreundliches Bauen, Vermeidung extensiven Flächenverbrauchs.
- Ökologische Rationalisierung und Modernisierung der Verkehrsträger, Förderung des Ausbaus des öffentlichen Personenverkehrs.
- Technikgestaltung im Hinblick auf pfleglichen Umgang mit Natur und Rohstoffen. Zum Erreichen dieser Ziele werden auch politische Handlungselemente vorgestellt. So heißt es, daß am besten und billigsten eine Politik sei, welche die Rahmenbedingungen des Produzierens und Konsumierens so verändert, daß Umweltschäden nicht erst auftreten. Und: Strukturreformen zum ökologischen Umbau unserer Wirtschaft stoßen auf den Widerstand einzelwirtschaftlicher Interessen. Ihre Überwindung wird nur gelingen, wenn wir erreichen, daß die Wirtschaft demokratisiert wird.

Genau um die Ausfüllung des Begriffs »Demokratisierung der Wirtschaft« geht es aber. Die angebotenen Lösungsansätze im Programmentwurf reichen dazu nicht hin, verbleiben sie doch weiterhin im Rahmen kapitalistischer Wirtschaftsprinzipien. Die angebotenen Wege aus der Krise gleichen dem ewigen Tanz um das goldene Kalb, das

geschlachtet werden muß, wenn der — wenn auch beschwerliche — Aufbruch zu neuen Ufern glücken soll. Die Bewältigung der Umweltprobleme, die umweltfreundliche, menschengerechte und rohstoffsparende Gestaltung von Technik, ein neuer Typ von Wissenschaft und eine neue Verantwortlichkeit der Wissenschaftler gegenüber den Herausforderungen unserer Zeit werden nicht *umfassend* gelingen, solange nicht die Ursachen für die hausgemachten Probleme in unserem eigenen Land klar benannt werden und — darauf aufbauend — eine Strategie des Bruchs mit der Profitlogik eingeschlagen wird. Ansonsten wird die umfassende Bewältigung der anstehenden Probleme in Technik und Umwelt, die Verschwendung von Rohstoffen und der enorme Verbrauch von Bodenflächen dem »Auf« und »Ab« kapitalistischer Konjunkturzyklen überantwortet bleiben, dem anarchischen Prozeß der Durchsetzung von Neuerungen ausgesetzt sein, und zahlreiche systemimmanente Blockaden werden zusätzlich verlängert auf die Probleme wirken.

Umwelt- und Arbeiterbewegung werden durch ihre Anstrengungen und mit dem Druck ihrer Bewegungen bei Beibehaltung »unserer« Wirtschaftsordnung nur modifizierend in diese Prozesse eingreifen können. Sie lassen sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht umfassend bändigen und beherrschen. Es reicht aber auch nicht die bloße Erkenntnis, daß dies kapitalistisch nicht zu machen ist. »Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung.« (MEW, Band 20, 454)

Arno Brandt

Zukunft von Arbeit und Technik

Kapitalistische Modernisierung oder arbeitsorientierte Gestaltung?

Der Irseer Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD enthält keine konsistente Technologie- und Modernisierungskonzeption. Die verschiedenen Passagen unter den Überschriften »Gestaltung von Technik als politische Aufgabe« (46 bis 48/2lf.) sind weitgehend widersprüchlich: Unterschiedliche konzeptionelle Ansätze stehen unverbunden nebeneinander. Im Kern völlig richtige Orientierungen (z.B. Sechsstunden- Normalarbeitstag, Ausstieg aus der Atom- und Plutoniumwirtschaft oder die Benennung gesellschaftlicher Bedarfsfelder) wechseln sich ab mit sozialpartnerschaftlichen Grundorientierungen, die die Durchsetzung der Einzelforderungen illusionär erscheinen lassen.

Den Irseer Entwurf insgesamt genommen, lassen sich drei unterschiedliche, ja teilweise gegensätzliche »Modernisierungskonzeptionen« erkennen:

1. Die Konzeption einer kapitalorientierten Modernisierung, die einer weitgehenden Anpassung an Weltmarktbedingungen das Wort redet und die Profitlogik im Kern nicht anzugehen vermag (vgl. Abschnitt VII).
2. Die Konzeption einer allgemeinen ökologischen Erneuerung, die die Durchsetzung eines selektiven Wachstumspfads projiziert, aber mangels Auseinandersetzung mit den Grundbedingungen kapitalistischer Wirtschaft kaum Ansatzpunkte zu seiner Verwirklichung liefert
3. Die Konzeption einer arbeitsorientierten Innovation, die bei aller Begrenztheit im Kapitel IX »Zukunft der Arbeit« im Ansatz richtige Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit und zur Etablierung öffentlicher Dienstleistungsstrukturen vorschlägt und dabei im wesentlichen gewerkschaftliche Forderungen aufgreift. Aber auch hier mangelt es letztlich an einer überzeugenden Ausformung der prinzipiell richtigen Grundorientierung.

So finden wir unter der Überschrift »Zukunft der Arbeit« zunächst einen durchaus richtigen Ansatz für die Gestaltung einer arbeitnehmerorientierten Innovation: »Die modernen Informations-, Steuerungs- und Herstellungstechniken eröffnen diesem Bestreben nach humaner Arbeitsgestaltung große Möglichkeiten. Sie zu nutzen ist das Ziel einer sozialdemokratischen Arbeitspolitik.« (50/23) Kritisch zu vermerken ist allerdings, daß auf eine Einordnung der Gestaltung von Arbeit und Technik in den Klassenkonflikt insgesamt verzichtet wird. Nur wenn klar herausgearbeitet würde, daß die im Kern progressive Grundtendenz zu neuen Produktionskonzepten durch kapitalistische Deformationsprozesse gefesselt wird, kann ein Zugang zur Befreiung von ihrer »privatistischen Verengung« (Kern/Schumann) eröffnet werden. Bezeichnenderweise bleibt die Perspektive einer »humanen Gestaltung der Arbeitswelt« auf die Forderung nach einer Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung beschränkt, ohne daß konkret angegeben würde, welche Arbeitnehmerrechte denn im Rahmen einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ausgeweitet werden sollen (51/23). Demgegenüber fällt der Abschnitt zur »Arbeitszeit« überraschend positiv aus. Mit der Zielangabe eines Sechs-Stunden-Normalarbeitstages bis zum Jahre 2000 läßt der Entwurf nichts an Klarheit zu wünschen übrig. Die Hinzufügung »bei vollem Lohnausgleich« wäre allerdings noch bis zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms durchzusetzen. Sonst bestünde die Gefahr, daß Tendenzen Vorschub geleistet würde, die angeblich knappe Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen, wobei von ihnen insgesamt Opfer in dem Sinne zu erbringen seien, daß ihr Lebensstandard entsprechend der Verringerung der Arbeitszeit eingeschränkt würde. Dies kann schon wegen der notwendigen Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht sinnvoll sein.

Unter dem Blickwinkel einer demokratischen Innovationsperspektive fallen ebenso die im Abschnitt »Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit« formulierten gesellschaftlichen Bedarfsfelder (52 bis 54/24f.). Woran es allerdings fehlt, ist eine Zusammenfassung zu einem »Zukunftsinvestitionsprogramm« mittlerer Reichweite. Dieses hätte zur Operationalisierbarkeit des im Kern richtigen Ansatzes einer »qualitativen Vollbeschäft-

tigungspolitik« beigetragen und die notwendigen Schritte zur Um- und Durchsetzung der richtigen Zielangabe verdeutlicht.

Soweit sich der Programmwurf mit Technik bzw. Technologie beschäftigt, zeichnet er sich durch ein völlig diffuses Technikverständnis aus. Weil die Fragen von Technik und Technologie nicht aus dem wechselseitigen Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnis begriffen werden, setzt sich letztlich eine »technizistische« Betrachtungsweise durch. Die im Prinzip richtige Feststellung, daß Technik »interessengeleitet« ist (46/21), bleibt verkürzt, weil nicht einmal thematisiert wird, welches denn die spezifischen kapitalistischen Formen sind, in denen Technik angeeignet und ihre Entwicklung geprägt wird.

In diesem Zusammenhang ist es dann auch nur konsequent, wenn bei der Auseinandersetzung mit destruktiven und progressiven Seiten der Technikentwicklung »die Technik« als Subjekt aufgefaßt wird, von der bestimmte Gefahren ausgehen (47/21f.). Folgerichtig erschöpft sich der Abschnitt »Die Gestaltung der Technik als politische Aufgabe« im weiteren auf Ausführungen zum Problem der »Technikwahl« und damit der Auswahl zwischen den unter den bestehenden wirtschaftlichen Bedingungen entwickelten Techniken. Eine reale Gestaltungsperspektive wird allenfalls in der Forderung nach einer Ausweitung der Mitbestimmung bei der Gestaltung der »Auswirkungen technischer Innovation« (48/22) formuliert. Vollständig ausgeblendet wird die Frage des Einflusses schon auf die Entwicklung neuer Techniken.

Völlig unakzeptabel ist, daß die Herausforderung der technologischen Innovation im Rahmen eines sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs (»gefordert sind dabei alle«) beantwortet werden soll. Die Möglichkeit einer sozialen Steuerung der Technikentwicklung gegen Kapitalinteressen ist damit nicht Gegenstand des Irseer Entwurfs. Dazu paßt dann auch ein Wissenschaftsverständnis, das sich vordringlich an einem bürgerlichen Freiheitsideal orientiert und folgerichtig die Perspektive einer arbeitnehmerorientierten bzw. demokratischen Wissenschaft verbaut (48f./22f., vgl. auch 69/31). Insgesamt bleibt zu kritisieren, daß der Irseer Entwurf bei der Auseinandersetzung mit Problemen der Entwicklung von Arbeit und Technik die prägenden Momente der kapitalistischen Wirtschaftsweise ausblendet, das gesellschaftliche Interesse an bestimmten Ausprägungen der Technikentwicklung nicht zur Kenntnis nimmt und von daher keine reale Reformperspektive zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu geben vermag.

Arno Brandt

Demokratische Wirtschaft — Zielvorstellung ohne Strategie

Der im Irseer Entwurf enthaltene wirtschaftspolitische Zielkatalog dürfte in seiner Allgemeinheit innerhalb der Linken weitgehend unstrittig sein. Wer wäre nicht für eine ausreichende Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen, für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für die Nutzung von Wissenschaft und Technik zugunsten einer Ausweitung der menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten, für die Gewährleistung des Menschenrechts auf Arbeit, für Demokratie, Mitbestimmung oder gar Selbstbestimmung und für die Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen? Der Dissens stellt sich erst her, wenn hinterfragt wird, welche strategischen Ansätze und wirtschaftspolitischen Instrumentarien bei der Verfolgung dieser Ziele zu wählen sind. Die entscheidende Voraussetzung für eine Bestimmung der einzelnen Etappenschritte und des jeweiligen wirtschaftspolitischen Mitteleinsatzes ist aber eine präzise Analyse der polit-ökonomischen Rahmenbedingungen, die im Entwurf fast vollständig ausgeblendet wird.

Die Ahnungslosigkeit gegenüber dem kapitalistischen Ökonomiesystem offenbart sich bereits im ersten Satz des wirtschaftspolitischen Kapitels des Irseer Entwurfs:

»Dem Vorrang des Menschen vor den Dingen entspricht der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital.« (38/17)

Als ob das mit der Existenz des Kapitals gesetzte Herrschaftsverhältnis ohne seine Aufhebung beliebig umkehr- oder gar auflösbar wäre! Wo keine Vorstellungen über das prinzipielle kapitalistische Ausbeutungsverhältnis existieren, die den Kapitalismus beherrschende Profitlogik aus dem Blickfeld gerät, der dem Kapitalismus innewohnende Krisenmechanismus nur als Randnotiz Erwähnung findet und die ökonomischen Machtkonstellationen nicht zur Kenntnis genommen werden, wird eine schlüssige Antwort auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen ausbleiben müssen. Die faktische Begrenzung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik wird im Programmentwurf auch eingestanden: »Eine vorausschauende, sorgsam und realistisch planende Politik« soll zwar »Anpassungskrisen mildern und Arbeitnehmer durch Beteiligung an den notwendigen Entscheidungen vor den Krisenfolgen schützen« (55/25). Die Krisenursachen bleiben außerhalb des politischen Blickfelds. Mit anderen Worten: Strukturelle Eingriffe finden ihre Grenze an den zugrundeliegenden Mechanismen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses.

Die zentrale Aufgabe, der sich ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm vor dem Hintergrund eines alle ökonomischen und gesellschaftlichen Abläufe erfassenden kapitalistischen Strukturbruchs zu stellen hat, ist die Formulierung einer Innovations- und Regulierungsperspektive, mit der sich die Arbeiterbewegung in die nächste kapitalistische Entwicklungsetappe einzuschreiben vermag und eine Annäherung an den Sozialismus realisieren kann. Dabei ist von einer erhöhten Gesellschaftlichkeit, Kom-

plexität, aber auch Krisenhaftigkeit des Produktivkraftsystems auszugehen, der jede wirtschaftspolitische Konzeption Rechnung tragen muß. Im Kern geht es darum, den gewachsenen öffentlichen Regulierungsbedarf mit einem den sozialen, arbeitspolitischen Herausforderungen gerecht werdenden Zukunftsinvestitionsprogramm zu verknüpfen.

Unter regulierungspolitischen Gesichtspunkten ist dafür eine Erweiterung der öffentlichen Planungs- und Eingriffsmedien unabdingbare Voraussetzung. Lobgesänge auf den Markt als zentrales Steuerungsprinzip und Antriebskraft der Wirtschaft (55/25) gehen an den tatsächlichen Regulierungsnotwendigkeiten vorbei. Die Programmkommission verwickelt sich in unauflösbare Widersprüche, wenn einerseits unverbrüchlich am Godesberger Dogma, »soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig« festgehalten (56/26) und andererseits angesichts aufgestauter Erfahrungen mit dem real existierenden Kapitalismus der Bundesrepublik konstatiert wird: »Die Gefährdung ganzer Branchen, die regionale Ungleichgewichte und Verarmungsprozesse auslöst, erfordert vielfach direkte staatliche Eingriffe ... Wer die strukturschwachen Regionen in der Bundesrepublik und innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf den Markt verweist, nimmt ihre Verarmung in Kauf.« (56f./26)

Es sind in der Tat die nach einem »kurzem Traum immerwährender Prosperität« offenkundig werdenden Krisen- und Verelendungsprozesse, die das marktwirtschaftliche Bekenntnis des Godesberger Programms für ein neues Grundsatzprogramm nicht mehr rückholbar machen.

Der Marktmechanismus erweist sich dort als sinnvoll, wo es um die von einer demokratischen Rahmenplanung kontrollierte Detailabstimmung der gesellschaftlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion mit den Präferenzen einzelner Konsumenten geht. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive kann demgegenüber von einer Förderung der Effizienz und eines sozialverträglichen Strukturwandels keine Rede sein. Angesichts der ökonomischen Verwerfungen, sozialen Desintegrationsprozesse und ökologischer Katastrophenpotentiale bedarf es eines koordinierten Systems von Wirtschafts- und Sozialräten, demokratisch kontrollierter Investitionsfonds und direkter betrieblicher Kontrolle einerseits und staatlicher Rahmenplanung, öffentlich gelenkter Nachfrageströme und selektive Anreiz- bzw. Interventionssysteme andererseits.

Die entsprechenden wirtschaftspolitischen Passagen im Irseer Entwurf fallen demgegenüber außerordentlich dürftig bzw. vage aus. Danach soll das gewerkschaftliche Konzept der Wirtschafts- und Sozialräte lediglich in die Überlegungen zur Herausbildung überbetrieblicher Mitbestimmungsformen »einbezogen« werden (vgl. 59/27). Und nur als eine unbestimmte Möglichkeit zur Realisierung einer »demokratischen Wirtschaftsordnung« werden »überbetriebliche Fonds« angeführt.

In die richtige Richtung weisen demgegenüber die im Entwurf enthaltenen Leitvorstellungen zu einer am gesellschaftlichen Bedarf orientierten Innovationsperspektive (52ff./24f.). Eine gesellschaftliche Umsteuerung zugunsten einer Erhöhung des kollektiven Konsumanteils bedingt aber notwendigerweise eine Steigerung der Staatsquote. Der öffentlichen Lenkung der Nachfrageströme durch staatliche Ausgaben-

politik kommt gerade unter der im Entwurf postulierten »Politik ausgewählten Wachstums« eine besondere Bedeutung zu. Nur durch ihre Ausweitung ist die Sanierung der Umwelt und die Durchsetzung einer ökologisch verträglichen Produktion realistisch ins Auge zu fassen. Der Irseer Entwurf bleibt in diesem Zusammenhang eine eindeutige Antwort schuldig:

»Für uns ist die Staatsquote kein Dogma. Weder ihre Erhöhung noch ihre Senkung ist von vornherein im Interesse der Bürger. (...) Da die staatlichen Aufgaben eher zu- als abnehmen dürften, werden sich auch die Ausgaben des Staates eher erhöhen. Wer das vermeiden und den Anstieg der Staatsquote bremsen will, muß sich an die Regeln strengster Wirtschaftlichkeit und größtmöglicher Sparsamkeit halten: er muß Ausgaben kürzen oder streichen, denen ein gültiger sozialer Anspruch nicht mehr zugrundeliegt ...« (59f./27)

Es wäre sicherlich spannend gewesen, zu erfahren, welchen Ausgaben nicht mehr ein »gültiger sozialer Anspruch« zugrundeliegt. Von nicht minderer Interesse ist, daß im Entwurf von einer Kürzung der Rüstungsausgaben oder von einer Eindämmung der Subventionspolitik zugunsten der Großkonzerne keine Rede ist.

Wer immer die Mär von der »einkommensneutralen Finanzierung der Strukturreform« des Steuerrechts in die Welt gesetzt haben mag, die Programmkommission hat sie in ihren Entwurf aufgenommen. Statt die verteilungspolitisch dringend gebotene Strukturreform dazu zu nutzen, die Gewährleistung eines öffentlichen Korridors sicherzustellen, um die Finanzkraft für zukunftsorientierte öffentliche Aufgaben zu stärken, wird dem Einfrieren der Steuerquote das Wort geredet. Verteilungspolitisch bleibt der Entwurf zudem in seinen steuerpolitischen Aussagen erschreckend passiv. Von originär sozialdemokratischen Forderungen zur Anhebung des Spitzensteuersatzes, zur Ausweitung der oberen Progressionszone oder zur Anhebung des Satzes der nichtausgeschütteten Gewinne der Kapitalgesellschaften läßt sich im Programmentwurf nichts wiederfinden. Die zusätzliche Besteuerung leistungsloser Einkünfte bzw. nicht-reinvestierter Gewinne reicht nicht aus. Es ist offenkundig nicht beabsichtigt, einen grundlegenden Wechsel gegenüber der gigantischen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre herbeizuführen. Statt dessen wird an einer Politik der Gewährleistung von Mindestrenditebedingungen des Kapitals nicht gerüttelt.

Ohne eine Zurückdrängung ökonomischer Macht ist jede demokratische Regulierungsperspektive zum Scheitern verurteilt. Es ist überhaupt ein Mangel der wirtschaftspolitischen Programmabschnitte, daß die Frage der Durchsetzungsbedingungen in Hinblick auf den zu erwartenden Widerstand der Kapitaleseite kaum thematisiert wird. Dabei geht es um mehr als um den »Widerstand einzelwirtschaftlicher Interessen« bei der Durchsetzung von Strukturreformen (45/20). Gerade weil jeder Emanzipationsfortschritt der Arbeiterbewegung im Ringen mit der ökonomischen und damit zugleich auch politischen Macht durchgesetzt werden muß, ist die Ausweitung des öffentlichen Sektors Kernstück einer demokratischen Wirtschaftsordnung. Im Godesberger Programm war immerhin noch festgehalten:

»Das zentrale Problem heißt heute: wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.«

Hinter dieser, gemessen an vorangegangenen Programmen der Sozialdemokratie relativ zurückhaltenden Vergesellschaftungsoption, fallen die Formulierungen der Programmkommission weit zurück:

»Wo Machtkontrolle anders nicht erreichbar ist und wichtige gesellschaftliche Interessen sich nur so durchsetzen lassen, können in besonderen Fällen — in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz — verschiedene Formen der Vergesellschaftung auch die Überführung von Gemeineigentum, nötig werden.« (58/26)

Mit anderen Worten: Eine institutionelle Neuordnung der ökonomischen Entscheidungsverhältnisse, die den Interessen der Arbeitnehmer und der Gesellschaft in der Unternehmensplanung Vorrang einräumt, ist in der politischen Gestaltungsperspektive des Irseer Entwurfs nicht vorgesehen. Eine Annäherung an den Sozialismus findet nicht statt.

Rainer Christ

Sozialpolitik: Umbau statt Abbau

Der sozialpolitische Teil des Irseer Entwurfs entwickelt eine Reihe von Grundprinzipien und Gestaltungsvorschlägen für eine erneuerte und reformorientierte Sozialpolitik, die auf der politischen Linken und in den Gewerkschaften zum Allgemeingut fortschrittlicher Sozialpolitik gehören:

- Die Absage an Privatisierungsstrategien, wie sie zum Kernbestand neokonservativer Sozialpolitik gehört, sowie das Ziel der Zurückdrängung von Gewinninteressen, die in die Leistungssysteme verwoben sind, namentlich im Gesundheitswesen.
- Die Forderung nach dem Abbau bürokratischer Verkrustungen und veralteter Methoden; hier räumen die Autoren dem Aufgreifen von Ideen und Erfahrungen der neuen Selbsthilfebewegung als einer Art von Experimentierfeld einen wichtigen Stellenwert ein. Die Erfahrungen dieser Bewegung sollen für den Sozialstaat nutzbar gemacht werden, indem neue Formen der Selbsthilfe, wo sie sich bewährt haben, in die Systeme der sozialen Sicherung eingebaut werden, ohne dadurch jedoch den Ausbau und die Sicherheit des Sozialstaates in Frage zu stellen.
- Die Demokratisierung der Sozialpolitik in der Weise, daß den Adressaten von Leistungen mehr Einfluß auf deren Ausgestaltung eingeräumt werden soll.
- Die Harmonisierung der unterschiedlichen Leistungssysteme, die sich aus berufsständischen Sonderregelungen ausdifferenziert haben und z.T. bei gleichen Tatbeständen zu sehr unterschiedlichen Leistungen für die einzelnen führen. Diese Unterschiede sollen aufgehoben werden, namentlich bei der Altersversicherung.

- Die Forderung nach einer Grundsicherung im Alter, bei Arbeitslosigkeit oder Invalidität, die im Unterschied zu Modellen der Grünen und aus der FDP einkommensabhängig gedacht wird; sie soll den Lebensunterhalt decken und damit die Sozialhilfe aus diesem Bereich wieder herausdrängen.
- Ein differenziertes Nachdenken über veränderte Finanzierungsmodelle der Versicherungssysteme, in denen die Arbeitgeberbeiträge auf eine erweiterte Grundlage gestellt werden, die das jeweilige Leistungsvermögen berücksichtigt.

Der Bogen über diese Prinzipien wird durch den Begriff der vorbeugenden Sozialpolitik gespannt. Hier stellen die Autoren auch die Verbindung zu den anderen Politikbereichen her, allerdings in sehr allgemeiner Form. Sozialpolitik soll zu einer Dimension der Gesamtpolitik werden, bei der die sozialen Folgen aller politischen Entscheidungen gründlicher und früher als bisher zu bedenken und zu berücksichtigen sein werden. Konkret benannt werden hier die Angleichung der Lebens- und Bildungschancen, die Erforschung und Veränderung gesundheitsgefährdender Lebens- und Arbeitsbedingungen, eine aktive Beschäftigungspolitik sowie eine gerechte Verteilung der Primäreinkommen.

Lediglich hier schimmert der eigentliche Bezugspunkt von Sozialpolitik in einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaftsordnung durch: die konkrete Ausgestaltung der Erwerbsarbeit bzw. Nichterwerbsarbeit, der Arbeitslosigkeit. Dies weist auf eine große Schwäche des Entwurfs hin. Er enthält sich jeder historischen Analyse der Sozialpolitik und ihrer gesellschaftlichen Funktionen und auch der in den letzten fünfzehn Jahren verschärft aufgetretenen Probleme in den Systemen der sozialen Sicherung. Andernfalls hätten die Autoren anerkennen müssen, daß Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit die Hauptursache für Neue Armut, für scheinbar unlösbare Finanzierungsprobleme bei der Renten- und Krankenversicherung, für die Ausgrenzung und Marginalisierung von arbeitslosen Jugendlichen, von Langzeitarbeitslosen, von Kleinstrentenempfängern ist.

Genausowenig ist berücksichtigt, daß gerade die neokonservativen Versuche, das Normalarbeitsverhältnis aufzulösen — zugunsten einer größeren »Flexibilisierung« — weitere Gruppen von Beschäftigten benachteiligen, die zwar noch Arbeit haben, deren tariflicher und arbeitsrechtlicher Schutz aber immer weiter durchlöchert wird bis hin zu den skandalösen Beispielen von Sklavenarbeit auf dem Leiharbeitsmarkt. Eben darin besteht die zweite große Schwäche des Entwurfs. Der neokonservative Angriff auf die von der Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften auf dem Gebiet der Sozialpolitik findet keinerlei Erwähnung. Einzig das Wort Abbau taucht so auf: »Wer Abbau verhindern will, muß Umbau betreiben.« (63/28) Der konservative Abbau in der Form des Umbaus bleibt im Dunkeln, so

- die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses durch die Ausweitung von Zeitverträgen, Leiharbeit, Heimarbeit und ähnlichen ungeschützten Arbeitsverhältnissen;
- die Privatisierung von sozialen Risiken in Verbindung mit der Kommerzialisierung der Sozial- und Rentenversicherung;
- die Absenkung des Niveaus der Geldtransferleistungen insbesondere bei der Arbeitslosenversicherung;

— die Disziplinierung der Leistungsempfänger durch Sperrfristen beim Arbeitslosengeld, Arbeitspflicht bei der Sozialhilfe, entwürdigende Bedürftigkeitsüberprüfungen etc.

Wir finden im Entwurf keinen Hinweis darauf, wie erfolgreich der Neokonservatismus durch seine Anti-Sozialstaats-Ideologie die vorhandenen Probleme aufgreifen, verdrehen und gegen die traditionelle sozialdemokratische Sozialpolitik wenden konnte. Vom »Abbau sozialen Wildwuchses« bis hin zu »mehr Selbstbestimmung gegenüber anonymen Bürokratien« hat diese Ideologie die sozialdemokratische Sozialstaatsideologie, soweit sich Sozialdemokraten auf diesem Politikfeld überhaupt noch ideologisch fundieren wollten und konnten, in die Defensive gedrängt. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß die sozialliberale Koalition gegen Ende der siebziger Jahre selbst aktiv am Sozialabbau mitgewirkt hat und oft genug Teile neokonservativer Begründungsmuster von Sozialabbaumaßnahmen übernahm. In der SPD wurde dieser Tatbestand, der nicht unerheblich zum Verlust der Regierungsmacht 1982 beigetragen hatte, kaum aufgearbeitet. Ganz im Gegenteil: Dort wo Sozialdemokraten in Ländern und Kommunen regieren, wird nur zu oft nach genau dem gleichen Schema »Haushaltssanierung« auf Kosten der Sozialpolitik betrieben.

An die Stelle einer historisch und aktuell-gesellschaftlichen Analyse setzen die Autoren des Entwurfs ihre Idee vom Wohlfahrtsstaat als Ausgangspunkt sozialdemokratischer Sozialpolitik. Diese Idee hat als Grundlage ein stark idealistisch geprägtes Staatsverständnis. Dabei vermischen sich Anspruch an den Staat, Verfassungsauftrag und Realität zu einer merkwürdigen Überhöhung des bundesrepublikanischen Sozialstaates. Ausgehend von der richtigen Feststellung, daß die Sozialdemokratie ihre Identität aus dem Kampf gegen Not, Ausbeutung und Ungerechtigkeit bezieht, betrachten die Autoren den Sozialstaat und seine »tragenden Pfeiler, staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, einklagbarer Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer« (62/28) als erreichte Realität, dessen Durchsetzung bereits »Teil unserer Geschichte« sei. Aus dem im Grundgesetz festgelegten Verfassungsauftrag zum Sozialstaat schließen sie gar auf eine »neue ethische Dimension der Politik«, welche »die Kultur menschlichen Zusammenlebens prägt«.

Völlig unberücksichtigt bleibt hier, daß gerade der Staat der BRD, nach Meinung der Autoren der »wesentliche Träger sozialer Verantwortung und Garant sozialer Gerechtigkeit«, seit Jahren von sich aus forciert den Abbau von Sozialleistungen vorantreibt, besonders seit die verschärft krisenhafte Entwicklung der Ökonomie die finanziellen Spielräume staatlichen Handelns einschränkt und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wieder stärker zur Kapitaleseite hin verschoben hat. Diese Erfahrungen sollten zu einem kritischeren Staatsverständnis führen, gerade aus der Sicht von Sozialpolitik. Hieran zeigt sich, daß unter kapitalistischen Produktionsbedingungen sozialpolitische Maßnahmen immer in starker Abhängigkeit von einer prosperierenden Wirtschaftsentwicklung stehen. Einmal von der Arbeiterbewegung erkämpfte Sicherungssysteme sind dadurch immer in Gefahr, zurückgenommen zu werden, um die Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung zu verbessern (Steuersenkungen, Subventionen, Senkung der Lohnnebenkosten u.ä.).

Die Autoren blenden dies aus und fordern lediglich, daß sich die Gesamtpolitik, namentlich die Wirtschafts- und Finanzpolitik, am Sozialstaatsgebot orientieren soll. Vagheit an dieser Stelle ermöglicht die Vermeidung der Frage, ob die Profitlogik unseres Gesellschaftssystems als Rahmen zu akzeptieren und damit der Sozialpolitik die Aufgabe zuzuweisen ist, vorwiegend die negativen Auswirkungen wie Arbeitslosigkeit, gesundheitsgefährdende Arbeits- und Lebensbedingungen etc. auszugleichen bzw. zu mildern, oder ob die Sozialdemokratie die Absicherung einer menschenwürdigen Existenz für jeden durch die Garantie und Realisierung von abgesicherten Erwerbsmöglichkeiten und die kollektive Absicherung sozialer und individueller Lebensrisiken zum Ausgangspunkt ihrer Sozialpolitik wählt.

Letzteres erfordert die enge Verbindung von Sozialpolitik und alternativer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die die kapitalistische Logik unserer Ökonomie zur Disposition stellt und auf ein demokratisch verfaßtes Wirtschaftssystem hinarbeitet. Vor einem solchen, von Interessenauseinandersetzungen geprägten Staats- und Gesellschaftsverständnis könnte dann der gerade in der sozialpolitischen Diskussion stark verbogene Begriff der Solidarität seinen ursprünglichen Inhalt wiedergewinnen: als tragendes Element des kollektiven Kampfes der Arbeiterbewegung für gesellschaftliche Veränderungen.

Berichte

Jossi Hybner und Karl Heinz Kauß

Wie nagelt man einen Pudding an die Wand?

Wissenschaftlich-Politisches Kolloquium zum Irseer
Programmentwurf in Freudenberg vom 4.3. bis 8.3.1987

»Wir Sozialisten streben eine klassenlose Gesellschaft an, in der die Herrschaftsverhältnisse und Privilegien überwunden sind und die auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbauen.« (Programm der SPÖ, 1978)

Leider war gerade die Aussprache dessen, »was ist«, in Freudenberg kaum möglich. Zur großen Überraschung der Veranstalter war das Interesse am Programm-Forum wesentlich größer als erwartet. Trotz zahlreicher Absagen war das Angebot an Referenten immer noch (zu) groß und die Referate umfangreich. Dies führte zu dem bedauerlichen Ergebnis, daß für intensive Diskussionen unter der Beteiligung des Plenums kaum Zeit vorhanden war. Ein »erlauchter Kreis« diskutierte auf dem Podium, der Rest lauschte den Worten. So blieben viele Fragen und auch einiges an Kritik verborgen; vieles wurde erst in privaten Diskussions- und Gesprächsrunden andiskutiert.

Die Veranstaltung bestach dadurch, in einem »Affentempo« durch den Irseer Entwurf zu rasen. Einige Themen wurden in aller Breite ausgewalzt, andere Themen wie das eminent wichtige Thema »Frau« hatte man(n) vergessen. trotz aller guten Vorsätze im Irseer Entwurf, wurde das Podium, wie auch die gesamte Veranstaltung von Männern be»herr«scht, wie man es vom patriarchalisch gelenkten Tanker gewöhnt ist. Der breite Rahmen der Veranstaltung zwingt, nur einige wichtige Punkte hier herauszuheben.

Positiv ist anzumerken, daß auch tatsächliche Kritiker des Programmentwurfes zu Wort kamen, so daß mit Kritik im Laufe der Veranstaltung nicht gespart wurde. So auch von Ulrich Beck und Ossip Flechtheim. Die Kritik bezog sich vor allem auf das Fehlen einer Gesellschaftsanalyse, die mangelnde Selbstkritik der SPD, besonders im Kapitel I »Woher wir kommen — wohin wir wollen«, im Umgang mit ihrer Parteigeschichte. Es wurde bemängelt, daß Themen wie »direkte Demokratie«, Volksbegehren, Selbstverwaltung bis hin zu »Räten« unzureichend behandelt worden seien. Auch Kriegsgefahr und Militarisierung seien nur dürftig, Themen wie »soziale Verteidigung« überhaupt nicht im Programmentwurf vorhanden. Positiv — zumindest für Ossip Flechtheim — waren allerdings die Teile Ökologie und Dritte Welt, ebenso, daß Karl Marx wieder Platz im Programm gefunden habe. — Heinz Rapp sah diese Kritik als unzutreffend an. Die Formulierung einer Gesellschaftsanalyse wäre von der Programmkommission abgelehnt worden. Statt dessen gebe es »Problemanalysen« im Entwurf, diese hätten auch den Vorteil der Wissenschaftlichkeit.

Die von vielen Teilnehmern mit Spannung erwartete Diskussionsrunde mit Detlev Albers und Richard Löwenthal führte zwei völlig konträre Auffassungen und Interpretationen des Programms zusammen. Es begann mit einer Überraschung: Detlev Albers legte »Sozialdemokratische Programmthesen — Alternativen zu Irsee« vor, die leider nicht der großen

Nachfrage entsprechend vervielfältigt wurden. Interessierte finden seinen Beitrag in diesem Heft (vgl. S.14ff.). Detlev Albers würdigte positiv den Versuch, die alte und die neue soziale Frage im Entwurf zusammenzubringen. Ebenfalls wurde der Weltanschauungspluralismus, das Akzeptieren des Nebeneinander von ethischen, christlichen und marxistischen Positionen in der SPD begrüßt. Darin liegt schließlich ein großer Fortschritt gegenüber Godesberg. Ausgehend von der Feststellung, daß im Irseer Entwurf das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft umrissen sei: »Ziel des Sozialismus war und ist es, (...) die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen, (...) zu brechen, die Existenz bevorzogter Klassen aufzuheben.« (10f./6), wurde die zentrale Kritik entwickelt. Im Gegensatz zu den Programmen von Heidelberg und Godesberg fehlten die Hinweise auf die Brechung der Macht des Großkapitals völlig, auch eine Strategie des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft sei nicht vorhanden. Der politische Gegner solcher Ziele werde nicht benannt. Es fehlten ebenso die »Schritte zur Entmachtung, die Schritte zur Hegemonie«.

Danach skizzierte Detlev Albers Strategien zur Erreichung eines solchen Zieles. Ein »Reformprojekt BRD«, die Formierung einer westeuropäischen Linken und eine westeuropäische Integration wurden als Etappen genannt. Manches an diesem Konzept erinnert an die Ideen des »Mittelmeeersozialismus« der 70er Jahre. Eine Beschäftigung mit diesen »Alternativen zu Irsee« sei allen an der Programmdiskussion Interessierten geraten. In Freudenberg wurden diese Thesen nur im kleinen privaten Rahmen diskutiert, da sich im offiziellen Programm kein Platz dafür fand.

Positiv beeindruckte bei diesem Konzept, daß eine »konkrete Utopie« aufgezeigt wird, für die sich das Kämpfen lohnt. Im Gegensatz zu dem an vielen Stellen äußerst national beschränkten Irseer Entwurf bieten die Albers-Thesen einen internationalen Ansatz. Eine Zusammenarbeit mit den anderen Linksparteien muß erzielt werden, um eine linke Hegemonie in Europa zu erreichen. Die Kontakte der westeuropäischen Linken, z.B. SPÖ, PCI, PSOE, PASOK, sollten dazu in allen Bereichen intensiviert werden. Dann erscheint die »Hegemonie der Linken in Westeuropa« erreichbar. Detlev Albers forderte auf, die Programmdebatte zur Parteierneuerung zu nutzen.

Richard Löwenthal bemühte sich darum. Die Frage nach einem Endziel sei »radikal falsch«. Ziele müßte man immer haben, aber die Vorstellung eines Endziels gehöre ins 19. Jahrhundert. Richard Löwenthal bemängelte, der Entwurf sei »viel zu traurig«. Mit diesem Programm müsse man Wahlen gewinnen, und mit einem traurigen Weltbild könne dies nicht gelingen. Die Hauptprobleme, die Löwenthal mit dem Irseer Entwurf hat, lauteten, es sei nicht genügend herausgekommen, daß seit 1945 positives geschehen sei. Man vermisse Hinweise auf 25 Jahre ohne ökonomische Krise (1949 bis 1974).

Außenpolitisch artikulierte Löwenthal Vorbehalte zum Konzept der »gemeinsamen Sicherheit«. Die Sicherheit der letzten 40 Jahre verdanke man den Atomwaffen. Ein Totalabbau sei keine Lösung. Die Gegensätze in Europa könnten ohne Atomwaffen zu Kriegen in Zentraleuropa führen. Ein Totalabbau der Atomwaffen sei erst nach dem Ende der Gegensätze in Europa möglich. Löwenthals Bemerkung, daß er wohl nicht den gleichen Text des Irseer Entwurfs wie Detlev Albers gelesen habe, erschien den Zuhörern nach seinen Ausführungen wirklich glaubhaft.

Zum Abschluß skizzierte Thomas Meyer die Leitlinien des Irseer Entwurfs. Die integrative Idee sei, daß ein verändertes Fortschrittsmodell dem Entwurf zugrunde liege. Das Programm beginne nicht mehr mit den Grundwerten, sondern mit einem Abschnitt, in dem die Grundvoraussetzungen des menschlichen Lebens, Sicherung des Friedens und der Natur formuliert seien. Dann erst folgen die Grundwerte. Daraus resultieren die Ideen der sozial-

ökologisch verantworteten Industriegesellschaft, die soziale und humane Technikkontrolle, die Gleichstellung von Mann und Frau, die Wirtschaftsdemokratie, die Veränderung der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel der Sicherheitspartnerschaft.

Im Verlaufe der gesamten Veranstaltung zeigte sich, daß ein gesteigerter Diskussionsbedarf zum Irseer Entwurf vorhanden ist. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, daß die Diskussion des Programmentwurfs, seine Interpretation, in den Programmkommissionen der Unterbezirke, in den AG's der SPD, Jungsozialisten usw., von dringender Notwendigkeit ist.

Armin Frohmann

Ost-West-Konflikt ums »Erbe«

Erben deutscher Geschichte — Bundesrepublik und DDR

Tagung der Historischen Kommission der SPD am 12. und 13. März 1987 in Bonn

Manchmal ist selbst die gute alte Tante SPD noch für eine Überraschung gut — und die Ankündigung einer gemeinsamen Tagung bundesrepublikanischer und DDR-Historiker war unzweifelhaft eine. Nun sind Kontakte, Diskussionen, Auseinandersetzungen, gemeinsame Tagungen und Symposien im internationalen Rahmen, auf denen sich Vertreter der Zunft beider deutscher Staaten treffen, mittlerweile keine Seltenheit mehr — die gemeinsame Behandlung dieses Problemkomplexes weist jedoch klar über fachlich-spezifische Zusammenhänge hinaus.

Auf der anderen Seite könnte man sagen, daß so etwas mittlerweile »fällig« wurde, angesichts einer in den letzten Jahren stark zugenommenen Inanspruchnahme von Geschichte — oder zumindest historischer Versatzstücke von offizieller Seite. Man denke dabei nur an die anstehenden Museumspläne, den sogenannten »Historikerstreit« und das umgehende Geräune von einer Wiedergewinnung positiver nationaler Identität auf BRD-Seite, an das Lutherjahr oder die in den westdeutschen Medien manchmal mit Irritationen wahrgenommene »Preußen-Renaissance« seitens der DDR.

Die Veranstaltung begann mit einer längeren Rede von *Willy Brandt*, der im Hauptteil auf das neue Grundsatzprogramm der SPD und die historischen Dimensionen von Programmatik und politischer Arbeit abhob, auf die Rolle der »SPD in der deutschen Geschichte«. Was in Willy Brandts Vortrag klar identifizierbar mitschwang war, daß in einer Situation, in der die Partei sich ihres Standorts und ihres Weges alles andere als sicher ist, die geschichtlichen Erfahrungen und Rollen als eine Art von Bestätigung und Rückversicherung dienen können. Ganz klar wurde dabei allerdings, daß damit nicht eine wissenschaftliche, tendenziell objektive Aufarbeitung und Rechenschaftslegung gemeint ist, sondern die Klarlegung eines moralischen Impetus, der den Rücken stärkt. »Die Partei als Partei schreibt in unserem Verständnis keine Geschichte. Die Partei als Partei muß sich nicht nur erinnern, sie muß auch vergessen können.« Im Unterschied zu Godesberg jedoch ist eine vorsichtige, sich der historischen Relativitäten und Irrtümer bewußte Haltung an die Stelle des gnadenlosen Zukunftsoptimismus getreten. Davon werden die Grundwerte nicht berührt, doch erscheinen sie nicht mehr als »vom himmlischen Baum der großen Menschheitsideen gepflückt, sondern werden als nachvollziehbares Ergebnis eines langwährenden Lernprozesses der sozial

demokratischen Bewegung vermittelt.« — Doch nicht genug der rückwärts gewandten Relativismen, auch bei der Wendung in die Zukunft blieb Brandt sehr vorsichtig und ohne Pathos. Die Selbstbehauptung Europas sei »der Versuch, der Aufklärung auf dem Kontinent, von dem sie ausgegangen ist, eine Heimstatt zu bewahren«, trotz der ihr innewohnenden Dialektik, trotz der »Besinnung auf das Destruktive des Fortschritts«. Die Kritik, die er am klassischen Fortschrittsbegriff des Sozialismus übte, der der Klassenstruktur und den Produktionsverhältnissen auch solches anlastete, was in Wahrheit auf das Konto eines gewalttätigen Industrialismus ging, und die Einsicht, daß »kein höheres Wesen, keine Logik der Geschichte, keine der technologischen Entwicklung eingeborene Rationalität« Fehler in der weiteren Entwicklung der technischen Zivilisation vermeiden können, zeigen ganz klar den Endpunkt eines Verlustprozesses, dem »Verlust von Utopie, großer Hoffnung und der stillen Gewißheit, mit dem Auftrag der Geschichte eins zu sein«. Daß solchen Tönen ein »Trotz allem« folgte, braucht nicht näher erläutert werden.

Seine Haltung zum Historikerstreit erläuterte Brandt in fünf Punkten, zentral war die Forderung, nicht zuzulassen, daß die Interessen der seinerzeit herrschenden Gruppe als Interessen *der* Nation ausgegeben werden. Es müsse klargemacht werden, wer diejenigen waren, die den Nazis zur Macht verhalfen; eine Forderung, der sich *Hans Mommsen* im dritten Podium annahm.

Die erste Podiumsrunde unter dem Titel »Geschichtsinterpretation und Geschichtsbewußtsein in der DDR und der Bundesrepublik« war mit *Jürgen Kocka* und *Bernd Faulenbach* von bundesrepublikanischer, mit *Walter Schmidt* und *Gustav Seeber* von DDR-Seite aus besetzt.

Bernd Faulenbach konstatierte in seinem Eingangsstatement, daß die bundesrepublikanische und die DDR-Geschichtsschreibung insofern andere Wege gegangen seien, als die erstere in vielfältiger Kontinuität zur Tradition deutscher Historiographie stand, während die letztere mit dem zielstrebigem Aufbau einer marxistisch-leninistisch orientierten Variante begann, die in »dienender Funktion« zur Politik der SED stand. Tendenziell paradigmatische Wechsel verortet er für die BRD-Seite in den sechziger Jahren, festgemacht an der Fischer-Kontroverse, den »Kehriks« und der aufbrechenden Methodendiskussion, für die DDR-Seite in den siebziger Jahren in Richtung auf einen eher »ganzheitlichen« Zugang. Er stellte für die DDR eine allgemein höhere historische Sensibilität fest, gegründet in einer Legitimitätsfunktion des Aufgreifens revolutionärer und progressiver Traditionslinien, die allerdings eine extrem selektive Wahrnehmung der deutschen Geschichte mit sich führte.

In den genannten paradigmatischen Wechseln sah Faulenbach die Chance der Loslösung von einer vorrangig dem nationalgeschichtlichen Zusammenhang verpflichteten Interpretation, der Förderung eines Geschichtsbewußtseins, das von verschiedenen Identitätsbezügen ausgeht, und die objektiv vorhandenen Spannungen zwischen verschiedenen Identitätsbezügen aushält.

Eine zentrale Rolle spielte auch für Faulenbach die je unterschiedliche Rolle der Kontinuitäts- und Sonderwegsproblematik, die anscheinend noch immer nicht ausgelöftele Wunschvorstellung einer Bezugsmöglichkeit auf im internationalen Kontext stehender deutscher Normalität minus nationalsozialistischem Ausrutscher — hüben wie drüben. In dem einen Kontext kapitulierte die Weimarer Republik vor den »braunen Horden«, im anderen war es eine Verschwörung von Agenten des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Bemerkenswert ist dabei die Erleichterung der Begründung der je eigenen Position durch die Bezugnahme auf die je unterschiedliche Position des anderen deutschen Staates — in der BRD in der Wandlung des anti-nationalsozialistischen in einen »anti-totalitären« Konsens; in der

DDR in der Behauptung einer faschistischen Quasi-Kontinuität in der BRD, da der Faschismus als Konsequenz des Imperialismus angesehen wurde, die beide in der BRD nicht überwunden waren.

Auch bei Bernd Faulenbach stand als Hoffnung am Ende die Frage, »ob die Deutschen ... ein Stück weit die historische Brückenfunktion zwischen Ost und West wieder aufgreifen können und wollen«.

Fast ein wenig den Advocatus Diaboli spielte Jürgen Kocka, wenn er der DDR-Historiographie die Arbeit im Rahmen eines heteronom bestimmten Geschichtsbildes mit ideologischen Zügen kreditierte, die Verpflichtung auf eine verbindliche und homogene Staatsideologie, mit der die bundesrepublikanischen Historiker halt nicht konfrontiert würden. »Man kann sich nicht nur den Teil des Erbes aussuchen, der einem paßt, und den anderen über die Grenze abschieben.« Im Zusammenhang damit sei auch vor allem die gängige DDR-These zu überprüfen, daß das an sich unschuldige, an sich fortschrittliche Volk vergewaltigt, verführt und versklavt wurde von dem Finanzkapital, den Junkern, den Imperialisten und was sich da sonst noch tummelte, in Verbindung mit einigen braunen Desperados. Dies lasse den klar erfassbaren Anteil der Massen, des Volkes, der Arbeiterklasse an jenem katastrophalen Abschnitt deutscher Geschichte« außer Acht, womit auch die eher unbefangene Vergabe der Prädikate »rückwärtsgewandt«, »vorwärtsgewandt«, »fortschrittlich«, »rückschrittlich« — auch in Hinsicht auf die auf dieser Tagung öfters angeführten Ambivalenzen des Fortschritts — ein wenig ins Wanken geraten könne.

Gustav Schmidt griff — quasi im Gegenzug — den Topos auf, »daß die BRD-Historikerschaft dies nicht nötig habe«, und fragte, ob dies nicht vielleicht eher an sozialen Kontinuitäten liege, daß bestimmte Fragen in der BRD so spät aufgegriffen wurden. Darüber hinaus sei es doch etwas seltsam, daß das Wort vom Legitimationszwang so offensiv verwandt würde, konsequent zu Ende gedacht, hieße dies, daß die BRD im Moment unter verstärktem Legitimationsdruck stehe, da das Geschichtsbewußtsein zunehme. Gustav Seeber meinte, daß in puncto Faschismus und Agententheorie von bundesrepublikanischer Seite ein Pappkamerad aufgebaut würde.

Die Historiker aus der DDR blieben — wie auch in den anderen Podien — merkwürdig konfliktscheu bis defensiv, wenn z.B. Walter Schmidt auf die entsprechende Bemerkung Kockas nur äußerte, daß die Bewertung der Volksmassen selbstverständlich von einem Marxisten nicht nur von vornherein positiv bewertet würde und Gustav Seeber eher lakonsch meinte, daß das DDR-Bild doch tendenziell ein bißchen schief sei, wenn eine Allgewalt des Rates für Geschichtswissenschaft oder der entsprechenden Abteilung im ZK unterstellt würde.

Der zweite Tag begann mit einer Rede von *Peter Glotz*, der eine Neuauflage des Mitteleuropakonzeptes in den Mittelpunkt stellte, die Realität des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn als weit eher repräsentativ fand als diejenige des Bismarck-Reiches (siehe den Titel) und fragte, ob es über eine solcherart gefaßte Vorstellung nicht zu einer möglichen Gefährdung im positiven Sinne der Alleinherrschaft des Ost-West-Denkens kommen könne.

Auf den Beitrag von Glotz folgte ein Referat »aus der Reihe« von *Rudolf von Thadden*. In der Sache stimmte er Glotz durchaus zu, nur in der Diktion rief er zur Vorsicht auf. Bei solchen Vorstellungen sollte man sehr vorsichtig mit den Gefühlen vor allem der westlichen Nachbarn, namentlich der Franzosen, umgehen. Doch auch er äußerte die Hoffnung, daß aus der spezifischen Tradition des deutschen Kulturraumes ein mögliches Zukunftskonzept ausgehen könnte, daß von deutschem Boden nicht nur kein Krieg mehr ausgehen soll, sondern — sozusagen ausnahmsweise einmal vorwärtsgewandt — die Möglichkeit der Aufhe-

bung nationalstaatlicher Engstirnigkeiten ausgehen könnte. — Das zweite Podium — »Reichsgründung 1871 — Revolution von oben?« — blieb tatsächlich hart am Thema: *Revolution von oben* — Was ist von diesem Topos, der übrigens von den DDR-Historikern eingeführt wurde, zu halten? Im wesentlichen spielte sich die Kontroverse zwischen *Helga Grebing* und *Ernst Engelberg* ab, wobei letzterer den Begriff in einer etwas seltsam anmutenden legalistischen Manier verteidigte, ihn mit objektiven Umwälzungen, dem Bruch des legalistischen Konsens, der Durchsetzung des »Industriekapitalismus der freien Konkurrenz«, aus einer diffusen Haltung heraus, begründete.

Dem entgegen hielt Helga Grebing, daß dies eine unnötige inflationäre Ausweitung des Revolutionsbegriffes sei, »daß die Reichsgründung eben nicht eine im wesentlichen von Bismarck von oben gemachte Revolution gewesen ist, sondern das Ergebnis einer komplexen Wechselwirkung zwischen gouvernementalen Kräften von oben und der bürgerlich-liberalen Einigungsbewegung von unten, ein Ergebnis, das in dieser Form im Trend der europäischen Entwicklung lag.« Insgesamt ordnet sie — im Gegensatz zur positiven »fortschrittlichen« Akzentuierung Engelsbergs — der Reichsgründung nur eine relativierende Rolle zu und den Versuch einer daher positiv besetzten Linie den Stellenwert einer »kleindeutsch-borussischen Legende«, diesmal auf DDR-marxistisch.

Das dritte Podium schien von der vorliegenden Literatur her den meisten Sprengstoff zu bergen. Es ging unter anderen um die »Sozialfaschismusthese«. Vom Fachlichen her lag der Tenor auf der Linie der Bemerkung *Hans Mommsens*, daß es eigentlich weniger die Frage war, warum die Weimarer Republik scheiterte, als die, warum sie so lange durchhielt. Dabei lag die Betonung allerdings nicht auf den so oft beschworenen »strukturellen Defiziten«, sondern auf der klar identifizierbaren Intention maßgeblicher Eliten, das parlamentarische System durch ein anderes zu ersetzen.

Am deutlichsten pointierte Mommsen dies in der These, daß die Übergabe der Macht an Hitler in dem Moment erfolgte, als sich abzeichnete, daß es wieder eine parlamentarisch getragene Regierung geben könnte.

Die Frage, ob eine geeinte Arbeiterbewegung etwas am historischen Verlauf geändert haben könnte, wurde — bei nur lauem Widerspruch der DDR-Historiker — kategorisch verneint, selbst wenn die beiden Arbeiterparteien über die sie trennenden tiefen Gräben gefunden hätten, hatte sich z.B. der ADGB schon tendenziell aus einer möglichen aggressiv-defensiven Haltung ausgeklinkt.

Auf die Frage nach dem 20. Juli 1932 hatte *Eberhard Kolb* eine überraschende Variante zu bieten: Die Konsequenz des »Losschlagens« der Arbeiterbewegung wäre aller Wahrscheinlichkeit nach die Militärdiktatur gewesen, aber aus der Sicht der Nachgeborenen erscheint alles besser als Hitler.

Fazit: Wer von dieser Tagung einen Schulteranschlag sozialdemokratisch-bundesrepublikanischer und DDR-Historiker gegen aktuelle rechte »Geschichtsrevisionen« erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die mit solchen Erwartungen einhergehende Utopie einer nicht revancharischen, nicht-aggressiven deutschen Kulturnation ist nicht mehr/noch nicht wieder in der Lage, über mittlerweile gewachsenen Traditionen zu liegen. Hier trafen sich Historiker *zweier Staaten*.

Akzeptiert man dies Faktum, dann bleibt — trotz eines manchmal auftauchenden Ärgers über gegenseitige Anwürfe und Aufrechnungen — die Hoffnung, daß dies nur der erste Schritt war.

Über die Autoren und Autorinnen

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978), *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980), *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichtswissenschaften an der FU Berlin. Mitglied der HBV, des Kreisvorstandes der Jungsozialisten in Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion.

Brandt, Arno, geb. 1955; Dipl.-Volkswirt. Mitglied der GEW, SPD und des Landesvorstandes der Jungsozialisten Niedersachsen.

Christ, Rainer, geb. 1953; Mitglied im UB-Vorstand der SPD Mainz-Stadt. Mitglied in ÖTV, Falken, SPD.

Ernst, Britta, geb. 1961; Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, Mitglied in SPD, HBV, 1984/85 Mitglied im Juso-Landesvorstand Hamburg

Fuchs, Katrin, geb. 1938; Mitglied des Deutschen Bundestags und seines Verteidigungsausschusses sowie des SPD-Parteivorstandes. Mitherausgeberin der *spw*.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Zt. Doktorand und Bildungsreferent. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD—Die Falken, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Holtfort, Werner, geb. 1920; Rechtsanwalt und Notar. Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV), Mitglied der SPD und Landtagsabgeordneter in Niedersachsen.

Hybner, Jossi, geb. 1961; Studentin der Politikwissenschaft, Germanistik. Mitglied in SPD, AWO und der Programmkommission des Unterbezirks Gießen.

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Mitglied in AWO, GEW, VVN.

Kauß, Karl-Heinz, geb. 1959; Student der Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft. Mitglied in SPD, SPÖ, AWO, SJD—Die Falken und Programmkommission des Unterbezirks.

Michal, Wolfgang, geb. 1954; Journalist. Mitglied der SPD und IG Druck und Papier.

Möller, Gervin, geb. 1961; Student der Politikwissenschaften, Juso-Landesvorsitzender Bremen. Mitglied in SPD, ÖTV, AWO und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt. Mitglied in ÖTV und SPD. 1974 bis 1976 Vorsitzender der Berliner Jungsozialisten; 1981 bis 1985 und seit März 1986 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Nikiforov, Andrej, geb. 1951; seit 1975 Mitarbeiter (Deputy Editor-in-chief) am Institut für USA- und Kanada-Studien in Moskau.

Pausch-Gruber, Ursula, geb. 1933; Journalistin. Mitglied des Bayerischen Landtags, Rundfunkrater beim Bayer. Rundfunk, stellvertretende AsF-Bundesvorsitzende. Mitglied der SPD und des DJV. Mitherausgeberin der *spw*.

Rosenbrock, Rolf, 1945; seit 1977 am Wissenschaftszentrum Berlin, Schwerpunkt Arbeitspolitik. SPD-Mitglied.

Schöler, Ulrich, geb. 1953, Jurist. Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Scholz, Olaf, geb. 1958; Jurist. stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Mitglied in SPD und ÖTV. Mitherausgeber der *spw*.

Weinzen, Hans Willi, geb. 1943; Tätigkeit in der politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Deutsche Arbeiterbewegung. Parteien und Verbände; Deutschland- und Ostpolitik. Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD Mitglied in SPD, GEW und *spw*-Redaktion.



ARGUMENT Service-Struktur:

- **GEDICHTE, TEXTE** u.a. von Günther Anders, Wolf Biermann, Erich Fried, Ruth Rehmann, Peter Weiss, Dorothee Sölle, Christa Wolf, Peter Paul Zahl
- **THEMENSCHWERPUNKT** Grundfragen der sozialen Bewegungen 2 x im Jahr von der *Autonomen Frauenredaktion* gestaltet
- **AKTUELLE ANALYSEN**
- **ZUR DISKUSSION GESTELLT** Die Leser und Leserinnen sind zum Widerspruch aufgefordert
- **INTERVENTIONEN** von zufriedenen und unzufriedenen Lesern und Leserinnen
- **KONGRESSBERICHTE** aus Politik und Wissenschaft
- **ZEITSCHRIFTENSCHAU**
- **BESPRECHUNGEN:** 50 Seiten in jedem Heft aus den Fächern Philosophie, Sprach- und Literaturwissenschaft, Kunst- und Kulturwissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie, Medizin, Geschichte, Soziale Bewegungen und Politik, Ökonomie

Andere über uns:

- »Für die sozialwissenschaftliche Diskussion weiterhin unentbehrlich.« *Zürcher Tagesanzeiger*
- »Ein offenes Forum für kritische, linke Theoriebildung.« *Diskus.* Frankfurter Studentenzeitung

Der Rezensionsteil ist »ein Service, den sich kaum eine Zeitschrift mehr leistet, weil es einen ungeheuren Arbeitsaufwand erfordert, dem Leser aber einen Überblick bietet über das, was sich in den Wissenschaften bewegt.« *Börsenblatt* für den deutschen Buchhandel

DAS ARGUMENT: Jahresumfang 6 Hefte, davon 2 der Autonomen Frauenredaktion; je 160 bzw. 176 S.; Einzelheft: 14,- DM (für Stud. 11,-); Jahresabo: 72,- DM (für Stud. 57,-) zuzüglich Versandkosten
Abo-Aktion: Wer jetzt abonniert, erhält einen Gesamtjahrgang eigener Wahl umsonst. Postkarte genügt!

Argument-Verlag · Rentzelstraße 1 · 2000 Hamburg 13

161: Auschwitz ins Museum?

D. Sölle: Deutsch-amerikanische Beziehungen / G. Anders: Die Redensart / W.F. Haug: Vergangenheit, die Zukunft werden soll / G. Fülberth: »Mitte« und »Westen« / A. Klönne: »Die deutsche Geschichte geht weiter« / FO. Wolf: »Weiter so, Deutschland« / W. Wende-Hohenberger: Die verschmähte »Gnade der späten Geburt« / O. Negt: Aus dem China-Tagebuch / J.G. Mariátegui: Yankee-Imperialismus in Nicaragua / G. Pollock: Feministische Kunstgeschichte und Marxismus / W. Dirks: Solidarische Großregion oder technokratische Supermacht? / Interventionen: Männer (R. Röver), Reinheitsphantasien (G. Herrgott)

160: Reform der sozialistischen Länder

T. Bergmann: Reformfähigkeit des Sozialismus / M. Lebowitz: Sozialistische Wirtschaftskrisen / A. Natoli: In China ist Egalitarismus heute eine Linksabweichung / B. Gransow: Wenn man den Tiger reitet, kann man nur schwer abspringen

159: Befreiung statt Gleichstellung

F. Haug: Die Neue Frauenbewegung in Westdeutschland / C. Hoskyns: Gleichstellungspolitik und Europäische Gemeinschaft/P. Piva u. Ch. Ingrao: Subjektivität der Frauen, gewerkschaftliche Macht und das Problem der Arbeit / D. Sölle: Frauen in Nicaragua

158: Markt-Freiheit und Antifaschismus

Hinkelammert: Vom totalen Markt zum totalitären Imperium / Helmut Gollwitzer: Der achte Mai ist nie vorbei / W.F. Haug: Deutungskämpfe um Anti/Faschismus / G. Simon: Wissenschaft und Wende 1933

157: Männlichkeiten

Connell: Theorie der Geschlechterverhältnisse / Herrgott: Das Innerste ist das Äußerste / Middleton: Die begrenzte Bedeutung des Geschlechtsunterschieds / Cunnen: Jungen aus der Arbeiterklasse und »Verbrechen«

156: Wi(e)der das Private

F. Haug: Zeit der Privatisierungen? / Fischer: Ein neues Arbeitszeitmodell / Pringle: Frauen und Konsumgesetze / Coward: Fragen Sie Frau Sowieso / D. Sölle: Christentum und Postmarxismus